Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

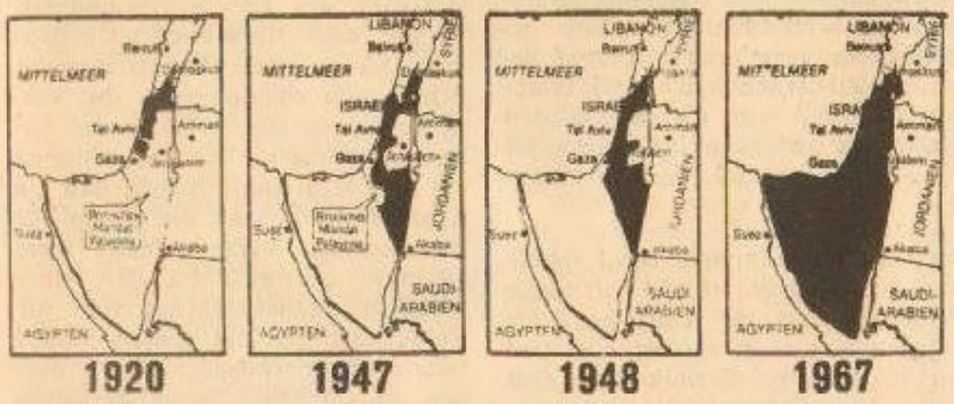
kommunistische volkszeitung

10. Oktober 1973 Jg.1 Nr.4 Preis 50 Pfennig

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

AUS DEM INHALT

Genschers Terrortruppe	S. 2
10 000 Tonnen Giftmüll	S. 3
Arbeiterkorrespondenzen	S. 5
Arbeiter berichten aus China	S. 5
Streiks im ÖTV-Bereich	S. 8
Der Streit um Westberlin	S. 9
Guinea-Bissau ist unabhängig	S.10
Die Lage in Chile	S.12
Außenpolitik der VR China	S.14



Der Krieg gegen die israelischen Besatzer ist gerecht

Am 6.10. brachen an den Waffenstillstandslinien zwischen Israel und Ägypten am Suezkanal und zwischen Israel und Syrien auf den von Israel besetzten Golan-Höhen schwere Kämpfe aus. Sowohl den ägyptischen als auch den syrischen Truppen gelang es in den ersten Kampfstunden, die seit dem Junikrieg 1967 stehenden israelischen Fronten zu durchbrechen und Positionen sowohl auf der Halbinsel Sinai als auch auf den Golan-Höhen zurückzuerobern. Israel war offensichtlich auf eine arabische Offensive dieses Ausmaßes nicht vorbereitet und verlor zumindest zeitweise sogar seine Luftüberlegenheit. Wenn es Syrien und Ägypten gelingt, ihre Positionen und Brückenköpfe zu halten, verschiebt sich das Kräfteverhältnis zwischen den am Nahost-Konflikt beteiligten Staaten zugunsten der arabischen Republiken.
Israel könnte dann gezwungen werden, in seinen Plänen zur Aufrechterhaltung seines Besatzungsregimes über arabische Territorien und seiner Vorherrschaft im Nahen Osten zurückzustecken. Ein Ergebnis der jetzigen Kämpfe kann sein, daß die Bedrohung, die der Staat Israel für die Freiheit aller arabischen Völker darstellt, abgeschwächt wird.

Die Lage des palästinensischen Volkes, das durch den zionistischen Staat vertrieben wurde und unterdrückt wird, wird sich jedoch erst entscheidend verändern, wenn das aggressive, auf nationaler Unterdrückung beruhende zionistische Regime zerschlagen ist und das Zusammenleben der in Palästina lebenden Juden und der Palästinenser in einem revolutionären Staat ohne nationale und soziale Unterdrückung dadurch möglich wird.

WORUM GEHT ES DEN BETEILIGTEN STAATEN IN DEN JETZIGEN KÄMPFEN?

Der Staat Israel will durch die seit 1967 sich wiederholenden Überfälle auf die arabischen Völker erzwingen, daß seine Eroberungen aus dem Junikrieg, die Besetzung der syrischen Golan-Höhen, des Westufers des Jordans und Jerusalems, des Gazastreifens und der Sinai-Halbinsel mit ihrer arabischen Bevölkerung hingenommen werden. Die arabischen Staaten sollen ihre Länder und Märkte dem israelischen Einfluß öffnen. Israel will die vorherrschende kapitalistische Macht in Nahen Osten und das Haupteinfallstor des westeuropäischen und US-imperialistischen Kapitals in den Nahen Osten werden. Israels Existenz beruht seit seinen Anfängen auf der Vertreibung und Unterdrückung des palästinensischen Volkes und der Bedrohung und Erpressung der anderen arabischen Völker.
Das palästinensische Volk und seine bewaffnete Widerstandsbewegung wissen, daß dieser Zustand erst enden wird, wenn der militaristische und chauvinistische Staat Israel zerschlagen ist. Es kämpft deshalb zusammen mit allen revolutionären arabischen Kräften gegen die sogenannte "friedliche Lösung" des arabisch–israelischen Konfliktes, mit dem die bestehenden Verhältnisse im Nahen Osten zementiert werden sollen.
Im Gegensatz dazu kämpfen die Armeen Syriens und Ägyptens nicht für eine völlige Befreiung der von Israel besetzten Gebiete. Sie kämpfen heute für ein begrenztes Ziel: Sie wollen durch eine Teileroberung der Halbinsel Sinai und der Golan-Höhen die Kräfteverhältnisse so verändern, daß sie ihre Vorstellungen von einer "friedlichen Lösung" bei den kommenden Verhandlungen in der UNO besser durchsetzen können.
Die USA und die Sowjetunion haben sich 1967 durch ihre Zustimmung zur Resolution des UN-Sicherheitsrates vom 22.11.1967, die ein Programm zur Durchsetzung der "friedlichen Lösung" enthält, darauf geeinigt, die Existenz aller bestehenden Staaten in Nahen Osten, also auch Israels, zu garantieren.
Ägypten und Syrien sind genausowenig wie irgendein anderes arabisches Regime bereit oder in der Lage, das besetzte Palästina gegen den Willen der beiden Supermächte zu befreien. Die herrschenden Klassen in Ägypten und Syrien streben ein Arrangement mit Israel an, durch das ihre eigene Existenz gesichert wird. Dazu fordern sie an erster Stelle die Räumung ihres staatlichen Territoriums.

DER ISRAELISCHE AGGRESSOR IST INTERNATIONAL ISOLIERT

Die jetzige ägyptische und syrische Offensive bezweckt also vor allem, ein Arrangement mit Israel unter für die herrschenden Klassen in Ägypten und Syrien günstigeren Bedingungen durchzusetzen. Sie können ein Arrangement mit Israel gegenüber ihren Völkern nur rechtfertigen, wenn sie Erfolge in der Rückeroberung der 1967 von Israel besetzten Gebiete vorweisen können. Daß dies zum ersten Mal seit 1967 als aussichtsreich erscheint, hat seine Voraussetzung in folgenden Entwicklungen:

1. Die Position der Länder der Dritten Welt und vor allem der ölproduzierenden arabischen Staaten gegenüber den imperialistischen Staaten und ihren Lakaien ist stärker geworden. Neben den Siegen der nationalen Befreiungsbewegungen hat dabei der Zusammenschluß der erdölproduzierenden Staaten (OPEC) eine bedeutende Rolle gespielt. Dadurch wurde die totale Abhängigkeit vieler Staaten von den Imperialisten gemildert. Die Stärkung der Unabhängigkeitsbestrebungen drückt sich auch in der wachsenden internationalen Isolierung Israels insbesondere in Afrika und in den Resultaten der "Blockfreien-Konferenz" von Algier aus, wo selbst viele reaktionäre Staaten die israelische Aggression verurteilen mußten und der Forderung nach Räumung der besetzten Gebiete zugestimmt haben.
2. Israel dient den europäischen und den US-Imperialisten als Wachhund gegen die arabische nationale Befreiungsbewegung und gegen den Einfluß der Konkurrenz der sozialimperialistischen Sowjetunion im Nahen Osten. In den arabischen Staaten dagegen kämpfen alle imperialistischen Mächte, vor allem die Supermächte USA und Sowjetunion, um den größtmöglichen Einfluß. In Ägypten ist nach dem Tode Nassers der Einfluß der Sowjetunion zugunsten des US-Imperialismus mehr und mehr zurückgegangen. Deshalb kann es sich die USA heute leisten, die Politik der Unterstützung Israels um jeden Preis aufzugeben. Das Sadat-Regime hat Ägypten weit dem amerikanischen Kapital geöffnet. Israel ist zwar für die USA immer noch ein wichtiger Garant ihrer Macht. Daneben suchen die USA aber eine enge Zusammenarbeit mit der ägyptischen und anderen arabischen Bourgeoisien und bringen daher deren Forderungen in bezug auf die "friedliche Lösung" ein gewisses Verständnis entgegen.

SOLIDARITÄT MIT DEM NATIONALEN BEFREIUNGSKAMPF DES PALÄSTINENSISCHEN VOLKES!

Auch wenn der jetzige Krieg keine Abkehr der arabischen Regime vom US-Imperialismus bedeutet, so bedeutet er doch eine Stärkung der um ihre nationale Befreiung und Unabhängigkeit kämpfenden Völker. Der Krieg um die Rückgewinnung der von Israel eroberten und besetzten arabischen Gebiete ist gerecht. Es ist das selbstverständliche Recht Ägyptens und Syriens, die israelischen Besatzer zu vertreiben und ihre Souveränität auf ihrem Territorium wieder herzustellen. Der Kolonistenstaat Israel beruht auf der Unterdrückung, Vertreibung und Bedrohung der arabischen Völker. Er ist nach wie vor die stärkste Bastion des US-Imperialismus im Nahen Osten. Jede Schwächung des Staates Israel bedeutet eine Stärkung des Befreiungskampfes des palästinensischen und aller arabischen Völker. Ein Sieg Syriens und Ägyptens und eine wenn auch nur begrenzte Niederlage Israels würde einen gewaltigen Aufschwung der arabischen nationalen Befreiungsbewegung mit sich bringen, die auch die reaktionären pro-imperialistischen arabischen Regimes dereinst beseitigen wird.

Deshalb kämpfen die Truppen des palästinensischen Widerstands heute mit den syrischen und ägyptischen Truppen und rücken damit der Befreiung ihres Vaterlandes näher. J.N.B.B.

Nordwürttemberg Nordbaden

Urabstimmung für Streik

In Norwürttemberg/Nordbaden (NW/NB) stimmen jetzt am Mittwoch, dem 10.Oktober, rund 250 000 IG-Metall-Mitglieder ab über Streik für die Forderungen der IGM zum Lohnrahmentarifvertrag. Nach jahrelangen Verhandlungen, nach dem Scheitern dieser Verhandlungen, nach Warnstreiks in allen größeren Betrieben in den vergangenen Wochen, nach dem Scheitern der Schlichtung und der Ablehnung des Schlichtungsergebnisses durch Gesamtmetall, nach dem Hinausschieben der Urabstimmung durch die Gewerkschaftsführung sind die Fronten endlich dort, wo sie allein entschieden werden, nämlich in der direkten Auseinandersetzung zwischen den Klassen.
Die Zuspitzung der Auseinandersetzung um bessere Arbeitsbedingungen hat von Anfang an im Zeichen des diesjährigen Lohnkampfes gestanden. Ebenso ist von vornherein die allgemeine Bedeutung dieses Arbeitskampfes um bessere Arbeitsbedingungen für die gesamte Arbeiterklasse klar gewesen.
Es muß in diesem Kampf vor allem dagegen angegangen werden, daß der Kampf um den Manteltarif und zudem nur in einem Tarifgebiet ausgespielt wird gegen den Lohnkampf der ganzen Klasse.

DIE KAPITALISTEN WERDEN ES DARAUF ANKOMMEN LASSEN

Den kampfstarken Betrieben kleine Zugeständnisse zu machen, war zunächst **die Taktik der Kapitalisten** um den 8,5 %-Abschluß zu verteidigen und eine breite Lohnkampffront zu verhindern. Die selbständigen Lohnkämpfe der Belegschaften im Sommer haben Tatsachen gesetzt, um die keiner mehr herumkam. Die Kapitalisten haben natürlich ihr Ziel danach nicht verändert, sie wollen nach wie vor so wenig wie möglich zahlen. Nur bezogen auf den ausstehenden harten Lohnkampf meinen sie jetzt, billiger davonzukommen, wenn sie ein starkes Tarifgebiet durch vorgezogene Streiks isolieren können. Dabei gehen sie davon aus, daß der Streik bei Manteltarifforderungen bleibt und daß die Kampfkraft der Metaller in NW/NB für diese Forderungen nicht so arg groß sein wird. Sie werden es also darauf ankommen lassen.

DER STAAT VERTRITT DAS KAPITAL

Was den Staat betrifft, so müssen wir davon ausgehen, daß er grundsätzlich die Interessen der Kapitalistenklasse vertritt, das ist auch in Fragen des Manteltarifs nicht anders: Die Kaufkraft soll geschwächt werden (wenig Lohn, hohe Steuern), um die Profite der Kapitalisten stabilisieren zu können, dabei kalkuliert man mit der Arbeitslosigkeit, für die man die Arbeiter verantwortlich machen möchte.
Eine vornehme Aufgabe des kapitalistischen Staates ist es, den Kapitalisten "ihre" Arbeiter zu erhalten. Weil die Sterblichkeitsziffern in der BRD immer schneller steigen (vgl. KVZ Nr.3), muß der Staat das Schlimmste verhindern. Deshalb plant der Bundesarbeitsminister Arendt Leitlinien zur Gestaltung der Arbeitsplätze, eine Reform des Jugendarbeitsschutzgesetzes, Maßnahmen zur Eingliederung körperlich Behinderter in das Berufsleben.
Der Staat hat ein Interesse daran
1. den Lohn der Arbeiter zu drücken und
2. ihre Kampfkraft zu schwächen;
aus diesem Grunde hat er z.B. jetzt im Arbeitsförderungsgesetz § 116 die Möglichkeit geschaffen, die Gräben zwischen den Tarifgebieten zu vertiefen. Das Gesetz besagt, daß ausgeschlossene Kollegen in nichtbestreikten Tarifgebieten kein Geld bekommen, wenn ihre Tarifforderungen die gleichen sind wie im bestreikten Tarifgebiet.
3. muß der kapitalistische Staat im Interesse der gesamten Kapitalistenklasse für den Erhalt der Arbeitskraft sorgen.
4. Solang es geht, muß der Staat versuchen, die wachsende Unzufriedenheit mit lautlosen Methoden zu unterdrücken.

Aus all dem folgt, daß kleinere Zugeständnisse im Manteltarif, die die Kapitalisten nicht sehr viel kosten, im Interesse des bürgerlichen Staates liegen, weil er die langfristigen Ausbeuterinteressen der Kapitalisten vertritt.

DIE TAKTIK DER GEWERKSCHAFTSFÜHRER UND DER KAMPF DER ARBEITER

Die IG-Metall-Führung hat vor den selbständigen Steiks die Taktik verfolgt, zentrale Manteltarifforderungen, die Urlaubsforderung zu stellen, um die Unruhe aufzufangen. Hier stießen sie mit der Taktik der Kapita-

Guinea Bissau ist unabhängig

SIEHE SEITE 10

URABSTIMMUNG .....

listen aneinander, die nur einzelnen kampfstarken Belegschaften etwas zahlen wollten, um die Gewerkschaft rauszuhalten. Man wurde sich nicht einig und hoffte die Sache bis zur Tarifrunde im Dezember hinhalten zu können.
Doch beide haben sie ihre Rechnung ohne die Arbeiterklasse gemacht, die Manns genug war, ihre Forderungen auch ohne den Segen der Gewerkschaftsführung vorzubringen.
Es kam eine Bewegung ins Rollen, die ganz anderen Gesetzmäßigkeiten folgte als der sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaftstaktik. Die täglich zunehmende Ausbeutung zwingt die Arbeiter zur solidarischen Aktion gegen ihre Unterdrücker vorzugehen. So schafft das Kapital sich seine eigenen Totengräber. In diesen Kämpfen entwickelt sich aus anfänglich vereinzelten Widerstandshandlungen die Solidarität der Klasse heraus, die sich ihrer Kraft im einheitlichen Kampf bewußt wird.

Dieses Mal gelang es noch, mit Hilfe von Kapital und Staat die Streikwelle am entscheidenden Punkt zum Stillstand zu bringen. Die Gewerkschaftsführung mußte jetzt alles daransetzen, für den Lohnkampf das Heft wieder in die Hand zu bekommen. Dazu mußte sie ihren Mitgliedern gegenüber radikal auftreten und auch ihren Gesinnungsgenossen in der SPD die offene Zusammenarbeit aufkündigen. In der Frage des Manteltarifvertrags in Nordwürttemberg/Nordbaden ging sie darum in die Vollen. In der Hoffnung, es würde zu einem Schlichtungsergebnis kommen, wurden Funktionärsstreiks organisiert, wurde Informationsmaterial in die Betriebe gegeben, wurden Versammlungen veranstaltet. Wenn die Forderungen nicht so zündeten, wie die Gewerkschaftsfürsten sich das vorstellten, dann liegt das nicht an den Kollegen, sondern an den Forderungen selbst, die viel zu sehr verzettelt sind (vgl. KVZ Nr.2).

DIE GEWERKSCHAFTSFÜHRER SPALTEN DIE KAMPFKRAFT

Die Gewerkschaftsspitze hat auch in Manteltariffragen (Urlaub, kürzerer Arbeitstag, Abschaffung des Akkords, Verbot der Nachtarbeit, Kontrolle und echte Mitbestimmung in der Arbeitsordnung) die Kampfkraft der Arbeiter immer weiter aufgespalten. So ist zum Beispiel während der Verhandlungen um den jetzigen Lohnrahmen ein Manteltarif für die Angestellten in der Metallindustrie in NW/NB gültig ab 1. Oktober 1973 abgeschlossen worden. Damit wurden die Angestellten aus dem Kampf herausgenommen. Bei den Lehrlingen werden die Verhandlungen weiter nach hinten verlagert, obwohl die Forderungen längst stehen, ganz abgesehen von der Spaltung zwischen den Tarifgebieten. Im Sommer wurde z.B. in Südbaden ein Manteltarifvertrag neu abgeschlossen mit einer Protokollnotiz, daß man in Fragen der Altersabsicherung übernehmen wird, was in Nordbaden herauskommt. Der wesentliche Punkt in der jetzigen Situation ist jedoch, daß die Lohnfront, die unmittelbar bevorsteht, gespalten wird durch das Herausnehmen eines starken Tarifgebiets. Jetzt soll Dampf abgelassen werden, damit im Lohnkampf kein Schwung mehr da ist und man umso besser gefahrlos radikale Sprüche klopfen kann. So versuchen die IGM-Fürsten auf die verschiedenste Weise, die Frage des Lohnkampfs und die Frage des Manteltarifs auf kleiner Flamme zu halten, bei gleichzeitig großem Lärm sollen die Kollegen den Eindruck einer kampfstarken klassenbewußten Organisation erhalten.

Die Arbeiter jedoch haben aus den letzten Kämpfen gelernt. Sie werden auch aus dieser Taktiererei lernen, wie man überhaupt feststellen kann, daß die Kollegen immer mehr auch über taktische Fragen diskutieren und sich Klarheit verschaffen.
Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsfürsten werden bis zu ihrem letzten Tag hintaktieren, weil darin ihr wesentliches Geschäft liegt, die Arbeiter werden die Manöver immer besser durchschauen und ihre eigene Politik ausgehend von den Notwendigkeiten dagegensetzen, auch in den Gewerkschaften.

Am liebsten ist es den Gewerkschaftsfürsten, und dann fühlen sie sich am sichersten, wenn sie Verträge und Gesetze vorzeigen können, hinter denen sie sich verstecken. Den Arbeitern sind die Friedenspflichten einzelner Tarifverträge nicht so heilig, als daß sie dafür eine immer größere Spaltung ihrer Kämpfe hinnehmen würden. Deshalb werden Angestellte und Lehrlinge, Ausländer und Deutsche, Organisierte und Unorganisierte, Akkordarbeiter und Zeitlöhner für einen gemeinsamen Kampf um bessere Arbeitsbedingungen eintreten.

IM KAMPF UM MEHR LOHN MUSS DIE STARKE EINHEIT HERGESTELLT WERDEN

Zu einem Zeitpunkt, zu dem grundlegende Forderungen im Manteltarifvertrag wie Siebenstundentag, Acht Wochen Urlaub usw. sich noch nicht durchgesetzt haben, wird diese Einheit sich noch wesentlich in gemeinsamen Lohnforderungen auch während der Mantelstreiks herstellen. Die Metaller in Nordwürttemberg/Nordbaden werden in den bevorstehenden Streiks Lohnforderungen zusätzlich aufstellen müssen, wenn sie als Sieger aus dem Kampf hervorgehen wollen.

DIE ERFAHRUNGEN JETZT ANWENDEN

Die Arbeiter haben in den letzten Jahren vor allem auch in Nordwürttemberg/Nordbaden gelernt, daß sie auf die Nadelstichtaktik der Gewerkschaftsfürsten nicht hereinfallen dürfen: nämlich nur in einigen Betrieben streiken zu lassen, damit die Sache billiger wird. Wenn wir in Nordwürttemberg/Nordbaden streiken, dann geschlossen. Eine weitere wichtige Erfahrung, an die man erinnern muß vor einem Streik, ist die Notwendigkeit von regelmäßigen Belegschaftsversammlungen. Nur so bleibt ein gemeinsamer Kampf gesichert. Zu oft schon haben wir erfahren müssen, wie die Kapitalisten Rundfunk und bürgerliche Presse für ihre Interessen und Manöver einsetzen.

Fassen wir zusammen: Die Kapitalisten werden gestärkt und hart in die Auseinandersetzung einsteigen. Sie werden versuchen auszusperren und zu spalten. Die Gewerkschaft geht mit relativ schlechten Voraussetzungen in den Kampf: keine starken Forderungen, die Belegschaft wurde gespalten, der Lohnkampf soll wegen der Friedenspflicht rausgehalten werden. Außerdem darf der Streik nicht zu teuer werden, soll trotz allem den Mitgliedern zeigen, daß sich die Gewerkschaftsspitze für die Mitglieder einsetzt, das ganze aber nach Möglichkeit so, daß keine klassenkämpferische Arbeiterschaft als Resultat dieser Kämpfe entsteht.
Also werden sich die Kollegen auf ihre bisherigen Erfahrungen gestützt ans Werk machen müssen, ihre Einheit und Kraft den Kapitalisten entgegenzusetzen. Dabei geht es in diesem Streik um mehr als um Lohn und Arbeitsbedingungen. Auch geht es nicht nur um Fragen der Arbeiter in Nordwürttemberg/Nordbaden. Die Metaller aus diesem Tarifgebiet wissen genau, daß sie um Rechte der gesamten Klasse streiken müssen.
Die gesamte Arbeiterklasse der Bundesrepublik wird in diesen Tagen auf sie blicken. Sollten die Kämpfe sich im Kampf um höheren Lohn vereinheitlichen, werden die anderen nicht abseits stehen bleiben. Die Arbeiter haben längst begriffen, daß ein paar Pfennig mehr Lohn noch nicht Absicherung des Lebens, Gesundheit, Freiheit oder Menschlichkeit bedeuten. Die steigende Unzufriedenheit richtet sich ebenso gegen die Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen. Die Diskussionen um den Manteltarif zeigen, daß die Arbeiter gewillt sind, den Kampf für grundlegende Veränderungen ihrer Situation aufzunehmen. Mit einer SPD-Gewerkschaftsführung sind die Voraussetzungen für diesen Kampf zwar denkbar schlecht, doch sie werden die Arbeiter nicht aufhalten können. Die Urabstimmung wird dies deutlich machen.

Ja zum Streik für bessere Arbeitsbedingungen!
Ja zum Kampf für mehr Lohn!

–E.R.–

Genschers Terrortruppe

Die Innenminister von Bund und Ländern meldeten kürzlich den Vollzug des Aufbaus sogenannter Mobiler Einsatzkommandos.

Das sind Spezialeinheiten in einer Stärke von jeweils 100 Mann. Die Kommandos werden auf Länderebene als Polizeieinheiten geführt, das der Bundesregierung unterstehende Kommando hat die Bezeichnung "Bundesgrenzschutz – Gruppe 9" erhalten und ist in der Grenzschutzkaserne Hangelar bei Bonn untergebracht. Bundesinnenminister Genscher stellte seine Leute am 21.9. im Fernsehen vor. Das sind wahre Desperados, skrupellos und kaltblütig, denen das eigene Leben und das des Gegners nichts gilt. Von den Regierungen der Länder und des Bundes sind diese Killer gedungen worden, einzig und allein um zu vernichten. Je schneller und je gründlicher, desto besser. Darauf sind sie monatelang gedrillt worden, dafür sind sie mit den modernsten Waffen und Geräten ausgerüstet, und dafür werden sie jetzt ausgehalten. Spätestens 45 Minuten nach Alarmauslösung haben sie den entferntesten Ort der Bundesrepublik erreicht. In den kommenden Wochen soll der teilweise unterschiedliche Ausbildungs- und Ausrüstungsstand vereinheitlicht werden. Zentrale Einsatzgrundsätze werden ausgarbeitet und eine einheitliche Befehlsstruktur für den gemeinsamen Einsatz aller Kommandos wird geschaffen.
Diese Killertruppe bildet die Einsatzreserve für den Staatlichen Unterdrückungsapparat. Sie sind das Rückgrat der Bürgerkriegsarmee, deren Aufbau die westdeutsche Bourgeoisie und ihre Platzhalter im Staatsapparat Schritt für Schritt seit 1967 verstärkt haben. Der beschleunigte militärische Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparates seit Verabschiedung der Notstandsgesetze 1968 hat Unsummen an Steuergeldern verschlungen. "Sicherheit ist teuer," erklärte Bundesinnenminister Genscher, als die SPD/FDP-Regierung im März 1972 das "Schwerpunktprogramm Innere Sicherheit" beschloß. Genscher meinte damit, die Lohnabhängigen sollten friedlich bleiben, wenn ihnen der Staat noch höhere Steuern und noch größere Abgaben abverlangt.

Das Leben der Reichen, der Geldsäcke, der Profitgeier, der Kapitalisten, deren Leben zu schützen, deren Herrschaft über die Arbeiterklasse und die übrigen Teile des Volkes zu sichern, dafür braucht man einen staatlichen Terrorapparat. Dafür braucht man eine Armee, vor allem für den Fall, daß die Arbeiter ihre Ausbeuter davonzujagen versuchen. Um auf diesen Fall vorbereitet zu sein, scheut die Bourgeoisie keine Mittel, vor allem dann nicht, wenn man den Lohnabhängigen auf dem Wege von Steuern und Abgaben das Geld dafür aus der Tasche ziehen kann.

Genscher-Banditen bei Reaktionsübung

Mit spektakulären Einsätzen gegen Entführungen und Vorführungen in Wild-West-Manier wird zugleich versucht, das Volk für diese Killerbande zu gewinnen. Die Länder haben zusätzlich zur Bundesgrenzschutzeinheit eigene Spezialtruppen ausgebildet. Als staatliche Sondereinheiten, die wegen ihrer geheimen Organisationsweise öffentlicher Kontrolle entzogen sind, stellen sie nichts anderes dar, als das, was es in anderen Ländern schon gibt: Todeskommandos im staatlichen Auftrag. Während Polizei, Bundesgrenzschutz und Bundeswehr gerüstet werden – aus allen Übungen kann man das eindeutig erkennen – auf die Niederschlagung von Bewegungen, Demonstrationen, Streiks und Volksaufständen, sind diese Spezialeinheiten ausgebildet auf politischen Mord an Gruppen und Einzelpersonen. Was in der Polizei immer mehr um sich greift und von den Gerichten unterstützt wird, der gezielte Todesschuß bei Verfolgung von Personen, deren "Vergehen" erst zu untersuchen wären, Todesschüsse auf Petra Schelm, Thomas Weisbecker, aber auch auf betrunkene Mopedfahrer, flüchtige Jugendliche oder den Schotten Mc Leod, der unbegründet im Verdacht stand, mit der Roten Armee Fraktion Verbindung zu haben, das staatliche Killertum zur Verteidigung von "Recht und Eigentum", wird nun in den Spezialeinheiten politisch systematisch organisiert im staatlichen Auftrag. Das Wirken dieser staatlichen Killertruppen wird es auf die Dauer unweigerlich notwendig machen, gegen die staatlichen Gangsterbanden Verteidigungsorgane des Volkes zu schaffen.

Schluß mit dem Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparats!

D.T.B.B.

Polizei soll in allen Streikbetrieben ermitteln

Innenminister Schieß von Baden-Württemberg gab am Samstag vor der Presse bekannt, daß er Anweisung gegeben habe, daß die Polizei in allen bestreikten Betrieben in Baden-Württemberg Ermittlungen aufnehmen solle, um nach sogenannten Rädelsführern zu fahnden. Er begründete diese Maßnahme als "im Interesse der öffentlichen Ordnung".
Diese öffentliche Ordnung ist nichts anderes als die reibungslose Unterdrückung, Überwachung und Ausbeutung der Arbeiterklasse und des Volkes. Die Vertreter des kapitalistischen Staatsapparats wissen genau, daß jeder Streik ein Baustein ist zur Errichtung der Klassenfront der Arbeiter und des Volkes gegen die Kapitalistenklasse und ihre Diener. Deshalb versuchen sie, durch solche Polizeiaktionen schon beim Aufflackern von Arbeitskämpfen durch polizeistaatliche Einschüchterung das Feuer zu ersticken. Obwohl die Gewerkschaftsführung bisher in allen Fällen von selbständigen Streiks die Polizei in ihren Ermittlungen wie auch des öfteren bei direktem Einsatz unterstützt hat, sah sie sich durch die öffentliche Erklärung des Innenministers gezwungen, gegen diese Provokation durch den Mund des Bezirksleiters Steinkühler Einspruch zu erheben.

Polizei verschleppt Arbeiter

Duisburg. Am 28.September wurde der Arbeiter Günter Wagner auf dem Weg von seiner Arbeitsstelle zu seiner Wohnung verhaftet. Wagner arbeitet bei Thyssen, er ist Mitglied der Gruppe Roter Morgen (KPD/ML). Über die Verhaftung wurden von Seiten der Polizei und der Jusitz keinerlei Mitteilungen gemacht. Weder wurden die Eltern Wagners, seine Verlobte, noch die Presse informiert über seinen Aufenthaltsort oder über den Grund der Verhaftung. Wagner erhielt keine Möglichkeit, mit einem Rechtsanwalt Kontakt aufzunehmen. Am 1.10. fand ein Haftprüfungstermin statt. Einem Brief zufolge, den Wagner darüber an die Gruppe Roter Morgen (KPD/ML) richtete, soll die Haftklage auf Verleumdung lauten. Wagner sollte in dieser Angelegenheit am Mittwoch, den 3.10, nach München gebracht werden. Der Grund für die Aufrechterhaltung der Haft sei Fluchtgefahr und mangelnder fester Wohnsitz. (Wagner ist jedoch in Duisburg polizeilich gemeldet.)
Wir wenden uns scharf gegen die terroristische Behandlung des Kollegen Wagner durch Polizei und Justiz.
(nach einer Pressemitteilung der Gruppe Roter Morgen (KPD/ML) Essen)

Kriegsrentner demonstrieren in Bonn

30 000 Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene demonstrierten am Dienstag, den 1.Oktober in Bonn. Sie fordern eine Anpassung ihrer Rente an die gesetzliche Sozialrente. Sie fordern lediglich Gleichbehandlung und demonstrierten gegen die Weigerung von Regierung und Bundestag, die Rentenerhöhung noch in diesem Jahr vorzunehmen.

Die Bundesregierung will erst am 1.Oktober 1974 einen Stufenplan zur Angleichung der Kriegsopferrenten anlaufen lassen. Aber sie können bei der gegenwärtigen Teuerung nicht bis dahin warten. Ohnehin müssen die Kriegsrentner schon immer darum kämpfen, daß wenigstens die gesetzliche Sozialrente zur Bemessungsgrundlage ihrer Rente gemacht wird. Schon 1963 mußten sie, obwohl es den Kriegsverletzten sicher nicht leicht fällt, in Bonn für ihre Forderungen, damals gegen die Regierung Erhard demonstrieren. Da sie keine Möglichkeit des Streiks haben, ist dies ihr einziges kollektives Kampfmittel. Obwohl die Kriegsopfer formell die Angleichung der Kriegsopferrente an die Sozialrente durchsetzen konnten, ist dieser Erfolg in der Praxis nicht eingelöst worden. Nach Information des Verbandes der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten und Sozialrentner Deutschlands, VDK, der auch zur Demonstration in Bonn aufgerufen hatte, beträgt heute die Bemessungsgrundlage für die Kriegsopferrente 69 % von der gesetzlichen Vollrente der Sozialversicherung. Und wer von den Kapitalisten in den Krieg gezwungen wurde und dabei verstümmelt wurde, dem geht es noch dreckiger. Hier glauben die Staatsdiener des Kapitals besonders knauserig sein zu dürfen, weil sie mit der Wehrlosigkeit der Kriegsopfer rechnen. Doch auch die Verkrüppelten müssen noch um ihre Rechte kämpfen, und sie tun es trotz der besonderen Schwierigkeiten, wie die gewaltige Demonstration der 30 000 Kriegsopfer und Hinterbliebenen in Bonn beweist.

Zehntausend Tonnen Giftmüll verseuchen die Umwelt

DIE FRÜCHTE DES "VERTRAUENS ZWISCHEN STAAT UND INDUSTRIE"

Insgesamt 10 000 – zehntausend! – Tonnen giftiger Mülle sind bereits im Juni und Juli dieses Jahres auf den Müllkippen von Mühlheim, Steinheim, Heusenstamm, Bischofsheim und sechs weiteren hessischen Gemeinden entdeckt worden. Drei Jahre lang bereicherte sich der Hanauer Transportunternehmer Plaumann daran, hochgiftige Industrieabfälle auf normale Müllabladeplätze zu kippen, statt sie zu verbrennen oder vorschriftsmäßig zu lagern. Daß in den vergangenen Wochen der große Giftmüllskandal daraus wurde, ist nur der immer sensationslüsternen bürgerlichen Presse zu verdanken.

10 000 Tonnen Gift – reichlich genug, um die gesamte Bevölkerung der BRD ein für alle Mal zu erledigen, ist jedoch nur ein verschwindend kleiner Teil dessen, was an mehr oder weniger giftigen Abfällen durch die Industrie produziert wird. **260 Millionen Tonnen** Abfälle werden in der BRD jährlich produziert, **mehr als neun Zehntel dieses Unrats von der Industrie**, und diese Menge wächst jedes Jahr zusätzlich noch um 6 bis 8 %.
Die Menge der Abfälle steigt gradlinig mit dem Umsatz; für die Chemie lautet die Faustregel: mit jeder Tonne chemischer Erzeugnisse entsteht rund 160 Kilo Giftmüll.
Nun wirft sich die hessische SPD-Regierung mitsamt der bürgerlichen Presse in heller Empörung auf den Transportunternehmer Plaumann, dem das Müllbeseitigungsgeschäft in kürzester Zeit 1,5 Millionen einbrachte. Jedoch, wie die Zahlen es für jeden klar zeigen, nicht er und seinesgleichen sind die Verursacher allen Übels – ihr Handeln zeigt nur, zu was für Verbrechen die Gewinnsucht im Kapitalismus verleiten kann.

DIE WIRKLICH SCHULDIGEN: DIE GROSSE INDUSTRIE

Die Verursacher, die wirklich Schuldigen am ganzen Übel der immer bedrohlicher werdenden Umweltverschmutzung, sind jedoch die Kapitalisten der großen Industrie selbst. Obwohl sie die größten Giftproduzenten sind, lehnen sie jede Verantwortung für ihre unheilvollen Produkte ab. Obwohl es technologische Verfahren gibt, die die Entstehung solcher Giftstoffe während der Produktion bedeutend vermindern würden, werden sie nicht angewandt, weil sie zu teuer sind – jedenfalls für die Kapitalisten zu teuer. Denn für sie gibt es nur ein einziges Prinzip: das des Profits. Daneben verschwindet die Bedeutung dieser Gefahr, die die Stoffe für die Gesellschaft darstellen.
Es gibt auch die Möglichkeit, aus giftigen Abfällen wiederverwertbare Produkte zu gewinnen: Aber damit diese Möglichkeit auch genutzt wird, muß – laut Kapitalistenblatt FAZ – entweder die Rohstoffknappheit das Unternehmen gewinnträchtig machen, oder wir müssen solange warten, bis die Beseitigung der Abfälle einmal teurer wird als die Wiederaufbereitung.
An dem Punkt tut sich ein ungeheurer Widerspruch auf: Hier werden von privaten Firmen Giftstoffe produziert, die für die Gesellschaft, ja für die ganze Menschheit eine unermeßliche Gefahr bedeuten, und trotzdem kann heute diese privaten Firmen niemand daran hindern, weiterhin ihr Unwesen zu treiben, die Gefahren immer weiter zu erhöhen.

GESETZE "AUF VERTRAUENSBASIS VON STAAT UND INDUSTRIE"

Daß die Gesetze gegen Umweltvergiftung nur ein Pflästerchen sind, ist ein offenes Geheimnis. Nur ein Beispiel: Dr.rer.pol. Jürgen Bernhold, Amateurtanzweltmeister und Reeder, ließ giftige Raffinerieabwässer aus seinen Binnenschiffen in den Rhein pumpen. Die Strafe: 8 Monate Gefängnis auf Bewährung, 5 000 Mark Geldstrafe und 8 000 Mark Buße – ein Bruchteil seiner Gewinne, durch Umweltverbrechen erwirtschaftet.
Sowas wie in Hessen könnte bei uns nicht passieren, brüsten sich jetzt die zuständigen Behörden in anderen Bundesländern. Wenn die Gesetze jedoch "auf einer Vertrauensbasis zwischen Industrie und Staat beruhen" ("Spiegel" 4)/73), muß man sich doch fragen, was denn die Garantie dafür sein soll. Etwa die Paragraphen, die

- die Behörden verpflichten, die Beseitigung der Abfälle zu überwachen, oder die
- die Unternehmer verpflichten, der besagten Behörde Beschaffenheit und Menge der Giftstoffe anzuzeigen?

Wo doch jeder weiß, daß jeder gesellschaftliche Eingriff in die private Produktion dem grundlegendsten Prinzip der kapitalistischen Produktion, dem privaten Unternehmen, der privaten Bereicherung einiger weniger, grundsätzlich widerspricht. Wenn der Staat dann doch noch solche Gesetze aufstellt, so nur um dem Druck der Bevölkerung zu entfliegen, um ihre wachsende Empörung zu beschwichtigen, oder wenn die Verschmutzung der Umwelt bereits die Industrieproduktion empfindlich stört.
Ansonsten ist sie an der Ausführung dieser Gesetze genausowenig interessiert wie die einzelnen Kapitalisten selbst. Die Kosten werden allerdings auf die arbeitende Bevölkerung abgewälzt, in Form von Preiserhöhungen oder Steuererhöhungen. Auch in Hessen trägt die arbeitende Bevölkerung jetzt neben den anderen Folgen die finanzielle Last: 15 Millionen Mark hat das Land Hessen für die Grundwasseruntersuchungen und Beseitigung der Schäden als erste Hilfe aus Steuergeldern zur Verfügung gestellt. Ebenso beginnt die aus Steuergeldern finanzierte Forschung an den Universitäten, sich diesen Fragen zu widmen.
Daß die Kapitalisten sich an der Zerstörung der Umwelt viel weniger stören als die arbeitende Bevölkerung, liegt nicht in letzter Linie daran, daß ihre Lebensumstände um einiges besser sind. Sie wohnen in gepflegten Taunus-Vororten, und nicht neben stinkenden Betrieben – die gehören ihnen nur –, und wenn es Not tut, können sie ihren Tee auch mit abgefülltem Quellwasser kochen. Sie verbringen ihren Urlaub nicht an verseuchten Meeresstränden, sondern an filtrierten Schwimmbassins.
Ein treffendes Beispiel für die Nutzlosigkeit kapitalistischer Umweltgesetzgebung gibt das Verhältnis von Gemeinden und Industrie ab: Gemeinden und örtliche Industrie sind meistens finanziell stark verflochten; die Gemeinden konkurrieren untereinander um die Steuern und Arbeitsplätze, die die Anwesenheit von großen Betrieben bedeuten, und die daher auch die Basis für jegliche Kommunalpolitik abgeben. So ist es nur zu verständlich, wenn die Gemeinden ihre wichtigste finanzielle Einnahmequelle nicht durch allzu strenge Untersuchungen und Nachforschungen behelligen wollen, und die Unternehmer lieber mit Samthandschuhen anfassen.

WER TRÄGT DIE SCHULD?

Nach diesem hessischen "Müllskandal", der im Ausmaß alle ähnlichen Fälle übertrifft, wird nun lauthals und möglichst spektakulär der Sündenbock gesucht. War es der Fuhrunternehmer Plaumann oder der sowieso schon recht angeschlagene Umweltminister Best?
Plaumann und Best sind eigentlich nur winzige Figuren im ganzen Mechanismus kapitalistischer Umweltzerstörung. **"Das Kapital, das so 'gute Gründe' hat, die Leiden der es umgebenden Arbeitergenerationen zu leugnen, wird in seiner praktischen Bewegung durch die Aussicht auf zukünftige Verfaulung der Menschheit und schließlich doch so unaufhaltsame Entvölkerung so wenig und so viel bestimmt als durch den möglichen Fall der Erde in die Sonne."** – sagt bereits Marx im "Kapital" (S.285). Bis heute hat sich nichts daran geändert: Von der "Vernunft" der Kapitalisten haben wir nichts zu erwarten, und wenn jetzt verschiedene Regierungsorgane und -mitglieder auch auf Verbrecherjagd gehen, wenn die bürgerliche Presse auch mutig behauptet, Minister Best sei untragbar (Frankfurter Rundschau), so tun sie das nur, um von wahren Schuldigen, dem Verursacher, der kapitalistischen Industrie abzulenken.

ZERSTÖRUNG DER UMWELT – DER FLUCH DER KAPITALISTISCHEN PRODUKTION, ABER KEINE NOTWENDIGKEIT DER PRODUKTION

Ein Teil der Ablenkungsmanöver der Bourgeoisie ist auch die Ideologie des "industriellen Zeitalters". Den bürgerlichen Ideologen nach soll die Zerstörung der Umwelt eben der Fluch unseres Zeitalters, giftiger Müll und Abgase der Preis für "unseren" Wohlstand sein.
Das Beispiel der Volksrepublik China zeigt jedoch, daß auch dieses Problem nicht ein vom Gesellschaftssystem unabhängiges ist. Es zeigt, daß im Sozialismus auch das Problem des wirksamen Umweltschutzes lösbar ist, bzw. daß es gar nicht dazu kommt, daß die Natur und damit die Lebensbedingungen der Menschen zerstört werden.
Obwohl für die im Augenblick noch gering entwickelte Industrie der Volksrepublik China der Aufbau jedes Betriebes von ungleich größerer Bedeutung ist, als das Z.B. in der BRD der Fall wäre – trotzdem: Kein Betrieb darf die Produktion aufnehmen, solange nicht Pläne zur Neutralisierung oder Nützlichmachung der Abfallstoffe vorgelegt werden. Obwohl dies ein weit kostspieligeres Verfahren ist, als die Gifte einfach irgendwo in die Natur zu setzen, wird das in China nicht als unnütze Investition betrachtet, im Gegenteil. Denn im Sozialismus steht tatsächlich der Schutz und das Wohlergehen der arbeitenden Bevölkerung an erster Stelle.

–V.J., Frankfurt–

Ein Umweltbürokrat in Pose vor den Kameras.

Der Profit geht über Leichen

WASSER UND BODEN AUF JAHRE HINAUS VERGIFTET

Durch die wilde Ablagerung von Giftmüll auf Müllkippen, Kiesgruben und teilweise sogar in die Kanalisation im Raum Frankfurt ist das Leben und die Gesundheit von Millionen Menschen bedroht, denn es besteht die Möglichkeit und die Gefahr der Verseuchung des Grundwassers. Einige der abgelagerten Stoffe wirken schon in winziger Dosis unmittelbar tödlich, wie Arsen- und Cyanidschlämme, und die sogenannten Nervengifte, die in Wasser- und Erdproben gefunden wurden: Fische, die in Wasser und Spuren von Industriemüll einer Kippe bei Börnigheim gesetzt wurden, waren nach 5 Sekunden gelähmt, nach 15 Minuten tot. Gerade Cyanide – Salze der Blausäure – und Arsene sind besonders gut wasserlöslich und können durch unterirdische Grundwasserströme in weit entfernte Trinkwasserebereiche gelangen.
Andere chemische Substanzen wirken chronisch durch ihre ständige Anreicherung im Körper als Nahrungs- oder Trinkwasserbestandteile. Eine in den massenhaft abgelagerten Öl- und Benzinschlämmen enthaltene Bleiverbindung kann z.B. zu Vergiftungserscheinungen führen sowie auch langfristig zur Krebsentstehung beitragen. Auch für einige der abgelagerten organischen Lösungsmittel ist neben anderen schädlichen Wirkungen auf das menschliche Gewebe die Mitwirkung bei der Krebsentstehung bekannt. Darüber hinaus werden Pflanzen, Tiere und Bodenbakterien im unmittelbaren Einwirkungsbereich der Giftablagerungen abgetötet, und damit die natürliche Selbstreinigung des Wassers vollends unmöglich gemacht.
Die biologischen Kläranlagen werden durch die Abtötung der dort wirksamen Bakterien lahmgelegt. Der Boden bleibt auf Jahre hinaus vergiftet.

Die Aufräumungsarbeiten auf den Müllkippen mußten inzwischen unterbrochen werden, weil die giftigen Dämpfe bei den Arbeitern zu Vergiftungserscheinungen wie Kopfschmerzen und Übelkeit führten. –KG Ffm

Giftfrachter gesunken

HOCHGIFTIGE CHROMSÄURE VERPESTET OSTSEE

Stockholm. Der Frachter Viggo Hinrichsen ist am 30.September nahe der schwedischen Insel Öland mit 1 100 Kanistern hochgiftiger Chromsäure gesunken. Durch das auslaufende Gift ist die Wasseroberfläche inzwischen gelb gefärbt. Die starke Konzentration des Giftes bedroht sämtliches Meeresleben in weitem Umkreis. Wasserproben im Norden der Insel Öland haben eine starke Ätzung des Meereswassers erwiesen. Die 'Nauta-Schiffahrtsverwaltung', der das Schiff gehörte, erklärte, die Bergung des Schiffes und der Ladung hänge von der Klärung der Versicherungsfrage ab. Der Kapitän wird der "seemännischen Fahrlässigkeit" beschuldigt, weil er die Ladung nicht vorschriftsmäßig verstaut hatte. Außerdem befand er sich nur mit seinem Sohn allein an Bord als das Unglück geschah. Die Schwedischen Zollbehörden haben inzwischen einen Zerstörer an die Giftstelle geschickt, um die Fischer zu warnen.

Werra - Verschmutzung

SPORTANGLER DEMONSTRIEREN GEGEN VERSEUCHUNG

Im September trafen sich Sportangeler aus dem Kreis Eschwege auf dem Eschweger Werdchen. In Kolonnen waren sie mit ihren Wagen aus den Orten des Kreises nach Eschwege gefahren. An den Türen ihrer Wagen hingen Plakate: "Rettet Werra, Fulda, Weser" und "Gesundes Wasser – gesundes Leben" war auf den Plakaten zu lesen. Für diese Parolen trafen sich die Sportangler an jenem Samstagmorgen. Mit ihrer Sternfahrt auf Eschwege und der angesetzten Demonstration und Kundgebung wollten sie die Bevölkerung auf den sich ständig verschlechternden Zustand des Werra-Wassers aufmerksam machen.

Die Heringer Kaliwerke haben bereits eine halbe Milliarde Kubikmeter Kalilauge abgestoßen. Die Folgen sind entsprechend: In der Werra lebten ehemals 24 Fischarten. Heute nur noch 2: Aale und Forellen – und diese auch nur noch, weil sie eingesetzt werden; vermehren können sie sich im Werra-Wasser nicht mehr – der Laich wird vom Salz zerfressen. Das Heringer Wintershall-Werk verbrennt weiterhin schweres Mineralöl, und der Salzstaub des Werkes lagert sich in Natur und Ortschaft ab
Untersuchungen des Wassers nach Salzrückständen ergaben:
Salzgehalt der Werra und anderer Gewässer im Raum Heringen-Philippstal:

- Graben am Sportplatz Philippstal: 84 700 mg/l (Milligramm pro Liter);
- Werra bei Längers: 10 500 mg/l
- Bach bei Widdershausen: 38 000 mg/l
- Kiesteiche bei Widdershausen: 135 000 mg/L
- Wasser aus einem Keller eines Wohnhauses in Widdershausen: 110 000 mg/l.

Dazu erklärte man: "Aus ehemaligen Süßwasserquellen fließt heute im Heringer Gebiet verdünnte Kalilauge."
Im kleineren Kreis wurde nachher noch bekannt:

- daß Arbeiter des Heringer Kaliwerkes gesagt haben, daß hin und wieder die Schleusen geöffnet werden und sich volle Ladungen Kalilauge in die Werra ergießen;
- daß die Kapazität des Werkes ständig erhöht wird. 1965 wurden pro Tag 100 000 Tonnen Gestein verarbeitet. Da 90 % des Gesteins Abfall sind und der Kalianteil nur 10 % ausmacht, fielen damit 1965 täglich 90 000 Tonnen Abfall an.
- Wer kann beweisen, daß die Heringer Firma nicht regelmäßig bei Nacht und Nebel die Schleusen öffnet und die Kalilauge in die Werra spült?

Zeitung der KG Eschwege -

Zum Jugendarbeitsschutzgesetz

BDA UND DGB KRITISIEREN DEN ENTWURF FÜR DAS JUGENDARBEITSSCHUTZGESETZ

Die Novellierung des Jugendarbeitsschutzgesetzes, die schon lange gefordert und jetzt mit größerem Brimborium angekündigt worden ist, ist nun angelaufen. Über den Referentenentwurf des Arbeits- und Sozialministeriums fand am 18. September eine Anhörung der Verbände (Kapitalisten und Gewerkschaften) statt. Noch im Herbst wird der Entwurf dem Kabinett vorliegen.

DER ARENDT-ENTWURF: SCHUTZ FÜR WEN?

SPD-Minister Arendt hat mit dem zur Debatte stehenden Entwurf nach eigenen Behauptungen ein "neues wesentlich verbessertes und in seiner Wirkung kontrolliertes Gesetz" vorgelegt, mit der Zielsetzung einer "menschengerechteren Gestaltung der Arbeit für Jugendliche" (Handelsblatt vom 19.7.). Freilich beschränkt sich das großartige "Reformwerk" auf wenige kleine Verbesserungen, so die geringfügige Verlängerung des Urlaubs, Ausbau der ärztlichen Betreuung, Einführung von Höchstschichten für Jugendliche usw. Mit geringfügigen Veränderungen sucht sich die SPD ein "Reformwerk" im Interesse der Kapitalisten zu erkaufen, das im wesentlichen alles beim Alten läßt,den alten sauren Wein lediglich in neuen Schläuchen anbieten will oder sogar noch die Verschlechterung einiger Bestimmungen vorsieht: Die Arbeitszeit von 8 Stunden wird nicht gekürzt, die Hundert Sonderregelungen und Ausnahmebestimmungen zum Verbot der Kinder-, Nacht-, Sonntags-, Feiertags- und Akkordarbeit sollen fast vollständig und wörtlich übernommen werden. Vor allem hält der Entwurf an dem sogenannten "Notstandsparagraphen" fest, nach dem in sogenannten "Notfällen" eh alle Schutzbestimmungen außer Kraft gesetzt werden können. Damit bleibt der vorgesehene "Arbeitsschutz" so originell wie der von 1960. Er verbietet den Kapitalisten viel, läßt aber Verbotenes immer dort zu, wo die Kapitalisten ein ausgeprägtes Interesse daran haben. Karl Marx, der sich eingehend mit der Lage der Arbeiterklasse in England beschäftigt hat, schrieb zu einem der ersten Schutzgesetze, das vom englischen Parlament verabschiedet wurde: "Hell leuchtet der Geist der kapitalistischen Produktion aus der liederlichen Redaktion der Klauseln." Nicht weniger hell leuchtet dieser Geist auch aus dem Arendt-Entwurf.

DER BDA NENNT KLAR DIE INTERESSEN DER KAPITALISTEN!

Dennoch ist der Arendt-Entwurf auf die Kritik der Kapitalisten gestoßen. Die Kapitalisten begrüßen "jede sinnvolle Verbesserung des Jugendarbeitsschutzgesetzes", halten aber den Referentenentwurf in "einigen Punkten für veränderungsbedürftig" (Handelsblatt vom 25.9.), da "allgemeine Gesichtspunkte nicht beachtet" seien. Vor allem der Gesichtspunkt, daß die "Annebung der Arbeitsschutzvorschriften" nicht dazu führen darf, "daß ein Hineinführen der Jugendlichen zur Realität der Arbeitswelt erschwert und die Jugendlichen in ihrem natürlichen Tatendrang gehemmt werden" (HB vom 25.9.). Diese "Realität der Arbeitswelt" ist die Welt des Kapitals, in der die Kapitalisten, ihre Offiziere und Unteroffiziere, die Meister und Vorarbeiter die Befehle geben, die Menschen zu bloßen Anhängseln der Maschinen herabgewürdigt werden, sich die Qual der Arbeit ständig vergrößert und die Menschen eine Arbeit verrichten müssen, die sie zutiefst hassen. An diese "Realität" sollen sich die Lehrlinge und jungen Arbeiter früh gewöhnen, ein wirksamer Schutz von Gesundheit und Leben hat hier keinen Platz. Das Fazit der BDA-Stellungnahme: Auf keinen Fall dürfe es dazu kommmen, daß – man höre und staune – "durch eine Unter(!)forderung objektive Gefahren für die Entwicklung Jugendlicher entstehen". Mit keinem Satz hätte die Unverschämtheit der Unternehmer-Logik besser und zynischer ausgedrückt werden können.

DER DGB: ZUSTIMMUNG – ABER ZUSÄTZLICHE FORDERUNGEN!

Der DGB hält den Ahrendt-Entwurf für "noch veränderungsbedürftig". Warum? "Weil wichtige Forderungen fehlen und einige Regelungen keinen effektiven Jugendarbeitsschutz garantieren können" (FR vom 19.9.). Genannt werden Forderungen wie Beseitigung der Ausnahmeregelungen bei Nacht- und Sonntagsruhe, Einführung einer zweiten ärztlichen Nachuntersuchung, die Verlängerung des Mindesturlaubsanspruches auf 6 Wochen usw.

Gleichzeitig jedoch hat der DGB in seiner Stellungnahme die "grundsätzliche Übereinstimmung" betont. Man könnte darüber ruhig hinwegsehen, hätte das Verhalten der DGB-Gewerkschaftsführung zum Kampf für wirksamen Arbeitsschutz nicht schon deutliche Zeichen gesetzt. Z. B. die 'Aktion Jugendarbeitsschutz' des DGB im letzten Jahr oder die 'Aktion Rote Zange' der IG-Metall, die zur Zeit aktuell ist. Sie sind Abkömmlinge einer Versöhnungspolitik,die schon tot waren, bevor sie von der Gewerkschaftsspitze geboren wurden, und lediglich Gelegenheit boten auf Pressekonferenzen und Gewerkschaftsblättern starke Worte im Mund zu führen, um dann umso besser sich um den wirklichen Kampf herumzumogeln.

Zweifellos enthält der Forderungskatalog des DGB, der im 5.Entwurf zu einem neuen Jugendarbeitsschutzgesetz zusammengefaßt ist, eine Reihe von notwendigen und richtigen Forderungen. Da die Gewerkschaftsführung den schmalen Grat des Vertrauens der Mitglieder kennt, und der immer enger wird, konnte sie mit diesem Entwurf nicht vorbei an dem breiten Protest der Arbeiterjugend über die Unzulänglichkeit und völlige Wirkungslosigkeit des Gesetzes von 1960, an den vielfältigen Aktionen und den Forderungen von Jugendgruppen, Vertrauensleuten, Betriebsräten und Jugendvertretern.

DIE ARBEITERJUGEND MUSS SELBST KLARE FRONTEN SCHAFFEN!

Nicht zu Wort gekommen ist bei der bisherigen Diskussion die Arbeiterjugend, deren Gesundheit und Arbeitskraft zur Debatte steht. Die Stellungnahmen von BDA und DGB haben die Fronten nicht aufgezeigt, sondern eher verwischt. Für die klare Frontenbildung werden die Lehrlinge und Jungarbeiter selbst sorgen müssen. Wird die frühe und systematische Zerrüttung der Arbeitskraft weiterhin gesetzlich abgesichert oder kann ein wirksamer Schutz der Arbeitskraft durchgesetzt werden? Bei dieser Frage wird die Arbeiterjugend ein gewichtiges Wort mitreden. Dann nämlich, wenn sie sich Klarheit darüber verschafft, wer im Kampf ihre Freunde und wer ihre Feinde sind. Wenn sie sich Klarheit über ihre Ziele und Forderungen verschafft und den aktiven Kampf aufnimmt.

Am 27. Oktober veranstaltet der DGB-Landesbezirk eine für Nordrhein-Westfalen zentrale Demonstration gegen die Entlassung von Jugendvertretern.

DEMONSTRATION
am 27.10., 12 Uhr
Köln, Neumarkt
unter den Forderungen:

Voller Kündigungsschutz für Jugendvertreter, jugendliche Betriebsräte und Vertrauensleute!
Weg mit der Friedens- und Schweigepflicht!
Kampf den politischen Entlassungen – für freie politische Betätigung in der Ausbildung und am Arbeitsplatz!
Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen – für kampfstarke Einheitsgewerkschaften!

In den nächsten Wochen kommt es darauf an, die Aufklärungs- und Mobilisierungsarbeit in den Betrieben, den Gewerkschaften und den Berufsschulen zu entfalten, um die Demonstration zu einem Erfolg der Arbeiterjugend zu machen.

Hamburg, 3.10. 1 000 Menschen protestierten gegen die Suspendierung von zwei kommunistischen Lehrerreferendaren, Mitgliedern des Referendarvorstands (wir berichteten darüber in KVZ Nr.3). Die Demonstranten wandten sich gegen das Berufsverbot und gegen die Unterdrückung der Wahrheit an den Schulen. Mit einer Disziplinierungswelle versucht der Hamburger Schulsenat gegen fortschrittliche Lehrer vorzugehen, um seine Schulpolitik, gegen die sich immer mehr Eltern und Schüler wehren, abzusichern. Der verlängerte Arm der Hamburger Schulbehörde, der GEW-Vorstand, beschloß mit 30 gegen 7 Stimmen den Ausschluß der beiden Lehrer.
Anlaß zu diesen Maßnahmen war ein Flugblatt der "Sozialistischen Studentengruppe" (SSG), in dem ein Protokoll einer Sitzung zwischen dem Hamburger Schulsenator Apel (SPD) und den Leitern der Lehrerausbildungsseminare veröffentlicht wurde. Auf der Sitzung waren Disziplinierungsmaßnahmen gegen die Referendare besprochen worden.
Mehrere Gewerkschaftsgremien, unter anderem der Ausschuß junger Lehrer und Erzieher der GEW Hamburg, die Fachgruppe Buchhandel der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, die Fachgruppe Rechtsreferendare in der ÖTV Hamburg, verurteilten die Maßnahmen von Senat und Gewerkschaftsführung.

Prozess gegen Hausbesetzer

In Hamburg hat jetzt der erste Prozeß gegen die Hausbesetzer von Hamburg-Hohenfelde begonnen. Die Angeklagten hatten im Mai dieses Jahres ein Haus besetzt, das die "Burobau", eine Tochtergesellschaft der "Neuen Heimat" aufgekauft hatte und abreißen lassen wollte, um in dem gesamten city-nahen Stadtteil ein aufwendiges Projekt mit Eigentumswohnungen durchzuführen.

In der Nacht zum 23. Mai hatte das Aufsichtsratsmitglied der "Neuen Heimat" Ruhnau, der damals praktischerweise auch Hamburger Polizeisenator war, seine neue "Anti-Terroristen-Gruppe" eingesetzt, um das Haus räumen zu lassen. Bei dieser Aktion wurden auch die Angeklagten verhaftet.

In der Hamburger Justiz ist nun eine verdeckte, damit aber nicht weniger heftige Auseinandersetzung darüber entstanden, ob die Hausbesetzer eine kriminelle Vereinigung im Sinne von § 129 StGB darstellen. Behörde, Staatsanwaltschaft und Oberlandesgericht setzen sich mit allerhand juristischen Eiertänzen für die Bejahung dieser Frage ein. Die zuständige Staatsschutzkammer beim Landgericht hingegen, die schon im Prozeß gegen Margit Schiller hinlängliche Erfahrungen mit der Protestkundgebung gegen die bürgerliche Klassenjustiz machte, neigt dazu, dem Druck der breiten Hamburger Bewegung gegen Bodenspekulation und Mietwucher nachzugeben. Sie will "nur" wegen Haus- und Landfriedensbruch verurteilen.

So oder so aber wird die bürgerliche Klassenjustiz sich auch in diesem Prozeß entlarven. Zu deutlich liegt die Verwobenheit zwischen den volksfeindlichen Interessen der "Neuen Heimat" und dem Hamburger Senat auf dem Tisch. Heißt es doch schon 1967 im Hausblatt der "Neuen Heimat" zur "attraktiven Umgestaltung der Hamburger Innenstadt":

"In erster Linie ist dabei an die urban anspruchsvolle Gruppe der Führungs- und Spitzenkräfte zu denken . . . Der eigentliche Bezugspunkt des Faktors Attraktivität ist mithin der orts- ja gebietsfremde Mensch von einigem Niveau. Er soll kommen, sich wohlfühlen und bleiben."

Und ist doch Ruhnau, dieser "Mensch von einigem Niveau", zugleich Oberkapitalist der "Neuen Heimat" und Senator der Hamburger Polizei. Inzwischen hat er zum "zivilen" Beruf übergewechselt: Er ist jetzt Arbeitsdirektor des gewerkschaftseigenen "Co op"-Lebensmittelkonzerns.

Wenn die Hamburger Hausbesetzer ihr – mehr oder weniger hartes – Urteil "im Namen des Volkes" erhalten, wird noch einmal klar, was die Öffentlichkeit schon im Prozeß aussprach: "Neue Heimat und Senat sind ein Gangstersyndikat."

–A.–

Klassenpolitik oder moralische Aufrüstung

ZU EINEM ARTIKEL IN DER "ROTEN FAHNE" NR. 28 DER GRUPPE KPD: "DIE HAUPTAUFGABEN DER KOMMUNISTEN AM KRANKENHAUS"

In der "Roten Fahne", dem Zentralorgan der Gruppe Rote Fahne (KPD) steht in der Ausgabe vom 11.Juli und unter der vielversprechenden Überschrift "Die Hauptaufgaben der Kommunisten am Krankenhaus" zu lesen: "In unserer (der Gruppe Rote Fahne) Arbeit mit den Krankenschwestern, Ärzten, Medizinisch-Technischen Assistenten und den anderen Werktätigen (am Krankenhaus) ist es also die wichtigste Aufgabe ihnen klarzumachen: Es kann nicht in erster Linie darum gehen, daß sie weniger arbeiten, mehr Geld bekommen usw., sondern daß es um die medizinische Versorgung der Massen geht."
Bisher war derartiges Gedankengut in der Hauptsache bei Klosternonnen, Chefärzten und Verwaltungsdirektoren anzutreffen und wurde den Lohnabhängigen am Krankenhaus immer dann vorgehalten, wenn sie sich gegen ihre schlechten Arbeitsbedingungen, die lange Arbeitszeit, die vielen Überstunden, den niedrigen Lohn empörten.

Daß dieses Gerede stockreaktionär ist, kann man daran sehen, daß es immer die Aufgabe und den Zweck hat, die Lohnabhängigen am Krankenhaus von dem Kampf um ihre unmittelbaren Interessen abzuhalten, indem man ihnen die an Krankheiten verschiedener Art leidende Bevölkerung entgegenstellt. Die Lohnabhängigen am Krankenhaus aber sehen täglich, das Krankenhaus ist im Kapitalismus nicht da, um Menschen zu heilen. Es ist da, um die angeschlagene Arbeitskraft notdürftig wieder zusammenzuflicken und der kapitalistischen Produktion so schnell und billig als irgend möglich wieder zuzuführen. Ziemlich viele Lohnabhängige am Krankenhaus haben diesen Sachverhalt begriffen. Sie führen den Kampf um höheren Lohn, bessere Arbeitsbedingungen etc. im Hinblick und mit der Richtung auf Kampf gegen das Lohnsystem selber. Daß es am Krankenhaus im Kapitalismus nicht um die Gesundheitsversorgung der werktätigen Massen geht, genausowenig wie in der kapitalistischen Fabrik um die Produktion nützlicher Güter, ist dabei von großer Bedeutung. Versteht man das nicht dann wird man sich gegen den Reformismus nicht zur Wehr setzen können, sondern unweigerlich von den Werktätigen am Krankenhaus Opfer fordern müssen.

Der Standpunkt 'am heutigen Krankenhaus geht es in erster Linie um die medizinische Versorgung der Massen, der Kampf um den Lohn und die Arbeitszeit ist weniger wichtig' ist durch und durch bürgerlich. Betrachtet man die tatsächliche Versorgung der Massen am Krankenhaus, dann kann man zu dieser Ansichtnur kommen, wenn man die werktätigen Massen für das nimmt, was sie für die Kapitalisten sind, nämlich Arbeitsvieh. Weist man das empört zurück und beharrt trotzdem auf dem Standpunkt, Lohn und Arbeitszeit sind weniger wichtig usw., dann predigt man den blanken Reformismus. Der zeichnet sich dadurch aus, daß Reformen so angelegt werden, daß man einem Teil der Lohnabhängigen oder sogar allen aus der Tasche zieht und vom Lohn abschneidet, was man den anderen oder allen als Segnung und Reform anpreist. Und doch, die Leute von der "Roten Fahne" (KPD) haben sich nicht verschrieben, im selben Artikel schreiben sie weiter oben: "Dieser Widerspruch (nämlich zwischen dem Gesamtinteresse der Werktätigen und den besonderen Interessen der medizinisch arbeitenden) besteht darin, daß diese Werktätigen gerade indem sie der medizinischen Versorgung der Massen dienen, gleichzeitig ausgebeutet werden." Dieser denkwürdige Satz trifft natürlich genauso auf die Eisenbahner, die Arbeiter in Arzneimittelfabriken, kurz auf jede Arbeit, die nicht direkte Herstellung von Luxusgütern ist, zu. Im Kapitalismus ist jede konkrete Arbeit behaftet mit und geleitet von dem Profitinteresse der Kapitalistenklasse, und gerade weil das so ist, muß die Kapitalistenklasse gestürzt, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse beseitigt und der Sozialismus aufgebaut werden. So lang aber die kapitalistischen Produktionsverhältnisse herrschen, spricht dieser Sachverhalt nicht gegen den Lohnkampf, sondern für den Lohnkampf, und auch für den Lohnkampf der Beschäftigten am Krankenhaus.

Daß im Kapitalismus irgendeine Schicht der Lohnabhängigen den Lohnkampf nicht führt, daran hat die Arbeiterklasse kein Interesse. Nur der Kampf aller Lohnabhängigen kann den Wert der Arbeitskraft und damit das Lohnniveau sichern. Daß irgendeinem Teil der Lohnabhängigen eingeredet wird, der Kampf um den Lohn sei weniger wichtig, wichtig sei eine bessere medizinische Versorgung, bessere Schulen, bessere Verkehrsmittel, daran hat die Arbeiterklasse überhaupt kein Interesse, wird doch derart der wirtschaftliche Kampf nicht verbunden mit dem politischen Kampf zum Kampf für den Sozialismus, sondern der wirtschaftliche Kampf wird ausgespielt gegen den politischen. Das aber entspricht nicht den Interessen der Arbeiterklasse und ihrer Logik, sondern den Interessen der Kapitalistenklasse. Es handelt sich um bürgerliche Ideologie, die in rote Tücher eingewickelt präsentiert wird.

Die "Hauptaufgabe der Kommunisten am Krankenhaus" ist nicht und überhaupt nirgendwo, den Lohnkampf gegen den politischen Kampf auszuspielen. Die Aufgabe der Kommunisten ist es am Krankenhaus und sonstwo, den wirtschaftlichen Kampf der Lohnabhängigen verbinden mit dem Kampf für den Sieg des Sozialismus. Die Forderung nach Verbesserung der Gesundheitsversorgung der Massen wird von der ganzen Arbeiterklasse erhoben, Die Forderungen der Werktätigen am Krankenhaus nach höherem Lohn, kürzerer Arbeitszeit usw. werden damit nicht im Widerspruch liegen, sondern dazu gehören.

–M.F.–

Hier werden Berichte und Stellungnahmen von Kollegen, politisch unorganisierten und organisierten, über Streiks und alle politischen Fragen wiedergegeben. Die wirkliche Lage der Arbeiterklasse im Kapitalismus muß aufgezeigt und die Verständigung der Arbeiter untereinander entwickelt werden. Die Erfahrungen müssen ausgetauscht, die Diskussionen geführt und alle politischen Erscheinungen vom Standpunkt der Arbeiterklasse untersucht werden.
Die Arbeiterkorrespondenzen sind ein wichtiges Mittel dazu. Sie werden diese Zeitung zu einem Organ der ganzen Klasse machen.

ARBEITER-KORRESPONDENZEN

Der Arbeiter ist kein Anhängsel der Maschine

KOMMUNISTISCHE ARBEITER BERICHTEN VON EINER REISE IN DIE V.R. CHINA

Tsien Tschou. Bei unserem Besuch der Volksrepublik China kamen wir unter anderem in eine Maschinenfabrik, die hauptsächlich Textilmaschinen herstellt. Dort arbeiten 5 000 Menschen. Wir wurden vom Revolutionskomitee der Fabrik empfangen. Der Leiter des Revolutionskomitees übermittelte uns die Grüße der Belegschaft. Nachdem er uns einige Daten über die Fabrik und ihre Geschichte erzählt hatte, gingen wir in die Werkshallen.

Als erstes fällt mir sofort auf, daß das Arbeitstempo so ist, wie wir es in unseren Fabriken **gern hätten.** Kein Heer von Meistern, Vorarbeitern und anderen Antreibern rennt rum und scheucht die Arbeiter. Jeder, der in der Fabrik irgendwas zu tun hat, **muß** an der körperlichen Arbeit teilnehmen, auch die Leitungsorgane (Revolutionskomitee): Jedes Mitglied des Revolutionskomitees, das die Gesamtleitung des Betriebes innehat, **muß** an einem Tag der Woche an die Maschine. So verhindert man, daß sich eine Schicht von Leuten herausbildet, die sich zu fein zum Arbeiten sind. Ein anderer Effekt ist, daß es in dieser Fabrik nur 500 Angestellte gibt (10 %), der übliche Satz bei uns ist 30 bis 50 %. Auch so wird die Last, die auf dem Rücken der Proleten sitzt, verringert. Da die Zahl der Angestellten **geringer** wird, wird diese Last verschwinden. Ein Kollege vom Revolutionskomitee sagte mir, daß es vor der Kulturrevolution 800 Angestellte gab, von denen jetzt 300 in der Produktion arbeiten und damit mehr für die Entwicklung der Produktion beitragen als im Wasserkopf der Verwaltung, der zuvor bestand.

Jeder Arbeiter arbeitet an **einer** Maschine. Jeder arbeitet gewissenhaft, **genau, aber** frei von Hetze. Es gibt deswegen nur ganz wenige Arbeitsunfälle. Das ist auch normal im Sozialismus. Die Arbeiter bestimmen die Produktion. Bei uns in Westdeutschland der Profit! Das Ergebnis liegt schon hier auf der Hand.

Die übliche Arbeitszeit beträgt 8 Stunden **abzüglich** Pausen, 6 Tage in der Woche. Es gibt keinen Sonntag. Jede Fabrik beschließt für sich, wann sie ihren freien Tag nimmt. Der Durchschnittsverdienst liegt bei 60 Yüan im Monat. Die Miete macht 25 Fen aus. Die Kantine bereitet drei Mahlzeiten am Tag, also alle notwendigen Mahlzeiten. Das kostet 12 Yüan im Monat. Dieser Betrieb hat eine eigene Schule, einen Kindergarten – hier können schon Säuglinge ab dem Alter von 56 Tagen betreut werden; die Mutter kann während der Arbeitszeit ihr Kind besuchen –, ein Krankenhaus. Diese Einrichtungen wurden von der Fabrik bezahlt. Ihre Benutzung ist also kostenlos. Damit die Kantine besser funktioniert, haben die Arbeiter eine Dampfnudelmaschine entworfen, und eine Maultaschenmaschine! Überhaupt, "Vertrauen auf die eigene Kraft" wird **groß** geschrieben. Sind doch die meisten Werkzeugmaschinen von **den** Leuten, die damit arbeiten müssen, selbst gebaut oder umgebaut worden. Die Maschinen an sich sind mindestens so gut wie in westdeutschen Fabriken. In einem Punkt sind sie viel besser als deutsche: **Sie dienen den Arbeitern.** Der Arbeiter ist **nicht** Anhängsel der Maschine.

EIN WEITERER ARBEITER AUS UNSERER REISEGRUPPE BERICHTET:

Das Auffallendste an und in den Betrieben schien mir der Umstand zu sein, daß die Belegschaft ein vollkommen anderes Verhältnis zur Produktion hat wie bei uns. Die Arbeiter arbeiten, aber ohne größeren Unmut, wie es bei uns laufend anzutreffen ist, und sich durch Fluchen usw. äußert. Teilweise kommen Arbeiter sogar am freien Tag freiwillig her und arbeiten. Die Geschwindigkeit, z. B. der Bänder laufen so, daß garantiert keiner dabei kaputtgeschunden wird. Unsere Fragen nach den Bandgeschwindigkeiten und nach deren Festlegungen wurden überhaupt nicht verstanden. Solche Probleme sind in China anscheinend schon aus der Realität gestrichen. Sie können die Bänder selbst abstellen und regulieren. Auch das Bild der Betriebe nach außen und nach innen unterscheidet sich von unserem wohltuend. Obwohl China im Ausmaß der Industrialisierung hinter hoch entwickelten Ländern zurücksteht, werden für Betriebsverschönerungen Geld und Arbeitskraft bereitgestellt. Teilweise sind in den größeren Betrieben kleinere Parks mit Bänken gemacht worden. Ein Betrieb hatte, wie wir auf unsere Frage erfuhren, sogar zwei Gärtner für diese Anlagen beschäftigt.

Überall in den Betrieben sind Parolen, Wandtafeln usw. In jeder Abteilung sind Mitteilungstafeln, die von jedermann beschrieben werden können, in jedem Betrieb haben wir Schaukästen mit Zeitungen gesehen. Man merkt sofort, wenn man alle diese Eindrücke auf sich hat einwirken lassen, daß dies keine Stätte zum Herauspressen des Mehrwerts ist. Die Belegschaften nehmen alle Mahlzeiten in den Betrieben ein. Für 12 Yüan monatlich bekommt man jeden Arbeitstag dreimal warmes Essen, reichlich und gut. Viele Veränderungen, die durch die Initiative der Belegschaft und durch die Zusammenarbeit von Kadern, technischer Intelligenz und Arbeitern zustande kamen, verbessern laufend die Produktion. Die Arbeiter einer Fabrik bauen sich oft die Maschinen selbst, die sie brauchen, um die vorgeschriebenen Sortimente und Güter zu produzieren. Zum Beispiel Seidenbrokatfabrik in Hang Tschu: Im Jahr 1922: 40 Arbeiter – 17 Webstühle – 100 Muster. Nach der Befreiung: 1 700 Arbeiter – 330 Webstühle – 1 000 Muster.

Gerade nach der Kulturrevolution wurde von der Belegschaft die Düsenmaschine erneuert, wodurch sich die Produktivität um 40 % erhöhte.

Die Betriebe sind politisch und organisatorisch in das sozialistische System eingegliedert. Der Schritt zu selbständigen, allseitig entwickelten Volkskommunen wird schon längst angegangen.

Zum Beispiel hat die größte Traktorenfabrik in Loyang, "Der Osten ist rot" (23 000 Belegschaftsmitglieder, davon 5 000 in der Partei), ein Krankenhaus mit mehr als 300 Betten. In allen Zweigstellen des Werkes sind Sanitätsstationen. Weiterhin gehören zum Betrieb fünf Grundschulen, zwei Mittelschulen mit 11 000 Schülern, zehn Kindergärten sowie 20 Kinderkrippen, ein Arbeiterclub, ein Schwimmbad, eine Bibliothek, ein Basketball-Club mit Platz.

Hieraus wird auch klar, warum das Volk die Produktion als nichts Fremdes, Negatives ansieht. Eine Entfremdung gibt es hier kaum mehr. Die gesellschaftlichen Zusammenhänge werden vollkommen klar, die Pläne werden breit diskutiert, die Ergebnisse der Produktion liegen klar auf dem Tisch, die Verwendung der Überschüsse geht nicht an den Arbeitern vorbei, konkret wird gesehen und dementsprechend auch beeinflußt, wie die Überschüsse verwendet werden.

Die Traktorenfabrik hat auch eigene Wohnungen, die ungefähr 6 bis 8 DM Miete kosten. Auch die Möbel gehören der Fabrik und werden vermietet zu unwahrscheinlich geringen Preisen (1 Stuhl kostet ungefähr 4 Pfennig im Monat).

Die medizinische Versorgung für Belegschaftsmitglieder im betriebseigenen Krankenhaus ist kostenlos, für Angehörige außerhalb des Betriebes gibt es 50 % Ermäßigung. Das Rentenalter liegt bei 60 Jahren, bzw. bei 55 für die Frauen. Auch über die Löhne wird breit diskutiert. Lohnerhöhungen werden nicht nur einfach gegeben, sondern oft nach Diskussionen aus den Abteilungen vorgeschlagen. Jeder Kader, jeder Techniker, jeder Verwaltungsangestellte, auch der Betriebsleiter, muß ein Sechstel seiner Arbeitszeit (1 Tag in der Woche) in der Produktion verbringen. Gerade in Bezug auf die Verwaltung wurden nach der Kulturrevolution Maßnahmen ergriffen gegen bürokratische Auswüchse.

Betriebe schicken nach Diskussion Arbeiter in die Universität. Es gibt auch die Arbeiter-Kontrollgruppen. Wie die chinesischen Genossen sagten, ist aber nicht das Kontrollieren der Produkte das wichtigste, sondern die Ideologie, die Entfaltung der Initiative der Massen. Die Politik steht immer an erster Stelle, das ist ein Prinzip in jedem chinesischen Betrieb. Gerade über die Kritik an Lin Biao, über die Diskussionen um die Ergebnisse des X. Parteitages wird jetzt der Kampf zweier Linien in jeder Fabrik, in jeder Schule usw. fortgeführt, und – so unsere Erfahrungen – auch wohl gleich praktisch in der Produktion umgesetzt.

Kostenfaktor bei VW

Zuschrift eines Wolfsburger Arbeiters

In den letzten beiden Nummern der KVZ ist deutlich geworden, daß die Frage der Arbeitsbedingungen immer stärker im Kampf der Arbeiterklasse auftaucht. Sicherlich ist auch gegenwärtig die Frage des wirtschaftlichen Kampfes die entscheidende Frage, doch darf sie uns nicht davon abhalten, der Frage der Arbeitsbedingungen Beachtung zu schenken. In vielen Kämpfen der letzten Monate standen neben den Lohnforderungen Forderungen, die den mörderischen Arbeitsedingungen entgegentraten, wie z.B. die Forderung nach Verringerung des Arbeitstempos.

Für sie die Kreuzschmerzen – für VW den Profit

In der letzten Ausgabe des "autogramm", der "Mitarbeiterzeitung" der Volkswagen AG, nimmt die Frage der Arbeitsbedingungen einen breiten Raum ein. Unter der Schlagzeile: "Fließband ade?" lesen wir, was die Kapitalisten beunruhigt: "Humanisierung am Arbeitsplatz! – Dieser Forderung wird in der Öffentlichkeit heute beinahe soviel Bedeutung beigemessen wie dem Umweltschutz. Die immer häufiger erscheinenden Berichte zu diesem Thema beweisen das . . . Verzweifelt über ermüdende, eintönige und nervenzermürbende Tätigkeit, so kann man speziell über amerikanische Betriebe lesen, fangen die Arbeiter an, zu revoltieren. Zuerst feiern sie krank oder fehlen unentschuldigt, dann lähmen sie durch wilde Streiks die Produktion . . ."

Mit vielen Worten wird dann dargestellt, daß es ohne Fließband nicht **geht. Hier wird sehr objektiv getan,** jede Meinung, ob für oder gegen Fließbandarbeit, wird erwähnt, um dann zu sagen: "Das Volkswagenwerk betrachtet seine Arbeitsbedingungen als vorbildlich und führt dies auf die gute Zusammenarbeit zwischen Unternehmensleitung und Betriebsrat zurück."

Wie vorbildlich die Arbeitsbedingungen sind, und für wen sie vorbildlich sind, kann man nur wissen, wenn man das Werk kennt. Zum Beispiel die Preßwerksteuerung, die bis zum Herbst fertig sein soll:

Bisher war es den Kollegen in geringem Maß möglich, den Produktionsablauf zu beeinflussen. Man konnte z.B. durch schnelleres Arbeiten die Kurzpausen verlängern oder ein paar Minuten früher Feierabend machen, denn die Meister, soweit es von ihnen nicht stillschweigend geduldet wurde, können ihre Augen nicht überall haben. Jedes schnellere Arbeiten, jede Arbeitsunterbrechung soll nun zentral aufgezeichnet werden. Der Zeitstopper, der von Zeit zu Zeit auftauchte, wird jetzt **zwar** nicht mehr auftauchen, aber jeden Tag, jede Minute, ist er dann anwesend.

Zum Beispiel Halle 18: Die Akkorde werden planmäßig in die Höhe getrieben, ausländische und neu eingestellte Kollegen werden ständig umgesetzt, ihre Unsicherheit wird ausgenutzt, indem man ihnen erzählt: Ihr **müßt das schaffen, die anderen schaffen das auch.**

In der "Mitarbeiterzeitung" heißt es dann, durch "Modell mix" und "Arbeitsplatzwechsel" sei die Monotonie und Langeweile weitgehend zu beseitigen. Man vergißt hinzuzufügen: um die Profite zu steigern! In einem Leserbrief an das "autogramm" erklärt der Kollege Schramm, wie es wirklich ist:

"Die Frage, die in diesem Aufsatz steht – 'Was sind wir, Kostenfaktor, Arbeitstier oder Mitarbeiter?' – kann unter allem, was hier kritisch angesprochen wurde, kaum beantwortet werden. Sie bleibt also stehen: Weil es zwar 'auf jeden einzelnen' in unserem Werk ankommt, es aber nicht gleich ist, ob er (der einzelne) Leiding, Müller oder Mayer heißt, ob er Generaldirektor oder Bandarbeiter ist! – Nach wie vor steht doch der 'Mitarbeiter' als Kostenfaktor neben dem Blech und dem Lack und den Kabeln und den Autoreifen, und, und, und in der Bilanz auf der Ausgabenseite, als Aufwand – eben als 'Kostenfaktor'.

Welch ein Hohn, wenn die Personalabteilung darauf antwortet: "Bei VW sind alle Mitarbeiter in erster Linie Menschen!" Doch die Arbeiterklasse weiß genau, daß es nicht so ist:

"Für das Proletariat bedeuten innerhalb des kapitalistischen Systems alle Mittel zur Entwicklung der Produktion nur zusätzliche Mittel zu seiner Ausbeutung und Unterdrückung. Sie verstümmeln den Arbeiter in einen Teilmenschen, entwürdigen ihn zum Anhängsel der Maschine, vergrößern die Qual der Arbeit und vernichten ihren Inhalt, entfremden ihm die geistigen Potenzen des Arbeitsprozesses, verunstalten die Bedingungen, innerhalb deren er arbeitet, unterwerfen ihn während des Arbeitsprozesses der kleinlichst gehässigen Despotie, verwandeln seine Lebenszeit in Arbeitszeit, so daß der Arbeiter nicht arbeitet, um zu leben, sondern lebt, um zu arbeiten."

Dieses Zitat aus unserem Programm ist tausendmal wahr, das beweist die Praxis Tag für Tag aufs Neue, und was das Wichtige dabei ist, immer größer wird die Zahl derer, die das selbst im Produktionsprozeß erkennen. Immer deutlicher erkennt die Arbeiterklasse, daß sie nur durch Kampf erreichen kann, daß sich die Bedingungen, denen sie unterworfen ist, ändern. In diesem Zusammenhang ist es richtig, wenn in der KVZ darauf hingewiesen wird, daß man den Fragen des Manteltarifvertrags Beachtung schenken soll, ebenso wichtig ist es aber auch, daß wir die Fragen des sozialistischen Aufbaus in der Volksrepublik China und Albanien, die Bedingungen der Arbeit, der Produktion im Sozialismus breiter als bisher in unserer Agitation und Propaganda verarbeiten.

–A.B.–

Im Tarifkampf die in den Streiks errungene Selbständigkeit bewahren

Die Bedingungen für den Lohnkampf haben sich geändert. Seit den selbständigen Streikkämpfen der letzten Monate zeigen sich zwischen den Arbeitern und den SPD-Politikern in den Gewerkschaften Risse. Die Regierung hat offen gegen die Kämpfe der Arbeiter Stellung bezogen. Der Kanzler, bisher auf den Wolken und über den Klassen, ist herabgestiegen und hat auf Banketten für die Kapitalisten und vor den Arbeitern geredet. All das ist neu und zeigte eine große Veränderung der Lage. Was aber ist das Wichtige an dieser Veränderung? Das Wichtige ist, daß sich die Arbeiterklasse in Westdeutschland selber geändert hat. Die selbständigen Streikkämpfe, das ist die erste Rebellion gegen die Folgen der Politik der Klassenversöhnung. In selbständigen Kämpfen, ausgerichtet an den eigenen Interessen, haben die Arbeiter die Initative ergriffen und die anderen Klassen zum Reagieren gezwungen.

Diese neu gewonnene Initiative nicht zu verschenken, sondern sie zu verteidigen, zu nutzen, das ist gegenwärtig die Hauptsache. In den selbständigen Streiks hat man gesehen, daß die Arbeiter ihre Interessen gegen die Kapitalisten nur selber durchsetzen können; gibt man die Selbständigkeit auf und unterwirft sich aufs Neue den Klassenversöhnlern, dann bleibt der Satz 'Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter sein' ein purer Wunsch. Hat man das nicht im Auge, dann kann man den Lohnkampf nicht führen, geschweige denn nutzen, um in den Kämpfen der Arbeiterklasse heranzukommen an den Kampf für den Sozialismus.

Niemand wird geglaubt haben, daß die Sozialdemokraten es mit verschränkten Armen hinnehmen, wenn ihr Einfluß auf die Arbeiter schwindet. So ist auf allen Ebenen der Gewerkschaft eine lebhafte Fraktionstätigkeit der Sozialdemokraten im Gange. Sie müssen die Belegschaften der Selbständigkeit berauben, weil sie die Interessen der Arbeiter denen der Kapitalisten unterordnen wollen. Warum ist diese Tätigkeit gefährlich für die Arbeiterklasse, obwohl viele Arbeiter damit überhaupt nicht einverstanden, sondern ganz dagegen sind?

Die Fraktionsarbeit der Sozialdemokraten ist gegenwärtig für die Arbeiter gefährlich, weil in den beiden größten Gewerkschaften, der IGM und der ÖTV, Tarifverhandlungen anstehen, und die SPD-Politiker auf den Leitungsebenen der Gewerkschaften die Macht halten. Für die Arbeiter sind die Tarifauseinandersetzungen nach wie vor wichtig, weil ihre organisierte Kraft größer ist, wenn sie viele Fabriken, eine ganze Branche umfaßt. Wenn aber diese organisierte Kraft unter bürgerlicher Führung steht, dann wirkt sich das aus, nicht nur beim Abschluß, sondern schon bei der Vorbereitung und überhaupt bei jedem einzelnen Schritt, das wirkt sich aus nicht nur auf den höheren Ebenen, wo die Sozialdemokraten meist unter sich sind, sondern bis hinunter in den Betrieb.

WAS IST IN DIESER LAGE ZU TUN?

Gilt es jetzt, ausgefinkelte taktische Pläne zu schmieden, was man auf jeden einzelnen Schritt, der vorkommt, tun muß? Nein, darauf kommt es überhaupt nicht an. Es gilt, sich Klarheit darüber zu verschaffen, wo man hin will, Klarheit über die grundsätzlichen Bedingungen zu gewinnen, unter denen der Lohnkampf jetzt stattfindet, dann wird man die Initiative nicht verlieren, sondern jeweils bestimmen, was getan werden muß. Auf keinen Fall darf man sich jetzt darauf beschränken, auf die Bewegungen der bürgerlichen Politiker an der Spitze zu starren und die eigene Tätigkeit ganz von ihren Schritten abhängig zu machen.

In der gegenwärtigen Lage ist die Hauptsache nicht, was die Sozialdemokraten in der Gewerkschaft zu tun **wünschen**. Das kann man sehen: Sie wollen einen Abschluß von etwa 12 % über die Runden bringen, wenn irgend möglich ohne Arbeitskampf. Dabei ist ihnen eine gewisse Bewegung unter den Arbeitern schon recht, das brauchen sie als Material für ihre bürgerliche Politik. Was die Kapitalisten wollen, das muß man wissen, aber entscheidend wird es nicht sein. Die Kapitalisten wollen die Ausbeutung steigern. Die Arbeitsintensität, die Knochenschinderei haben sie in den letzten 6 Monaten um runde 6 % gesteigert. Gerade so soll es weitergehen. Zahlen werden sie wenn sie müssen, sonst nicht. Wird es darauf ankommen, was die Regierung will? Wir wissen es, die Regierung will, daß die Arbeiter friedlich sein sollen und sich der kapitalistischen Ausbeutung ohne Kämpfe unterwerfen. Die Regierung will Ruhe im Land. Die Kapitalisten brauchen Ruhe, wenn die Ausbeutung reibungslos laufen soll.

All das müssen die Arbeiter berücksichtigen und wissen, aber das wird nicht entscheidend sein. Entscheidend für den Lohnkampf wird sein, daß die Arbeiter die Erfahrungen aus den Streikkämpfen auswerten und anwenden. Wie sehen diese Erfahrungen aus und wie muß man sie jetzt anwenden?

Die Hauptsache ist, daß die Arbeiter ihre Interessen selber vertreten müssen, den Kampf um ihre Interessen selber organisieren müssen, weil es niemand sonst für sie tut.

Was bedeutet das? Zuerst kommt es darauf an, sich unter keinen Umständen von Forderungen für alle gleich in Mark und Pfennig abbringen zu lassen. Weiter muß man solche Forderungen **unbedingt** auf Betriebsversammlungen verabschieden und darf Forderungen von oben nur als Vorschläge nehmen. Auf keinen Fall darf man sich überfahren lassen, wenn ein Sozialdemokrat plötzlich mit einer Forderung von 20 % oder 25 % kommt. Das erscheint viel, ist aber wenig, weil es nicht ernst gemeint ist und solche Forderungen immer spalten. Kollegen, die in höheren Gewerkschaftsgremien sind, müssen sehen, daß sie dorthin nur mit klaren Weisungen ihrer Belegschaften gehen, dann dürfen sie dort nicht von den richtigen Forderungen abrücken, sondern müssen zäh an diesen festhalten. Wichtig ist auch, daß Abschlußforderungen aufgestellt werden; man darf sich nicht darauf einlassen, vorsichtshalber 25 % zu fordern, weil doch sowieso niedriger abgeschlossen wird. Das schafft bloß Raum für undurchsichtige Manöver. Außerdem muß man sich schon jetzt damit beschäftigen, wie man einen Arbeitskampf organisiert, wenn die Gewerkschaft die Arbeiter an Haus schickt. Man muß Beschlüsse fassen, daß während eines Streiks täglich eine Versammlung stattfindet, wo jeder Kollege hingehen und über die Lage beraten kann. Von vornweg muß man klarmachen, daß nach einem schlechten Abschluß der Lohnkampf nicht zu Ende ist. Während der ganzen Zeit der Vorbereitung der Tarifauseinandersetzung ist es falsch, sich von innerbetrieblichen Lohnforderungen ablenken zu lassen. Es ist nicht ungünstig, sondern ganz ausgezeichnet, wenn man den Arbeitskampf durch Streik vorbereitet.

–M.F.–

Forderungen in Mark und Pfennig aufstellen

Durch Prozentforderungen vergrößert sich bei jeder Lohnerhöhung der Verdienstabstand zwischen den Lohngruppen. Die unteren Lohngruppen, die eh schon benachteiligt sind, bekommen in Mark und Pfennig gesehen, eine geringere Lohnerhöhung. "Brot und Käse werden aber für alle Arbeiter teuerer, deshalb müssen auch alle Kollegen das gleiche mehr bekommen", das war die Antwort der Arbeiter auf Prozentforderungen. In Bremer Betrieben wird eine Vorweganhebung und eine Forderung von 1,20 DM diskutiert. In Mannheim und im Stuttgarter Raum 1,30 DM, in den mittleren und kleineren Betrieben 1,00 DM. Die Mannesmann-Vertrauensleute in Duisburg stellen eine Forderung von 230,- DM, was etwa 1,30 DM auf die Stunde ausmacht.

Auf der Vertreterversammlung der IGM-Köln vom 18.9. setzt der Vertrauensleutekörper von F & G seinen Forderungskatalog durch. 20 % für die oberen Lohngruppen prozentual, für die Lohngruppen 1 bis 6 1,18 DM linear. 203,- DM für alle Angestellten, 40,- DM für alle Lehrlinge unter 18 vorweg, danach 215,- DM für alle Lehrlinge, 6 Monate Laufzeit.

Was sich in den Forderungen weiter schon abzeichnet ist:

- eine Vorweganhebung von 30 bis 50 Pfennig
- eine Forderung in der Höhe von 1,- DM bis 1,30 DM
- Laufzeit von 6 oder 7 Monaten
- lineare Forderungen

wobei die Gewerkschaftsführung durchweg versucht, mit hohen Prozentforderungen die lineare Forderung abzuwürgen.

E.R.

Stalling: 200 DM

Oldenburg, 20.9.73. Die Arbeiter und Angestellten der Stalling Buchdruck AG erhalten eine Zulage von 200 DM brutto, die Lehrlinge 150 DM brutto, von der 100 DM bzw. 75 DM im Oktober und die andere Hälfte im Januar gezahlt werden. Dies ist das Ergebnis von Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung am 20.9., dem auch der Vertrauensleutekörper zustimmte.

Von den Vertrauensleuten war vorher eine Forderung von 480 DM aufgestellt worden. In einem Flugblatt schrieben sie: "Wir betonen, daß die letzte Lohnerhöhung nur noch die Hälfte wert ist (2 % mehr an Steuern, 2 % mehr an Versicherung, 3 % Teuerung müssen seit dem 1.April von dem "stolzen" 10,8 % Tarifabschluß abgezogen werden). Das Brot, die Milch, die Müllabfuhrgebühren usw. sind für jeden teurer geworden ... Um nicht neue Ungleichheiten innerhalb der Belegschaft zu erzeugen, wäre eine für jeden gleiche, einmalige Zahlung nötig."

Die Belegschaft stand hinter dieser Forderung und es war auch die Bereitschaft vorhanden, dafür zu streiken. Deshalb waren viele Kollegen unzufrieden mit dem mageren Verhandlungsergebnis. Trotzdem kam es nicht zum Streik.

KBW Aufbaugruppe Oldenburg

Berlin: Streiks in der Elektroindustrie

Bis in den September hinein, konnten die Elektrogiganten Siemens, AEG, Osram, Bergmann Konzern, KWU mit Hilfe der SPD-Betriebsratscliquen diese Betriebe aus dem Kampf um sofortige Lohnerhöhungen heraushalten. Mit Verhandlungen hinter dem Rücken der Arbeiter unter Forderungen, die meist völlig unzureichend und dazu spalterisch waren, wollten sich die Betriebsräte an die Spitze der Unruhe und Empörung über die Teuerung stellen und jeden konsequenten Kampf zur Durchsetzung der notwendigen Reallohnerhöhungen sabotieren. Über die Streikwelle Ende August kamen sie noch mit dieser Taktik hinüber, viele Kollegen legten in sie noch ihre Hoffnungen, aber als die zentralen Verhandlungen (IGM–Gesamtmetall) und zwischen Betriebsräten und Geschäftsleitung scheiterten, begannen sich die Belegschaften in diesen Betrieben, die bis heute bei den Kapitalisten als Hochburgen des "Klassenfriedens" gelten, von ihren "Interessensvertretern" zu lösen und die Initiative im Kampf um sofortige Lohnerhöhungen zu übernehmen. Die Elektrogiganten schloßen daraufhin schnell einen Pakt, in allen Betrieben gleichzeitig 200,- DM brutto anzubieten; die meisten Betriebsräte nahmen an.

Osram Nonnendamm-Allee: 17.9. Mehrere Abteilungen streiken mehrere Stunden für sofortige Stundenlohnerhöhung.

18.9. Der Vertrauensleutekörper beschließt, daß der Betriebsrat sofort Verhandlungen um Teuerungszulage aufnehmen soll. Am 26.9. ist Betriebsversammlung. Inzwischen haben sich 3/4 der Belegschaft in Unterschriftenlisten für die Forderung von 300,- DM netto eingetragen. Auf der Betriebsversammlung verkündet der Vorstand das Ergebnis der Verhandlungen: 200,- DM brutto. Der Betriebsrat nahm an.

Siemens Dynamo: (Kooperationswerk von Siemens und Bosch) Am 27. und 28.9. streiken die Bosch-Kollegen für sofortige Lohnerhöhung. Siemens läßt den gesamten zivilen und uniformierten Werkschutz auffahren, um zu verhindern, daß die Siemens-Kollegen auch in den Streik eintreten. Ergebnis des Streiks: 200,- DM brutto erstmal für die Bosch-Kollegen. Aber dieser Streik entfacht die Diskussion in den Siemenswerken. Daraufhin wurden zwischen Gesamtbetriebsrat und Geschäftsleitung vereinbart: als Teuerungszulage entweder eine Siemens Stammaktie oder 200,- DM brutto.

Kraftwerk Union: Seit Juli verhandeln Betriebsrat und Geschäftsleitung um die Forderung der Belegschaft um 60 Pfennig mehr in der Stunde.

Nach dem Scheitern der Spitzengespräche zwischen IGM und 'Gesamtmetall' verweigern mehrere Abteilungen Überstunden und Samstagsarbeit und bereiten sich auf den Streik vor. Auf der Betriebsversammlung am 28.9. bot der Vorstand 200 DM brutto an, die Betriebsversammlung lehnte geschlossen ab. Seitdem sind Betriebsrat und Vorstand wieder in Verhandlungen.

Deutsche Industriewerke: 2 1/2 Tage vom 14.-18.9. streikte das Werk geschlossen für 40 Pfennig mehr in der Stunde und 125,- DM Sonderzuschlag. Ergebnis des Streiks: 30 Pfennig Stundenlohnerhöhung, Bezahlung aller Streiktage und Sonderzahlung im nächsten Jahr.

Weiter wurde abgeschlossen bei AEG 200,- DM brutto, Flohr Otis 280,- DM brutto.

DKP zum Lohnkampf

(Korrespondenz zur Urabstimmung in Nordwürttemberg/Nordbaden)

". . . Oh je, die IGM hat uns in eine schlimme Lage gebracht. Wenn wir jetzt für den Lohnrahmen II kämpfen, ist im Januar für den Tarifkampf nichts mehr drin. Die Arbeiter machen ja doch nicht mit. . ."

So und ähnlich reden zur Zeit viele Anhänger der DKP.

Zum Glück reden die Arbeiter anders: ". . . Wenn wir jetzt für den Lohnrahmen II streiken, dann müssen auch die Geldforderungen auf den Tisch. Das macht den Streik dreimal so stark!"

Aber davon will die DKP nichts hören. Bloß nicht mit dem IGM-Vorstand aneinandergeraten. Wenn der nicht will, daß die Geldforderungen auf den Tisch kommen, dann können wir nichts machen. Außerdem ist das ungesetzlich, sagen die DKP-Anhänger.

Worauf das hinausläuft, können wir jetzt schon voraussagen: Im verborgenen Winkel werden die DKP-Führer auf die IGM schimpfen, in der Öffentlichkeit aber schön kuschen und Kniefälle machen.

Das hat in der DKP zu Spannungen geführt. Viele DKP-Arbeiter, die tagtäglich im Betrieb die Meinung ihrer Kollegen hören, sind für das Zusammenlegen beider Kämpfe. Dabei sind sie bei den Funktionären auf taube Ohren gestoßen. Soll die DKP weiterhin ihre Taktik nach dem Willen der IGM-Spitze ausrichten, wir werden unsere Taktik nach dem Willen der Arbeiter ausrichten.

Und was den Pessimismus anbetrifft: Es ist jetzt nicht die rechte Zeit, zu sinnieren, ob man für den Manteltarifkampf nicht hätte eine bessere Zeit finden können. Jetzt gilt es, die bestehende Lage anzuerkennen, und dafür werden die Arbeiter die Weichen stellen: Urabstimmung und Streik!

–H.K.–

Opladen/Leverkusen, 1.10.. Die 130 Beschäftigten der Verpackungswerke Huber in Quettingen bei Opladen streikten eine 3/4 Stunde lang am 1.10. Die Kollegen forderten die Zahlung einer Teuerungszulage. Sie stellten der Geschäftsleitung ein Ultimatum. Das Opladener Werk gehört der Firma Huber in Öhringen/Baden-Württemberg.

,Mannheim. Am 28.9. streikten die Kollegen in der Rotation für 60 Pfennig mehr in der Stunde für alle. Die Samstagsausgabe des 'Mannheimer Morgen' und aller seiner Lokalausgaben erschien daraufhin nur in reduziertem Umfang. Auf der Betriebsversammlung am Montag, dem 1.10., konnte die Geschäftsleitung trotz eines Hinweises auf die angeblich schlechte Geschäftslage die Kollegen von ihrer Forderung nicht abbringen. 60 Pfennig für alle in der Stunde stehen weiter, wenn auch der Streik momentan nicht fortgeführt wird.

Die Kollegen werden sich jetzt überlegen, wie sie ihren Forderungen gebührend Nachdruck verleihen können.

Streik bei Schering

Eine Woche, vom Dienstag, 25.9. bis Montag, 1.10., streikten die Kollegen des Schering-Werkes Charlottenburg für eine Teuerungszulage von 270,- DM für die ersten 9 Monate des Jahres und 17 Pfennig bzw. 30,- DM ab 1.10. Ebenfalls am 1.10. standen 300 Kollegen im Werk Müllerstraße Bereich Wedding im Streik.

CHARLOTTENBURG BRICHT AB

Die Charlottenburger Kollegen hatten auf das Weddinger Werk, wo insgesamt 7 000 Kollegen arbeiten, gehofft. Nach einer Woche stellten sich schon die ersten wirtschaftlichen Schwierigkeiten ein und eine wirksame Verstärkung ihres Kampfes durch die Weddinger Kollegen war nun nicht in Sicht. Nachdem die Geschäftsleitung Bezahlung der Streiktage bis auf einen zugesichert hatte, brachen die Kollegen auf der Streikversammlung am Nachmittag den Ausstand organisiert ab.

Als diese Nachricht im Wedding bekannt wurde, entschlossen sich die Kollegen, am nächsten Tag nicht weiterzumachen. Doch am Dienstag breitete sich im Wedding die Empörung über das Angebot des Vorstandes (100,- DM vorgezogen vom Weihnachtsgeld) erst richtig aus. Von verschiedenen Abteilungen wird die Fortsetzung der Betriebsversammlung gefordert. Der Kampf bei Schering ist trotz der Niederlage vom Montag noch nicht beendet.

Hamburg. Bei dem Druckbetrieb Sülter streikten am Freitag, dem 5.10. 100 Beschäftigte für 50 Pfennig pro Stunde sofort mehr für alle. Die Geschäftsleitung bot 25 Pfennig. Der Betriebsrat ging darauf ein. Daraufhin wurde eine Unterschriftensammlung für 75 Pfennig mehr für alle durchgeführt. Bis auf einen unterschrieben alle. Die Unterschriften wurden dem Betriebsrat gegeben.

Itzehoe. Bei Gruner und Jahr wurde in der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch (2./3.10.) anderthalb Stunden gestreikt. In der Buchbinderei sollten an einer Maschine, an der vorher 3 Leute arbeiteten, nur noch 2 die gleiche Arbeit machen. Die Rationalisierungsmaßnahme auf dem Rücken der Kollegen mußte zurückgenommen werden. Immer wieder versuchen die Druckkapitalisten durch Abbau von Arbeitsplätzen, die Arbeitshetze zu steigern. Gruner und Jahr ist sicher keine Ausnahme. Sie werden es immer wieder versuchen. Aber die Kampfbereitschaft der Kollegen wird diesen Versuchen eine Schranke setzen.

Solidarität mit den entlassenen Fordarbeitern

Nachdem der Streik bei Ford zerschlagen war, wurden weit über 100 deutsche und türkische Kollegen fristlos entlassen. Mindestens ebensoviele türkische Kollegen wurden zur "freiwilligen" Kündigung gezwungen, andernfalls wurde mit der Auslieferung an die türkische Militärdiktatur gedroht.
Ein türkischer Kollege, den entlassene deutsche Kollegen auf dem Arbeitsamt trafen, berichtete folgendes: Auf dem Personalbüro bei Ford hatte man ihm gesagt, er solle "freiwillig" kündigen, sonst bekäme er in Köln keinen Arbeitsplatz mehr. Vom Arbeitsamt hatte er ein Formular bekommen, wo der Kündigungsgrund eingetragen werden sollte. Bei Ford schrieb man ihm in das Formular:
Der Kollege wolle das Arbeitsverhältnis auf eigenen Wunsch beenden, weil er in die Türkei zurückwolle.

Der Kollege erfuhr jedoch davon nichts, und da er selbst kaum deutsch kann, wäre er für die Abschiebung reif gewesen, wenn deutsche Kollegen die Schweinerei der Ford-Kapitalisten nicht rechtzeitig bemerkt hätten.

Dieses kleine Beispiel zeigt, daß den Kapitalisten kein Mittel zu schmutzig ist, um aktive Kollegen los zu werden und die Arbeiter insgesamt einzuschüchtern.

WAS SAGT DIE GEWERKSCHAFTSFÜHRUNG ZU SOLCHEN MACHENSCHAFTEN?

Auf der letzten Funktionärsversammlung der Kölner IGM wurde viel von Solidarität mit den Ford-Kollegen geredet. Aber in den Taten sieht das anders aus:
Schon in der Woche nach dem Streik beschloß die Bezirksleitung der IGM, sogenannten "Chaoten" keinen Rechtsschutz zu gewähren. "Chaoten", das sind für die Gewerkschaftsführung all. diejenigen, die sich aktiv am Streik beteiligt haben. Mittlerweile haben die meisten Kollegen Bescheid bekommen, daß sie bei ihrem Prozeß am Arbeitsgericht gegen die Ford-Kapitalisten keinen Rechtsschutz erhalten! Das trifft selbst Kollegen, die schon 15 Jahre in der Gewerkschaft sind.

Hier zeigen die SPD-Gewerkschaftsführer ihr wahres Gesicht. Genauso, wie sie während des Streiks alle Mittel in Bewegung gesetzt haben, um den Kollegen das Rückgrat zu brechen, genauso nehmen sie jetzt an jedem einzelnen Rache, der für die Forderungen der Fordarbeiter gekämpft hat.

Kollegen unterstützt die entlassenen Arbeiter bei Ford in ihrem Kampf gegen die Entlassungen! Die Rechtsanwälte für das Arbeitsgericht kosten Geld! Neue Arbeitsplätze und neue Wohnungen müssen beschafft werden, bis dahin müssen die Kollegen erst mal über die Runden kommen. Spendet auf das Konto:
Postscheckkonto Dieter Heinert
Köln 264 652 – 505 Sonderkonto

Das Konto wird von den "Kölner Fordarbeitern" verwaltet. Das ist eine Gruppe von fortschrittlichen Kollegen – organisierten und unorganisierten –, die bei Ford schon seit langem in Fragen des betrieblichen und gewerkschaftlichen Kampfes zusammenarbeiten. Die Kölner Ortsgruppe des KBW unterstützt diese Gruppe bei der Organisierung der Solidaritätsaktionen.

–aus: EINHEIT,
Zeitung der Betriebsaufbauzelle
F & G / ARBED–

WESTFALEN-UNION / HAMM

Massenentlassungen

Am Mittwoch, dem 19.September, erfuhren wir durch die bürgerliche Presse, daß bei der Westfälischen Union AG 1 000 Arbeiter und Angestellte entlassen werden sollen. Bei der Westfälischen Union sind ungefähr 2 000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Nach Angaben eines Betriebsrates sollen in Hamm 90 Arbeiter aus der Produktion, 60 Arbeiter aus den Werkstätten und 100 bis 130 Angestellte entlassen werden.
Bisher wurden in Hamm nur 59jährige Arbeiter und Angestellte entlassen, die ein Jahr lang Arbeitslosenunterstützung und danach ihre Rente bekommen. Auf diese Art und Weise können nach Schätzungen des 1.Bevollmächtigten der IGM in Hamm, Hans Wittnick, in Lippstadt ungefähr 60 und in Hamm ungefähr 100 entlassen werden.
Ein konkreter Sozialplan ist für die Entlassungen noch nicht ausgearbeitet worden.
Bisher ist nach Angaben des IGM-Bevollmächtigten der Betriebsrat noch nicht von den Entlassungen informiert worden. Es sei lediglich dem Wirtschaftsausschuß dies mitgeteilt worden. Während einer Gewerkschaftsschulung am 22./23.9. erfuhren wir jedoch von Herbert Micheel, Betriebsrat bei Union in Hamm, daß er von den Entlassungen bereits seit langem gewußt habe. Noch wichtiger jedoch ist, daß Vetter und Jäger im Aufsichtsrat von Thyssen sind und sie nichts von den bevorstehenden Entlassungen bei der Westfälischen Union weitergeleitet haben.

Die Reaktion der Kollegen auf die Bekanntgabe der geplanten Entlassungen war, daß sie Betriebsräte als Schweigevertreter beschimpft haben. In Lippstadt streikten die Kollegen am Freitag gegen die geplanten Entlassungen.

–KBW-Ortsaufbaugruppe Hamm–

KLÖCKNER-HÜTTE BREMEN

BR Röpke entlassen

Bremen. Auf der Betriebsversammlung am 4.9.1973 wurde dem Betriebsrats-Vorsitzenden Heinz Röpke (DKP) von dem Mitglied des SPD-Betriebsgruppenvorstandes Werner Kintrup der Vorwurf gemacht, den Streik im Juni dieses Jahres aktiv durch die Organisierung von Streikposten unterstützt zu haben und damit gegen seine Friedenspflicht als Betriebsrat verstoßen zu haben. Er begründete das damit, daß Röpke dies selbst auf einer Vertrauensleutevollversammlung behauptet hätte. Am 10.9. beantragte daraufhin der Werksvorstand der Klöckner-Werke beim Betriebsrat die fristlose Entlassung von Heinz Röpke.
Die Entlassung des Betriebsrats-Vorsitzenden ist der vorläufige Höhepunkt einer ganzen Reihe von Angriffen auf die Interessenvertreter der Belegschaft nach dem verlorenen Streik vom Juli dieses Jahres (siehe KVZ 1/73). Noch während des Streiks hatte man durch die Entlassung des Kollegen Wegner (Mitglied der Vertrauenskörperleitung) und Dinger (Mitglied der Bereichsvertrauenskörperleitung Kaltwalzwerk) einige der aktivsten Kollegen entlassen und versucht, die Belegschaft zu demoralisieren. Nach dem Streik hatte die SPD–Betriebsgruppe plötzlich die Möglichkeit, ihre Flugblätter mit der Werkspost(!) zu verschicken. Der Arbeitsdirektor setzte alle Mittel ein, die Einberufung einer Vertrauensleute-Vollversammlung zu verhindern. Auf der Betriebsversammlung versuchte man mit Redebeiträgen über alle möglichen Kleinigkeiten die Diskussion um die Tarifrunde abzublocken. Die Betriebszelle des KBW griff mit ihrer Betriebszeitung, dem "Zunderbrecher" in die Auseinandersetzungen ein und machte klar, daß es hier nicht um die Person Röpke, sondern genauso wie bei der Entlassung der Kollegen Wegner und Dinger um einen Angriff auf die Interessen der Vertretungsorgane der Belegschaft, Betriebsrat und Vertrauenskörper, geht und man hier versucht, die Belegschaft einzuschüchtern, um ihr in der nächsten Tarifrunde einen niedrigeren Abschluß aufzwingen zu können. Nicht ein Gesetz oder die Ablehnung der Zustimmung durch den Betriebsrat kann die Entlassung letztlich verhindern, sondern nur die Kraft und der Einsatz der Kollegen. Doch die DKP-Betriebsräte taten nichts für die Organisierung von Kampfmaßnahmen, verkrochen sich hinter ihren Aktendeckeln und begnügten sich mit Erklärungen. Im Betrieb wurden noch nicht einmal Unterschriftensammlungen durchgeführt, wie das bei den Kollegen Wegner und Dinger gemacht wurde.
Am 18.9. kam es noch einmal zu einer Solidaritätsbekundung durch 9 Mitglieder der Tarifkommission, die die Sitzung der Tarifkommission demonstrativ verließen, als Werner Kintrup an der Sitzung teilnahm. Durch das Verlassen der 9 Mitglieder wurde die Kommission beschlußunfähig. Die Sitzung wurde vertagt. Noch am gleichen Tag wurde von mehreren Betriebsräten und Vertrauensleuten ein Ausschlußantrag aus der IG-Metall für Werner Kintrup wegen gewerkschaftsschädigenden Verhaltens gestellt.

Betriebszelle Klöckner

Opel-Bochum

SOLIDARITÄT MIT DEN ENTLASSENEN KOLLEGEN

Nach dem Streik bei Opel, der am 27.8. mit massivem Einsatz von Werkschutz zerschlagen wurde, versucht nun die Geschäftsleitung, unterstützt von großen Teilen des Betriebsrats, "aufzuräumen".
Es wurden bisher sieben Entlassungen ausgesprochen, darunter zwei Spanier, die daraufhin mit dem Vermerk "politischer Agitator" nach Spanien abgeschoben wurden, wo sie den Schergen des Franco-Regimes ausgeliefert sind.
Dieses Vorgehen ist bei Opel nichts Neues. Bereits zweimal griffen die Opel-Kapitalisten in trauter Eintracht mit der reaktionären Mehrheit des Opel-Betriebsrats zu diesem Mittel: Am 11.10.1972 wurde der spanische Kollege Andres Lara auf Antrag von 33 Opel-Betriebsräten entlassen. Lara war Ersatzbetriebsrat der "Liste oppositioneller Gewerkschafter". Am 12.3.1973 wurde auf Antrag von 34 Betriebsräten der IGM-Betriebsrat Rudi Wischnewski entlassen.
Als aufrechte Arbeitervertreter waren sie sowohl für die Opel-Kapitalisten als auch für die reaktionäre Betriebsratsmehrheit unter Führung des korrupten SPD-Betriebsrats Perschke untragbar. Die Entlassungsgründe waren so verlogen, daß das Arbeitsgericht bei Wischnewski schon in zweiter Instanz die Entlassung nicht bestätigen konnte. Dennoch ist der Kollege immer noch arbeitslos, weil Opel die Wiedereinstellung verweigert.
Unterstützt das Opel-Solidaritätskomitee! Konto für die entlassenen Kollegen:
Westfalen-Bank Bochum 90 69 64
Kennwort: Opel-Solidarität

Bielefeld. Das Bild zeigt Polizeibeamte, die im Bielefelder Rheinstahlwerk Einsatz haben. Am Montag, dem 3.September wurden durch den Einsatz von 250 Polizisten die Bielefelder Rheinstahlkollegen gezwungen, die Arbeit wieder aufzunehmen, ohne daß eine der Forderungen der Kollegen erfüllt war. 11 Kollegen wurden gleichzeitig am Betreten der Werke gehindert; 4 Kollegen wurden inzwischen fristlos entlassen, davon drei Deutsche und ein Ausländer. Außerdem haben sieben Ausländer das Arbeitsverhältnis im "gegenseitigen Einvernehmen" unter starkem Druck gekündigt. Fünf Kollegen sind ermahnt und verwarnt worden. Weiterhin sind Anträge auf Schadensersatz in einer Höhe von 2 Millionen DM gestellt.

Berichtigung

1. KVZ Nr.3, S.55: "Wem soll ein Streik dienen?" Es heißt: "Wir waren zunächst für einen organisierten Abbruch des Streiks, da die Streikfront drohte, gespalten zu werden. Nach dem Putsch änderte sich das schlagartig." Es muß dann weiter heißen: "Jetzt galt es, die Vertrauensleute und Kollegen gegen die Schläger zu mobilisieren, ein Streikabbruch wäre eine Zustimmung zu dem faschistischen Terror gewesen." Dieser Satz fehlt.
2. KVZ Nr.3, S.6: "Gewerkschaftsausschlüsse – Angriff auf die Gewerkschaften". Richtigstellung: Der Kollege Klingeberg (Göttingen) wurde nicht bei einer OJA-Sitzung von der Polizei abgeführt, sondern bei einer BJA-Sitzung. Zu dieser Sitzung hatte er keine Einladung von der IGM erhalten, obwohl er ordentliches Mitglied des BJA war.

Betriebsrat betreibt Entlassung eines Betriebsrats

Bremen. Ende letzten Jahres wurde bei Krupp-Atlas-Elektronik in Bremen das Betriebsratsmitglied Rolf Weinert von den Krupp-Kapitalisten fristlos entlassen. Diese Entlassung war kein Einzelfall: in den letzten Monaten mehrten sich die Entlassungen von fortschrittlichen Jugendvertretern und Betriebsräten. Weit über 800 Jugendvertreter sind in der letzten Zeit in der BRD entlassen worden.

Durch Entlassungen und Kündigungsdrohungen versuchen die Kapitalisten, die klassenbewußten Arbeiter einzuschüchtern und damit den aufkeimenden Kämpfen der Arbeiter entgegenzutreten.
Das Betriebsratsmitglied Weinert hatte konsequent die Interessen seiner Kollegen vertreten, war für lineare Lohnforderungen, vier Betriebsversammlungen im Jahr und volle Information der Belegschaft von jeder einzelnen Betriebsratssitzung eingetreten. Diese Forderungen liefen natürlich den Kapitalisten und ihren Helfern, der sozialdemokratischen Betriebsratsmehrheit, zuwider.

Der Grund der Entlassung des Betriebsratsmitglieds Weinert war, daß er einen Vertrauensmann von dessen bevorstehender Entlassung unterrichtet hatte. Dieser Vertrauensmann war erst 5 Monate im Betrieb und fiel somit nicht unter das Kündigungsschutzgesetz, das erst ab 6 Monaten Betriebszugehörigkeit in Kraft tritt. Der Betriebsrat stimmte der Kündigung mehrheitlich zu. Daß die Kollegen der Abteilung dieses Vertrauensmannes die Kündigung nicht so hinnehmen würden, war auch dem Betriebsrat klar. Der Vertrauensmann sollte ja gerade entlassen werden, weil er als aktiver Gewerkschafter für die Forderungen seiner Kollegen eingetreten war.
Um nun möglichst nichts über diese Kündigung in den Betrieb dringen zu lassen, wurde auf der Betriebsratssitzung beschlossen, daß die Kündigung unter die Geheimhaltung fällt, weil sie in die "Intimsphäre" des Arbeitnehmers falle, auch er selbst sollte nicht informiert werden.

Das Betriebsratsmitglied Weinert hielt sich aber nicht an den Beschluß, nachdem er festgestellt hatte, daß dieser Beschluß gegen die Rechte des Kollegen verstößt, die ihm nach dem Betriebsverfassungsgesetz zustehen. Laut § 82 BetrVG hätte der Betriebsrat ihn sogar anhören müssen.

Auch bei der fristlosen Kündigung ihres Betriebsratskollegen stimmte die Mehrheit der Betriebsratsmitglieder zu. Doch trotz aller Lügen und Verdrehungen von seiten des Betriebsrates wuchs die Solidaritätsbewegung gegen diese Entlassungen in kurzer Zeit: Mehr als 3 500 DM wurden gespendet, um den Entlassenen die Führung eines Arbeitsgerichtsprozesses zu ermöglichen. Doch reichte die Kraft der Kollegen von Atlas-Elektronik nicht aus, die Geschäftsleitung zu zwingen, die Kündigung zurückzunehmen.
Doch die Solidaritätsbewegung und der allzu offensichtliche Verstoß gegen die derzeitige Rechtsprechung zwangen das Arbeitsgericht und das Landesarbeitsgericht, die Kündigung gegen Weinert für ungültig zu erklären. Die Kündigung des Vertrauensmannes wurde in der 1. Instanz jedoch für gerechtfertigt erklärt.
Die Entscheidung des Landesarbeitsgerichtes besagte sogar, daß gegen die Entscheidung im Fall Weinert keine Revision vor dem Bundesarbeitsgericht zulässig ist. Um in die dritte Instanz zu gehen, müßten die Krupp-Kapitalisten beweisen, daß dieses Urteil gegen ein Urteil des Bundesarbeitsgerichts verstößt. Es ist jedoch klar, daß sie auch diesen letzten Versuch machen werden. Die zwei Niederlagen der Kapitalisten zwingen sie dazu, denn sie werden den Arbeitern nicht den Sieg lassen, sofern sie auch nur eine Chance haben, etwas an diesem Urteil zu ändern.

Die bestochenen sozialdemokratischen Agenten in den Reihen der Arbeiterklasse scheuten sich nicht, den Kapitalisten mit Zeugenaussagen zur Seite zu stehen. Bei beiden Kündigungsprozessen waren Betriebsratsmitglieder Zeugen der Kapitalisten!

Da die Kapitalisten wußten, daß sie es nicht leicht haben würden, mit der Kündigung durchzukommen, haben sie gleich zusammen mit der Kündigung beim Arbeitsgericht ein Verfahren auf Ausschluß aus dem Betriebsrat gegen Weinert eingeleitet. Obwohl dies vom Arbeitsgericht abgelehnt wurde, hat sich der Betriebsrat auch diesem Antrag der Geschäftsleitung mehrheitlich angeschlossen.

Frankfurt: Selbständige Streiks im öffentlichen Dienst

"Wir müssen es dann immer mit unserer eigenen Kraft durchsetzen, so wie wir das gewöhnt sind."

Genauso, wie sich Zehntausende von Metall- und Stahlarbeitern im August gegen den Lohnabbau zur Wehr setzten, antworteten auch die Beschäftigten im öffentlichen Dienst auf Inflation und Arbeitshetze mit selbständigen Streiks. Was im Fuhramt in Hannover begann, wurde und wird von tausenden unserer Kollegen im öffentlichen Dienst fortgesetzt. So auch in Frankfurt.

DIE PERSONALVERSAMMLUNG AM 12.9.

Bereits am 12.9. fand eine Personalversammlung des Frankfurter Stadtreinigungsamtes statt, in der die Kollegen ihren Unmut über den Lohnabbau und die Stillhaltepolitik der ÖTV-Führung gegenüber der SPD/FDP-Regierung Luft machten. 1 400 Arbeiter und Angestellte forderten: Teuerungszulage von 300,- DM netto, Erhöhung des Weihnachtsgeldesfreibetrags von 100,- auf 400,- DM und ein volles 13. Monatsgehalt mehr. Die Kollegen kritisierten die Politik des ÖTV-Vorstandes, dessen Vorgehen gegenüber dem SPD-Magistrats sich als "zu zart" erweise, wenn es darum geht, die berechtigten Forderungen der Belegschaften durchzusetzen. Unter dem Beifall der Versammlung sagte ein Kollegen: "Wir müssen es dann immer mit unserer eigenen Kraft durchsetzen, so wie wir das gewöhnt sind." Damit brachte er die Erfahrungen zum Ausdruck, die die Kollegen vor zwei Jahren mit der ÖTV-Spitze gemacht haben. Damals streikten die Beschäftigten des Stadtreinigungsamtes tagelang ohne die Unterstützung der Gewerkschaft, weil die ÖTV-Führung ihren Streik als illegal bezeichnete, jede gewerkschaftliche Hilfe verbot und beim ersten Angebot des Magistrats sofort auf Wiederaufnahme der Arbeit drängte.

DER KAMPF WIRD VORBEREITET

Am Mittwoch, dem 26.9., erklärte sich die Vollversammlung der Vertrauenleute der ÖTV-Hauptabteilung Gemeinde solidarisch mit der Forderung des Stadtreinigungsamtes: 300,– DM netto für alle und beschlossen: "Sobald die Kollegen des Stadtreinigungsamtes dem Arbeitgeber das Ultimatum setzen, wird der Zentrale Vertrauensleute Ausschuß (Hauptabteilung Gemeinde) beauftragt, den Beschluß des Stadtreinigungsamtes allen Vertrauensleuten zuzusenden, verbunden mit der Aufforderung, in ihren Ämtern und Betrieben Versammlungen und Protestaktionen zu organisieren. Des weiteren sollen bei diesen Versammlungen die gleichen Forderungen aufgestellt und das Ultimatum unterstützt werden. Vor Ablauf des Ultimatums sollen alle Betriebe, die sich dem Ultimatum inzwischen angeschlossen haben, zusammentreffen und weitere Kampfmaßnahmen vorbereiten." Gleichzeitig setzten sich die Vertrauensleute für vorgezogene Tarifverhandlungen ein und kritisierten den Beschluß der zentralen Tarifkommission der ÖTV, die Tarifverträge fristgerecht zum Jahresende zu kündigen. Schließlich forderten sie alle Betriebe und Ämter auf, rasch Personalversammlungen durchzuführen.

DER STREIK AM 27.SEPTEMBER

Am Tag darauf, am 27.September, führten die Beschäftigten im Stadtreinigungsamt eine weitere Personalversammlung durch. Sie setzten dem SPD-Magistrat das Ultimatum: Entweder 300,- DM netto bis zum 11.10. – oder Streik! Ihrer Forderung verliehen sie Nachdruck und legten für diesen Donnerstag ab 9 Uhr die Arbeit nieder. Nachdem sich im Laufe des Vormittags die Streiknachricht verbreitete, legten auch die Beschäftigten im Friedhofsamt spontan die Arbeit nieder.

Am folgenden Tag, Freitag, 28.9., wurden in verschiedenen Ämtern Personalversammlungen abgehalten, auf denen die Belegschaften die Forderung des Stadtreinigungsamtes aufgriffen und über Kampfmaßnahmen berieten. In 50 Ämtern verteilten 5er-Trupps einen Aufruf des 'Zentralen Vertrauensleute Ausschusses' der ÖTV-Hauptabteilung Gemeinde, in dem zur Beratung und Beschlußfassung über einheitliche Kampfmaßnahmen aufgefordert wurde und diskutierten mit ihren Kollegen. In allen Ämtern wurde der Aufruf positiv aufgenommen. So beschloß z. B. die Personalversammlung der Omnibus-Werkstätten, am 11.10. ebenfalls in den Streik zu treten, wenn nicht 300,- DM netto gezahlt werden.

Auf diesen Versammlungen war es keinem ÖTV-Funktionär gelungen, die Kollegen von der Vorbereitung der Kampfmaßnahmen abzubringen. Als beispielsweise beim Stadtreinigungsamt ein Funktionär versuchte, die Stillhalte- und Abwiegelungspolitik seines Vorstandes zu begründen und die Bindung der Gewerkschaft an die Friedenspflicht betonte, wurde er von Mißfallenskundgebungen unterbrochen.

Am Wochenende – 29./30.9. – war also eine gefährliche Lage eingetreten. Gefährlich für die SPD-Stadtregierung und den Oberbürgermeister Arndt, dessen wortreiche "Solidarisierung" mit den Metall-Streiks im August noch jedem in den Ohren klang; gefährlich für den ÖTV-Vorstand, dessen Bemühen, die Streikbereitschaft zu untergraben – "13.Monatsgehalt" – "Friedenspflicht" – die Kampfbereitschaft der Kollegen nur verstärkte.

DER SPD–UNTERBEZIRKSPARTEITAG UND DER MAGISTRAT

Das mußte die SPD auf den Plan rufen. Auf dem Unterbezirksparteitag der Frankfurter SPD, der an diesem Wochenende stattfand, forderte eine Mehrheit der von den Jusos beherrschten Delegierten-Versammlung den SPD-Magistrat auf, die 300,- DM–Forderung aus dem Stadtreinigungsamt zu erfüllen. Schon auf dieser Versammlung erklärte Arndt namens der SPD-Magistratgruppe, daß dieser Beschluß nicht verbindlich sein könne, denn er setzte die Glaubwürdigkeit sozialdemokratischer Politik aufs Spiel und verstoße gegen die Grundsätze der SPD.

Der Magistrats-Beschluß am darauffolgenden Montag, 1.10., bestätigte Arndts Auffassung voll und ganz. Mit aller "Eindeutigkeit" stellt der Magistrat fest, daß die Autonomie der Tarifparteien beim Abschluß von Tarifverträgen ein wesentlicher Bestandteil der durch das Grundgesetz garantierten freiheitlichen Ordnung sei. Aus diesem Grunde und weil er als Arbeitgeber gegenüber den Gewerkschaften Verpflichtungen habe, könne er mit einzelnen Personalräten keine gesonderten Regelungen treffen.

Damit hat die SPD wieder einmal recht deutlich gezeigt, wie sie den Kampf der Arbeiter und Angestellten für ihre Interessen untergräbt und bekämpft. Durch ihre "linken" Vertreter gibt sie billige Solidaritätserklärungen ab, die zum Ziel haben, der SPD den verlorengegangenen Einfluß auf die Massen zurückzugewinnen. Gleichzeitig aber setzen ihre Regierungsvertreter die kapitalistische Politik mit allen zu Gebote stehenden Mitteln durch, drohen den Kollegen mit den Gesetzen und schwingen sich demagogisch zum Beschützer der Selbständigkeit der Gewerkschaften und der Tarifautonomie auf.

DIE KOLLEGEN LASSEN SICH VON DER SPD– UND DGB–FÜHRUNG NICHT ABLENKEN

Am Dienstag, dem 2.10., brachte die VL-Vollversammlung der ÖTV-Hauptabteilung Gemeinde ihre Empörung über den Beschluß des SPD-Magistrats zum Ausdruck und bekräftigte ihren Willen, ab dem 11.10. zu streiken, wenn die 300,- DM nicht bezahlt werden. Die Delegierten des Stadtreinigungs- und des Friedhofamtes und der Omnibus-Werkstätten erklärten klipp und klar: Das Ultimatum und der Streikbeschluß stehen!

Währenddessen setzte der Kreisvorstand der ÖTV zum Gegenschlag an.

In einem Flugblatt bezeichnet er die Forderungen als gerechtfertigt, doch sei es zum gegenwärtigen Zeitpunkt falsch und unmöglich, daß die Gewerkschaft diese Forderungen aufgreift und durch Kampfmaßnahmen durchsetzt, die Gewerkschaft sei durch Friedenspflicht gebunden, die Stadtverwaltung sei nicht tariffähig, die Verträge liefen erst am 31.12. aus.

Was von solchen Ablenkungsmanövern zu halten ist, haben die Vertrauensleute der ÖTV-Hauptabteilung Gemeinde klar gemacht: Schon am folgenden Tag, am Mittwoch, dem 3.10., wurde in allen Ämtern und Betrieben ein Flugblatt verteilt: Es bleibt dabei – 300,- DM netto, oder ab 11.10. wird gestreikt.

Wiesbaden

LOHNFORDERUNGEN BEI DER STADTVERWALTUNG

Wiesbaden. Im September wurde bei der Stadtverwaltung Wiesbaden eine Unterschriftensammlung für eine Personalversammlung aller Bediensteten durchgeführt.

Diese Unterschriftensammlung wurde von den Kollegen organisiert, weil weder die ÖTV noch die Personalräte auf die Forderung nach einer Teuerungszulage von 100,- DM ab 1.7.73, die von vielen Betriebsgruppen aufgestellt wurde, reagiert haben. Obwohl die SPD-Personalräte massiv gegen diese Unterschriftensammlung vorgingen und in einigen Ämtern sogar verhindern konnten, solidarisierten sich 960 Kolleginnen und Kollegen mit der Forderung nach einer Personalversammlung. Diese Solidarität hat dem Gesamtpersonalratsvorsitzenden H.Koch soviel Angst eingejagt, daß er die Unterschriften nicht allein entgegennehmen wollte, sondern nur im Beisein aller ÖTV-Personalräte. Bei der Übergabe erklärte er den Gesamtpersonalrat zwar für nicht zuständig, aber angesichts der bei der Übergabe zahlreich versammelten Kollegen, sagte er zu, die Sache zu prüfen. Auf einer Delegiertenkonferenz des ÖTV-Kreises Wiesbaden ließen diese "Interessensvertreter" dann endgültig ihre Maske fallen. So sagte H.Koch für den Gesamtpersonalrat, daß dessen 21 Mitglieder besser wissen, wann eine Personalversammlung durchgeführt werden muß als die 960 Kolleginnen und Kollegen. Die Konferenz beschloß, daß dieses Jahr die Forderung nach einer Teuerungszulage nicht mehr aufgestellt werden soll.

ÖTV WIESBADEN: DISZIPLINIERUNG DER BETRIEBSJUGENDGRUPPE VORBEREITET

Als die ÖTV-Betriebsjugendgruppe trotzdem noch Flugblätter in den Ämtern verteilte, in denen die Forderung der Kollegen weiter propagiert wurde, stellten die ÖTV-Fraktion des Personalrats und der Vorstand der Abteilung Kommunalverwaltung den Antrag an den Kreisvorstand zu überprüfen, ob die Betriebsjugendgruppe wegen dieses "gewerkschaftsfeindfichen" Verhaltens aufgelöst werden muß. Diese Maßnahmen der Disziplinierung und die Taktik der Personalräte, die Einberufung der Personalversammmlung hinauszuzögern, ist bei den Kollegen auf scharfe Kritik gestoßen. Unsere Aufgabe ist es jetzt, die vorhandene Bewegung voranzutreiben und den Kollegen die Schritte zur Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen über einen Arbeitskampf aufzuzeigen.

Heidelberg

ÖTV-KREISVERWALTUNG HEIDELBERG LÖST KREISABTEILUNG AUF

Der Kreisvorstand der ÖTV Heidelberg hat am 20. Spetember 73 beschlossen, die ÖTV-Kreisabteilung Wissenschaft und Forschung mit sofortiger Wirkung aufzulösen. Der Organisationsbereich für die Abteilung Wissenschaft und Forschung umfaßt in Heidelberg etwa 4 000 Beschäftigte, davon 300 Mitglieder der ÖTV.

Hier hatten vor zwei Jahren aktive Gewerkschaftsmitglieder mit der Arbeit begonnen. Sie bestimmten auf Mitgliederversammlungen die Aufgaben der Abteilung und ihre demokratische Durchführung durch die Mitglieder. Alle ehrenamtlichen Funktionäre, die seit dieser Zeit gewählt wurden, seien es Vertrauensleute, der Abteilungsvorstand oder Delegierte, verpflichteten sich, die Mitglieder auf Versammlungen zu informieren, Rechenschaft vor ihnen abzulegen, sich durch ihre Beschlüsse binden zu lassen und sich abwählen zu lassen, wenn die Mehrheit der Mitglieder feststellt, daß die Funktionäre nicht mehr die Interessen der Mitglieder vertreten.

Die Kollegen schafften es, in diesem Bereich viele neue Mitglieder zu werben, die entschlossen sind, für ihre Interessen einzutreten und sich weder vom Arbeitgeber noch von bürgerlichen Gewerkschaftsfunktionären Sand in die Augen streuen zu lassen. In zwei Universitätseinrichtungen und drei Forschungsbetrieben wurden Vertrauensleutekörper aufgebaut, die in enger Verbindung mit der Belegschaft arbeiten.

Die SPD-Gewerkschaftsfunktionäre versuchten auf Schritt und Tritt, die konsequente Arbeit der Kollegen zu hintertreiben.

In der letzten Tarifrunde stellten die Kollegen der ganzen Abteilung eine einheitliche Forderung auf: 150 DM pro Monat mehr für jeden und 20 DM mehr pro Kind. Durch ihre Entschlossenheit gelang es, die Zustimmung des Kreisdelegiertenkörpers zu dieser Forderung zu gewinnen. Die Berufsabwiegler im ÖTV-Vorstand HD hoffen, durch ihre neueste reaktionäre Maßnahme den entscheidenden Schlag gegen die wirksame Arbeit der Kollegen zu führen und zu verhindern, daß sich im Kreis Heidelberg zum zweiten Male richtige Forderungen in Mark und Pfennig durchsetzen. Der Stein, den sie erhoben haben, wird auf ihre eigenen Füße fallen.

Braunschweig. Am 20.9. streikten die 35 Beschäftigten in der Werkstatt des Omnibus-Betriebshofes Lindenberg der Verkehrs AG. Als am 20.9. ein Drittel des 13. Monatsgehalts als Abschlag ausgezahlt wurde, wollten sich die Kollegen nicht einfach abspeisen lassen und forderten eine Teuerungszulage

Kuhhandel der Ärzte

Kiel. Am 13.7.73 traten an den Universitätskliniken in Kiel die Bestimmungen eines Vertrags zwischen der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) und der Verwaltung der Universität in Kraft, die eine drastische Einschränkung der poliklinischen Behandlung von pflichtversicherten Mitgliedern der RVO-Krankenkassen nach sich zogen.

Zu den Betroffenen zählen die Mitglieder der Ortskrankenkassen, der Betriebs- und Innungskrankenkassen und der Landwirtschaftlichen Krankenkasse, während Privatpatienten und Mitglieder der Ersatzkassen uneingeschränkt weiterbehandelt werden konnten.

Die Reaktion der Abgewiesenen war jedoch nicht so, wie sie sich die niedergelassenen Kassenärzte vorgestellt hatten: Statt geradewegs zu ihnen zu kommen, gingen die empörten Patienten zur AOK und beschwerten sich. Auch einige Ärzte und Krankenschwestern der Polikliniken machten ihrem Ärger in Telefongesprächen mit der KV und der AOK Luft oder behandelten einfach weiter. Erster Erfolg: Bereits nach zwei Tagen mußten diese Maßnahmen von der Uni-Verwaltung wieder zurückgenommen werden. Der Vertrag aber blieb.

Dieser Vertrag stützt sich auf die Reichsversicherungsordnung, die den niedergelassenen Ärzten die alleinige Verfügungsgewalt über die ambulante Versorgung überträgt. Jede Institution, die, wie auch die Universitätspolitiklinken, an der ambulanten Versorgung beteiligt ist, muß mit der KV einen Vertrag schließen, der besonders die Bezahlung regelt.

Auf Initiative von konsequenten Gewerkschaftmitgliedern an den Kliniken, die diesen Kuhhandel nicht mehr länger mitmachen wollen, wurde ein Flugblatt der ÖTV in der Stadt und vor Kieler Betrieben verteilt, in dem diese Machenschaften entlarvt wurden. Die Konferenz der Kieler Betriebs- und Personalräte hat den Vertrag ebenfalls scharf verurteilt. Die Forderungen der ÖTV-Kollegen, unter denen der Kampf weitergeführt werden muß, lauten:

- **Aufhebung des Vertrags und unbeschränkter Zugang aller Sozialversicherten zu den Polikliniken der Universität;**
- **Ausweitung der Polikliniken und weitere Einrichtung von Fachambulanzen;**
- **Gesetzliche Neuregelung der ambulanten Behandlung, die mit dem Monopol der Kassenärztlichen Vereinigung Schluß macht und der Tatsache Rechnung trägt, daß Polikliniken an Krankenhäusern für die ambulante Versorgung der Bevölkerung unbedingt notwendig sind.**

Tarifforderungen

Konstanz, 2.10. Die ÖTV-Mitgliederversammlung hat mit überwältigender Mehrheit Forderungen zur Tarifrunde aufgestellt.

"Ausgleich der Verluste durch Preisanstiege" für 1973 und für die erwarteten Steigerungen von 74; angemessener Anteil an der Erhöhung des Sozialprodukts.

Festgeldforderung für alle gleich. – 350 DM brutto mehr für alle. – Kindergelderhöhung auf 75 DM. – Kürzere Tariflaufzeit, halbjährliche Kündigungsmöglichkeit. – Ein ÖTV-Arbeitskreis für die Tarifrunde soll gebildet werden.

Heidelberg. Am 4.10.1973 wurden folgende Lohnforderungen auf der Wahlkörperversammlung des Delegierten der hochschulfreien Forschung der ÖTV verabschiedet:

- 800,– DM Ausgleich für den Lohnraub 1973
- eine Festgeldforderung von 250 DM und 50 DM mehr pro Kind
- 9 Monate Laufzeit
- Streichung der untersten beiden Lohngruppen
- Urabstimmung vor Abschluß
- Sofortige Auszahlung der neuen Löhne und Gehälter nach Abschluß

Der Kampf der Fluglotsen geht weiter

Immer noch befinden sich die Fluglotsen im Arbeitskampf. Seit Himmelfahrt machen sie "Dienst nach Vorschrift", um ihre Forderung nach einer Erschwerniszulage zwischen 500 und 700 DM sowie eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen durchzusetzen.

Gegen wen ist dieser Arbeitskampf gerichtet? Es handelt sich um einen Arbeitskampf für Lohn und damit gegen den Käufer ihrer Arbeitskraft, in diesem Fall den Staat. Das macht eine besondere Schwierigkeit bei ihrem Arbeitskampf aus, denn die Fluglotsen wurden vor einigen Jahren zu Beamten gemacht und damit ihrer Tariffähigkeit beraubt. Sie dürfen nicht streiken und können keine Tarifverträge abschliessen. Würden die Fluglotsen offen streiken, dann könnten sie mit der ganzen gesetzlichen Wucht des Beamtenrechtes verfolgt werden. Deswegen greifen die Fluglotsen zum "Dienst nach Vorschrift", zum Krankfeiern als Mittel des verdeckten Arbeitskampfes.

Warum können sich die Fluglotsen es sich leisten, derart hohe Forderungen aufzustellen?

Für die Fluglotsen ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt günstig. Die Ausbildung der Fluglotsen dauert lang und ist teuer. Viele Fluglotsen gibt es nicht und der Nachschub an neuen ist langsam. Außerdem ist ihre Arbeitskraft unersetzlich, wenn der Flugbetrieb aufrechterhalten werden soll. Für die Fluglotsen bedeutet das, daß der Markt zum Verkauf ihrer Arbeitskraft günstig ist. Welcher Lohnabhängige wird nicht gut verstehen, daß die Fluglotsen diese Marktlage ausnutzen wollen. Also, der ganze Staat springt um die Fluglotsen im Dreieck, weil er eine Schicht von Lohnabhängigen des Tarifrechtes beraubt hat, und sie gegen die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt zu Beamten gemacht hat.

Warum gibt die Bundesregierung in dieser Sache nicht nach, wenn doch die Vorteile so eindeutig auf Seiten der Lotsen liegen? Zwei Gründe gibt es dafür. Zum einen liegt die Schwäche der Fluglotsen darin, daß sie sich ganz an ihrer gegenwärtigen, besonders günstigen Arbeitsmarktposition orientieren und nicht die Verbindung zu den Lohnkämpfen der anderen Lohnabhängigen herstellen. Das drückt sich auch darin aus, daß sie sich einen eigenen Berufsverband geschaffen haben. Der Bundesregierung gibt diese Tatsache ausgezeichnete Möglichkeiten, gegen den Arbeitskampf der Fluglotsen zu hetzen.

Und damit kommen wir zum zweiten Punkt, warum nämlich die Staatsmacht ein derart brennendes Interesse hat, den Arbeitskampf der Fluglotsen mit einer eindeutigen Niederlage zu beenden. Man muß verstehen, der Kapitalistenklasse und ihrem Staat sind Arbeiterkoalitionen, ganz gleich wie sie in Worten darüber reden, ein Dorn im Auge. Wenn die Arbeiterklasse in einem Land für sich und alle Lohnabhängigen das Koalitionsrecht (also das Recht, sich in Gewerkschaften gegen den Kapitalisten oder den Käufer der Arbeitskraft zu organisieren) erkämpft hat, dann kann die Staatsmacht nicht ohne Widerstand und offen auf die Abschaffung der Gewerkschaften ausgehen. Trotzdem wird sie versuchen, möglichst einen großen Teil der Lohnabhängigen dieses Recht zu verkürzen oder ganz zu nehmen. In Westdeutschland spielt sich dieser Vorgang als Verbeamtung möglichst vieler Lohnabhängiger ab. Wenn nun die Fluglotsen, wir erinnern uns, sie wurden zwangsweise beamtet, sich mit den Mitteln des Arbeitskampfes einen höheren Lohn erstreiten, dann werden andere Lohnabhängige überlegen, ob es wirklich günstig ist, wenn man Beamter ist und kein Streikrecht hat. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt, wo die SPD/FDP-Regierung plant, die Masse und Mehrzahl der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst zu Beamten zu machen, sind solche Überlegungen in den Köpfen des Lohnabhängigen pures Gift für die politischen Pläne der bürgerlichen Klasse.

Man kann also sehen, wenn man die Sache mit dem Arbeitskampf der Fluglotsen untersucht, dann kann man schnell herausfinden, welche Interessen die Arbeiterklasse und die übrigen Lohnabhängigen an diesem Arbeitskampf haben und vor welchen bürgerlichen Ansichten sie sich hüten müssen: Erstens scheint der Lohnkampf der Fluglotsen von den übrigen Lohnkämpfen isoliert, weil die Fluglotsen ihre besonders günstige Stellung auf dem Arbeitsmarkt ausnützen. Zweitens ist der Arbeitskampf der Fluglotsen mit dem Kampf aller Lohnabhängigen verbunden, weil die Fluglotsen sich gegen den entrechteten Status des Beamtentums wehren, nicht, indem sie nach Privilegien streben, sondern, indem sie durch Arbeitskampf herausholen, was der Markt für sie hergibt.

Ist also der Arbeitskampf der Fluglotsen reaktionär oder schädlich? Nein, er ist nicht reaktionär, aber schädlich ist er für die Staatsmacht.

Der Streit um West-Berlin

DER STREIT UM DIE ÄUSSERUNGEN HERBERT WEHNERS

"Wir haben in der Berlinfrage überzogen." Dieser Satz von Herbert Wehner, ausgesprochen bei einer Moskaureise, löste eine heftige Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition aus, so scheint es. Doch was steckt dahinter?

Zunächst ist die strittige Frage die der **konsularischen Vertretung von juristischen Personen aus Westberlin durch die neu in den osteuropäischen Staaten zu errichtenden Botschaften der Bundesrepublik.** Die Bundesregierung fordert diese konsularische Vertretung, die Regierung in Prag hat sie abgelehnt. Deshalb wurde die Reise Brandts nach Prag abgesagt und es gibt vorläufig keine Bonner Botschaft in Prag.

Die "Vertretung von Personen mit Wohnsitz in Westberlin" durch die Botschaften der Bundesrepublik ist im Viermächteabkommen über Berlin festgelegt. Nicht festgelegt ist, ob sich diese Regelung auch auf juristische Personen bezieht.

WAS SIND JURISTISCHE PERSONEN?

Im Gegensatz zu "natürlichen Personen" sind "juristische Personen" keine Personen, sondern Behörden, Verbände und vor allem Kapitalfirmen. Die rechtliche Konstruktion einer juristischen Person ist vor allem für die großen Konzerne wichtig. Denn nicht die Eigentümer solcher Firmen tragen rechtlich die Verantwortung, sondern eben die Firma, eine Person, die es nicht gibt. Um die Vertretung solcher juristischer Personen aus Westberlin wird also gestritten?

Geht es der Sowjetunion darum, zu verhindern, daß Westberliner Konzerne konsularisch von Bonn vertreten werden? Sicher nicht, denn genauso wie sie das westdeutsche Kapital umwirbt, ist sie bereit, mit dessen Westberliner Firmen und Niederlassungen Geschäfte zu machen, und die DDR tut dies schon seit Jahren ohne viel Aufsehen.

BUNDESREGIERUNG GEGEN VIERMÄCHTEABKOMMEN

Aber die Vertretung von juristischen Personen bezieht sich auch auf die Vertretung staatlicher Behörden, ja sogar der ganzen Stadt Berlin, denn unter den Begriff der juristischen Person fällt alles, was nicht natürliche Person ist. Das heißt also, daß die Forderung der Bundesregierung, die so vehement von der CDU/CSU verteidigt wird, nichts anderes als das Unterlaufen des Viermächteabkommens bedeuten würde. Denn im Viermächteabkommen steht eindeutig, daß zwar die Bindungen Berlins an die BRD "aufrechterhalten und entwickelt werden", daß aber "Westberlin kein (konstitutiver) Teil der Bundesrepublik ist und nicht von ihr regiert wird". Westberlin kann daher außenpolitisch nicht von der BRD vertreten werden, sondern nur von den vier Mächten. Die Vertretung aller juristischen Personen würde aber dies genau einschließen und steht somit in Widerspruch zum Viermächteabkommen, das die Bundesregierung selbst erwirkt hat.

Die Bundesregierung spielt in dieser Frage den harten Mann, der für die Interessen Berlins kämpft, die Sowjetunion will in dieser Frage nicht nachgeben. Die CDU/CSU versucht nun, in dieser Frage ihr Süppchen zu kochen, indem sie Herbert Wehner gegen die SPD/FDP-Regierung auszuspielen sucht.

Es bleiben nur zwei Fragen: Erstens warum die Bundesregierung in dieser Frage sich außerhalb des Viermächteabkommens stellt, das sie doch selbst als Erfolg ihrer Berlinpolitik preist? Zweitens: Wie stehen die Kommunisten zu diesen Manövern?

ZWEI TAKTIKEN DES WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS

Das Verhalten der Bundesregierung ist offensichtlich ein demagogisches Manöver, mit dem sie sich den Anschein des harten Ringens um die Interessen Westberlins geben will. Sie folgt bei diesem Manöver der ultrareaktionären politischen Position des Bundesverfassungsgerichts, das unverhohlen Westberlin als Land der Bundesrepublik Deutschland erklärt und lediglich besondere politische Bedingungen für die Verwirklichung dieses Anspruchs zugibt. Diese Position entspricht der reaktionären Wiedervereinigungspolitik im Sinne einer imperialistischen Einverleibung Westberlins zugleich als Brückenkopf für die Wiedereroberung des Gebiets der DDR. Das ist die alte Position des Kalten Kriegs. Sie wird mehr oder weniger offen auch von der CDU/CSU vertreten. Sie widerspricht der neuen imperialistischen Taktik der SPD-Ostpolitik, die die Interessen des westdeutschen Kapitals in Osteuropa mit den Mitteln der "friedlichen Durchdringung", Handel, Kapitalexport und Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen erreichen will. Daß es bei diesen verschiedenen Taktiken um das gleiche imperialistische Interesse geht, zeigt sich gerade darin, daß die SPD/FDP-Regierung in der Frage der konsularischen Vertretung demagogisch auf die Linie der alten Taktik einschwenkt. Damit kann sie die reaktionäre Polemik der CDU/CSU aber nicht auffangen. Im Gegenteil, sie hat ihr eine offene Flanke geboten.

DIE POSITION DER KOMMUNISTEN

Für die Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes aber kann es nicht darum gehen, die eine oder andere Taktik der Imperialisten und ihrer Staatsvertreter zu unterstützen. Wir Kommunisten bekämpfen daher jede Form der Einflußnahme oder Rückeroberung der osteuropäischen Gebiete durch die westlichen Imperialisten, sei es mit "friedlichen", gewaltsamen oder mit Mitteln des Kalten Krieges. Im Programm des KBW heißt es:

"Das westdeutsche Proletariat muß die westdeutsche Bourgeoisie schlagen und Westdeutschland aus dem System des Imperialismus herausbrechen, ehe es die Frage der Wiedervereinigung auf die Tagesordnung setzen kann. Die Kommunisten treten allen Versuchen entgegen, das westdeutsche Proletariat unter der Fahne der Wiedervereinigung der Nation für eine imperialistische Politik gegenüber der DDR zu gewinnen. Insbesondere treten die Kommunisten den Versuchen der westdeutschen Bourgeoisie entgegen, Westberlin zu einem Brückenkopf ihrer Aggressionsbestrebungen zu machen."

Zugleich muß man klar sehen, daß die Sowjetunion selbst die Interessen der DDR mit Füßen getreten hat und der neuen Politik des westdeutschen Kapitals Tür und Tor geöffnet hat. Nachdem der Auftrag des Potsdamer Abkommens, ein demokratisches Gesamtdeutschland zu schaffen, durch die Spaltungspolitik der USA und ihres Lakaien Adenauer verhindert war und Westdeutschland in das westliche imperialistische System eingebaut wurde, vertrat die Sowjetunion in der Berlinfrage zunächst die Forderung nach Entmilitarisierung und Neutralisierung Westberlins. Sie wollte zumindest nicht zulassen, daß Westberlin zu einem Truppenaufmarschplatz mitten im Gebiet der DDR werde. Sie hat diesen Standpunkt Schritt für Schritt aufgegeben und inzwischen voll akzeptiert, daß Westberlin faktisch Teil des westlichen imperialistischen Systems ist, mit einem Vorbehalt: daß es nicht ein Teil von Westdeutschland ist, sondern in bezug auf Außenpolitik und Sicherheit unter der Verantwortung der vier Mächte bleibt und zugleich ein Besatzungsgebiet der drei Westmächte Frankreich, England, USA ist. **Die Sowjetunion hat so die Interessen der DDR verkauft, um selbst besser ins Geschäft mit den westlichen Kapitalisten kommen zu können.**

Berlin bleibt also ein Stützpunkt der westlichen imperialistischen Länder mitten im Gebiet der DDR. Um zu begreifen, was das heißt, möge man sich einmal vorstellen, in Frankfurt am Main stünden sowjetische Besatzer und die DDR würde Hoheit über diese Stadt und exterritoriale Zugangswege beanspruchen.

Daß dieser Zustand in Westberlin jedoch von der Bevölkerung noch weitgehend gebilligt wird, hängt nicht zuletzt an der Entwicklung in der DDR selbst, in der nicht die Arbeiterklasse und das werktätige Volk die Macht innehaben. Die Kommunisten müssen in dieser Situation alle Versuche der Imperialisten bekämpfen, Kapital aus dieser Lage zu schlagen und das Volk für ihre Ziele einzuspannen. Der Kampf gegen die eigene Bourgeoisie, das ist die Aufgabe – wird sie entschlossen angegangen, bleiben diese Manöver der Bourgeoisie ohne Wirkung.

–bb–

'Big Ferro'

NATO-GROSSMANÖVER IN NIEDERSACHSEN

Vom 12. bis zum 22. September fand in Niedersachsen die NATO-Gefechtsübung 'Big Ferro' statt. 'Big Ferro' war das größte Manöver, das seit Jahren auf westdeutschem Boden stattfand. Es beteiligten sich 42 000 deutsche, niederländische, belgische und amerikanische Soldaten mit 2 000 Ketten- und 9 000 Radfahrzeuge. Die Bundeswehr war mit der Oldenburger 11.Panzerdivision und der Lüneburger 8.Panzerbrigade dabei. Geübt wurde die bewegliche Gefechtsübung unter sich schnell ändernden Bedingungen.

Das Manöver beschränkte sich nicht auf Truppenübungsplätze, sondern nahm den gesamten Raum Hambur, Lüneburg, Braunschweig, Hannover, Verden und Stade in Anspruch. Dadurch wurden zahlreiche Verkehrswege blockiert und große Schäden angerichtet, und 'Big Ferro' führte zu erheblichen Belästigungen der Zivilbevölkerung. Dies wurde verstärkt durch den ausdrücklichen Befehl der Manöverleitung, daß alle 9 000 Radfahrzeuge auf dem Landweg ins Übungsgebiet zu fahren hätten.

Während des Manövers mußte die Bundeswehrführung einen schweren Unfall zugeben. Zwei Soldaten wurden in der Nacht vom 16. auf den 17.September von einem Panzer U 113 überrollt. Der Panzerkanonier Rudolf Böhmer wurde getötet, sein Kamerad schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht. Die Berichterstattung von Seiten des Verteidigungsministeriums über Manöverunfälle ist eine Seltenheit. Kaum ein Manöver vergeht, ohne daß mehrere Soldaten ihr Leben verlieren oder durch Unfälle zu Krüppeln werden. Offiziell hört man jedoch davon kaum etwas – Statistiken bleiben bundeswehrintern. So war auch von 'Big Ferro' nichts davon zu hören, wieviele Tote es insgesamt gegeben hat. Auch die Zahl der Unfälle wird wohl nie an die Öffentlichkeit dringen.

E.L.

Leber: vom Gewerkschaftsboss zum obersten Heerführer

Neuer Inspekteur des Heeres

FASCHIST UND BÜRGERKRIEGSSPEZIALIST

Am 1.Oktober 1973 wird der bisherige Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Ferber, abgelöst. Er tritt den Posten des Befehlshabers der NATO-Landstreitkräfte Europa Mitte an. An seine Stelle tritt Generalleutnant Horst Hildebrand, bisher Befehlshaber der alliierten Landstreitkräfte Schleswig-Holstein und Jütland (Landjüt).

Hildebrand war während des Krieges Offizier in der Hitler-Wehrmacht. Er verdiente sich die höchste militärische Führungsstelle im Heer nicht zuletzt durch seine maßgebliche Beteiligung an der Aufstellung der neuen beweglichen Jägereinheiten im Heer. **Diese infantristischen Truppen sind aufgrund ihrer Auswahl und Ausbildung für den Einsatz im Inneren besonders geeignet und geplant.**

Die Berufung Hildebrands zum Inspekteur des Heeres zeigt, daß die Sozialdemokraten ungebrochen die Tradition fortführen, nur ehemalige Nazi-Offiziere in hohe militärische Führungsstellen zu berufen. Mit Hildebrand ist ein "Bürgerkriegsspezialist" höchster Offizier des Heeres geworden.

Manöverunfälle

Augustdorf (Westf.). Auf dem Weg ins Manöver starben am 20.September zwei Soldaten, zwei weitere wurden schwer verletzt. Ein Raketenjagdpanzer der Bundeswehr war von einer 7 Meter hohen Brücke gestürzt. Vermutliche Unfallursache: **Übermündung der Soldaten.**

Staffel. Durch ein Manöver englischer Truppen ist in Staffel (Kreis Ahrfeld) ein Großbrand entstanden. Ein fünf Hektar großes Waldstück, bewachsen mit alten Eichen und Fichten, wurde vernichtet. Der Großbrand entstand durch den Abschuß einer Leuchtkugel.

BADEN-WÜRTTEMBERG: SCHIESS-ERLASS IN KRAFT

Am 2.Oktober 1973 wurde der sogenannte "Radikalen Erlaß" des Baden-Württembergischen Innenministers Schieß von der Landesregierung in Kraft gesetzt. Der Schieß-Erlaß entspricht in allen Punkten den Ergebnissen der letzten Sitzung der Regierungschefs des Bundes und der Länder, die eine gesetzliche Regelung zur schärferen Verfolgung aller fortschrittlichen Kräfte im öffentlichen Dienst vorsieht. Im Mittelpunkt steht die karteimäßige Überprüfung des Einzelfalles durch den Verfassungsschutz, eine zusätzliche Treueerklärung, die der Bewerber schriftlich abgeben muß, und darüberhinaus die Verpflichtung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zur **aktiven** Verteidigung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse. Der Baden-Württembergische Kultusminister Hahn hat es klar ausgedrückt: "Lehrer ... müssen in Zukunft außer der lehrenden Funktion die des Verfechters der bestehenden Ordnung einnehmen."

Guinea - Bissau ist unabhängig!

EIN SIEG ÜBER DEN PORTUGIESISCHEN KOLONIALISMUS UND IMPERIALISMUS!

Am 24.September 1973 hat die in den befreiten Gebieten gewählte Nationale Volksversammlung von Guinea-Bissau die Unabhängigkeit der neuen Republik Guinea-Bissau erklärt, während noch die Hauptstadt Bissau und einige andere Städte und Militärstützpunkte im Land von der portugiesischen Kolonialarmee besetzt gehalten werden. Mit dieser Erklärung hat das "höchste Organ des kämpfenden Volkes" die Konsequenz aus der sich immer schärfer abzeichnenden Niederlage der portugiesischen Kolonialisten gezogen. Die Unabhängigkeitserklärung wird aber auch die weltweite Isolierung des portugiesischen Kolonialismus vorantreiben. Viele Staaten haben die Kolonialpolitik Portugals in der Vergangenheit scharf verurteilt und selbst die UNO erkannte das Recht des Volkes auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit an und forderte alle Mitgliedsstaaten auf, die Partei für die Unabhängigkeit Guinea-Bissau's und den Capverdischen Inseln (PAIGC) als einzige und wahre Vertreterin des Volkes dieses Landes anzuerkennen. Nachdem sich die Bundesregierung jahrelang nicht zu der Kolonialpolitik Portugals geäußert hat, zwingt der UNO-Beitritt die BRD zu einer klaren Stellungnahme. Ein Sprecher der Bundesregierung erklärte inzwischen, daß diese nicht bereit sei, die von der Nationalen Volksversammlung erklärte Unabhängigkeit anzuerkennen.

In Guinea-Bissau, einer ehemaligen portugiesischen Kolonie, ist der Befreiungskampf unter Führung der PAIGC im Vergleich zu dem Kampf in den anderen Kolonien am weitesten fortgeschritten. An der westafrikanischen Küste gelegen, nur 36 000 qkm groß und rund 600 000 Einwohner zählend, konnte das Volk in den 10 Jahren des bewaffneten Befreiungskampfes auf der militärischen, politischen, wirtschaftlichen und diplomatischen Ebene so große Erfolge erzielen, daß heute nach der Proklamation der Unabhängigkeit und der Bildung einer Regierung es an der Spitze der afrikanischen Völker im Kampf um nationale Unabhängigkeit und staatliche Souveränität steht.

Guinea-Bissau und die Capverdischen Inseln waren die ersten, von europäischen Kolonialisten eroberten Gebiete Afrikas. Nach vorerst nur an der Küste gelegenen Handelsniederlassungen folgte später die Durchdringung und Besetzung des gesamten Landesinneren. Die Unterwerfung unter das koloniale Joch brachte für das Volk Sklaverei, Zwangsarbeit, die Einführung von Kopfsteuern und eine einseitig auf die Interessen der Kolonialmacht ausgerichtete Wirtschaft mit sich. Wirtschaftliche Ausplünderung und die Zerstörung der afrikanischen Sprache und Kultur waren die Ergebnisse einer über fünfhundertjährigen "zivilisatorischen Mission". Doch der Widerstand des Volkes ist so alt wie die koloniale Unterdrückung und Ausplünderung. Jahrhundertelang aber waren die Kämpfe stammesbezogener Natur, wodurch es für die Kolonialisten leichter war, sie zu zerschlagen. Durch Korruption und materielle Privilegierung einzelner Stämme oder einzelner ihrer Mitglieder wurde versucht, die Spaltung des Volkes zu vertiefen und somit den Kampf insgesamt zu schwächen.

Nach dem 2. Weltkrieg, im Zuge der allgemeinen Entkolonialisierung, die für viele afrikanische Staaten nicht mehr als das Hissen der eigenen Flagge, nicht aber wirtschaftliche und soziale Befreiung bedeutete, wuchsen in Guinea-Bissau Kräfte heran, die entschlossen waren, ihr Land vom kolonialen Joch zu befreien. Es bildete sich ein Nationalbewußtsein mit der Erkenntnis des portugiesischen Kolonialismus als des wahren Feindes des Volkes insgesamt, was für die weitere Führung und Organisation des Kampfes entscheidend war.

In der Hauptstadt Bissau wurde im Jahre 1956 im Untergrund die Partei für die Unabhängigkeit Guinea-Bissaus und den Capverdischen Inseln (PAIGC) gegründet. Unter Führung einer einheitlichen Organisation war es nun möglich, die einzelnen Kämpfe zusammenzufassen und sie an dem höchsten Ziel des Kampfes auszurichten: der nationalen Unabhängigkeit und staatlichen Souveränität. Im Laufe des Kampfes sammelte die PAIGC sehr viele Erfahrungen, die weitere Klarheit über den richtigen Weg zur Befreiung brachten. So versuchte sie in den ersten Jahren im Rahmen friedlicher Mittel wie Streiks, Demonstrationen und Petitionen eine Änderung der Lage herbeizuführen. Doch die Antwort der Kolonialisten war verstärkter Terror und Unterdrückung. Das Massaker, welches die kolonialistischen Söldnertruppen im August 1959 bei einer Demonstration von Hafenarbeitern um höhere Löhne anrichteten, – es gab über 50 Tote und Hunderte von Verletzten – verstärkte die Einsicht, daß im Rahmen des friedlichen Protestes allein sich keine Änderung der wirtschaftlichen und politischen Lage des Volkes herbeiführen läßt. Die Lehren für die künftige Taktik, die auf einer darauffolgenden Parteisitzung gezogen wurden, bestanden aus den folgenden zwei Punkten:

- Der Schwerpunkt der politischen Arbeit wurde von der Stadt auf das Land verlegt, wo die Masse des Volkes lebt, und
- es wurden auf allen Ebenen Vorbereitungen zur Aufnahme des bewaffneten Kampfes getroffen.

Vier Jahre später, 1963, war es nach genügender Ausbildung von Kadern und nach intensiver politischer Mobilisierung der Massen auf dem Lande für die Ziele des Befreiungskampfes möglich, zum bewaffneten Kampf überzugehen. Ausschlaggebend für den Erfolg des militärischen Kampfes war die Möglichkeit, entscheidende Verbesserungen auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet für das Volk zu erringen. "Man muß sich immer die Tatsache vergegenwärtigen, daß das Volk weder für Ideen kämpft, noch für Dinge, die in den Köpfen anderer existieren ... Nationale Befreiung, Kampf gegen den Kolonialismus, Errichtung von Frieden und Fortschritt, Unabhängigkeit – all das sind für das Volk leere und bedeutungslose Dinge, wenn sie sich nicht in eine tatsächliche Verbesserung seiner Lebensbedingungen umsetzen." (zit. aus einer Anweisung der PAIGC von 1965)

So schuf sich das Volk im Laufe des Kampfes eigene Machtorgane, wie u.a. Volksläden, Krankenhäuser und Volksgerichte. Für die Verteidigung der befreiten Gebiete wurde im entfalteten Stadium des Kampfes eine Volksmiliz gegründet, für die Befreiung der vom Feind noch besetzt gehaltenen Städte und einzelner militärischer Stützpunkte wurde eine reguläre Volksarmee aufgestellt. Die konkreten Fortschritte in der medizinischen Betreuung, in der ausreichenden Versorgung mit Nahrungsmitteln, im Bereich der Erziehung und Bildung oder im weitgehenden Zusammenschluß der Bauern in Genossenschaften gaben dem Kampf die konkreten Perspektiven, auf deren Grundlage sich der Zusammenschluß des Volkes vollzog. Zu Beginn des bewaffneten Kampfes lag die Analphabetenrate in den Kolonien zwischen 60 und 99 %. In Guinea-Bissau gelang es bis 1961 nur 14 Afrikanern, ein Universitätsdiplom zu erreichen. Die PAIGC konnte dagegen schon 1965 137 Stipendien für ausländische Universitäten und technische Schulen geben. 1966/67 wurden in 195 Schulen 15 000 Schüler unterrichtet. In Senegal und Guinea-Conakry gründete die PAIGC eigene Gymnasien. Die Schulen der Kolonialisten, in denen die wenigsten eine abgeschlossene Ausbildung erhalten konnten, haben sich im Zuge der fortschreitenden Befreiung des Landes von 266 – Anfang der sechziger Jahre – auf 108 Schulen verringert.

Auch auf dem Gebiet der Versorgung mit Nahrungsmitteln organisierte das Volk Guineas seine Arbeit selbst, nachdem die Steuereintreiber und portugiesischen Händler verjagt waren. So wurde der Reisanbau in den befreiten Gebieten intensiviert und neue Anbauflächen erschlossen. In verschiedenen Gebieten wurde die Reisproduktion innerhalb eines Jahres stark erhöht. So konnte sogar zur Zeit der Dürrekatastrophe (Ende 1972 und Anfang 1973) aus den befreiten Gebieten Reis nach Senegal und Mali geliefert werden. Diese Siege konnten errungen werden, obwohl die Kolonialisten mit allen Mitteln versuchten, die Felder zu zerstören und die Bevölkerung in den befreiten Gebieten auszuhungern. In Form von Bombardierungen mit Napalm und Pflanzenvernichtungsmitteln (Herbiziden), Verschleppung der Bauern, Ermordung der Arbeiter auf den Reisfeldern usw. Die landwirtschaftliche Produktion wurde ausgeweitet und Produkte wie Manjok und Süßkartoffeln wurden verstärkt angebaut, um die Zusammensetzung der Nahrung für das Volk zu verbessern. In der Befriedigung der Nachfrage nach Gütern wie Seife, Schuhe usw. wurde das Handwerk eingesetzt. So stellten die Dorfschmieden mit dem Metall der von den Kolonialisten abgeworfenen Bomben neue Geräte und selbst häusliche Gegenstände wie Löffel, Messer u. ä. her. Die Versorgung mit Importgütern wurde durch die Volksläden organisiert, die in den befreiten Gebieten eröffnet wurden, und die die Konsumgüter gegen die vom Volk produzierten Waren tauschen.

Trotz der technischen Überlegenheit der portugiesischen Kriegsmaschinerie konnte das Volk mit geringen Mitteln auch hier große Siege erringen. Mit der Luftwaffe konnten die Kolonialisten lange Zeit ungehindert die befreiten Gebiete bombardieren; doch nach Abschuß der Mehrzahl ihrer Kampfflugzeuge durch die Flak der Befreiungsarmee ist auch hier ihre Überlegenheit gebrochen. In Guinea-Bissau sind pro Kopf der Bevölkerung zehn Mal mehr Söldnertruppen stationiert als es in Vietnam waren.

So ging der Aufbau der neuen Gesellschaft Hand in Hand mit der weiteren Befreiung des Landes und beides konnte nur geleistet werden, weil das Volk auf allen Gebieten die politische und militärische Macht innehat.

Die Siege auf der militärischen und politischen Ebene bildeten die Grundlage für den diplomatischen Erfolg. Auf Einladung der PAIGC befand sich im Frühjahr 1972 eine Sonderkommission der Vereinten Nationen in den befreiten Gebieten Guinea-Bissaus. Nach diesem Besuch, bei dem sich die Kommission von den Aufbauleistungen in den vom Volk kontrollierten Gebieten überzeugen konnte, wurde die PAIGC in einer Resolution als die "einzige, legitime und wirkliche Vertretung des Volkes von Guinea-Bissau und Cap Verde" von der UNO-Vollversammlung anerkannt. Im Herbst 1972 hatte Amilcar Cabral, der im Januar 1973 von portugiesischen Agenten ermordete Generalsekretär der PAIGC, Gelegenheit, vor dem Entkolonialisierungsausschuß der UNO die Situation seines Landes und die Ziele der PAIGC darzulegen. In dieser Rede gab er bekannt, daß Wahlen für eine Nationalversammlung in den befreiten Gebieten stattgefunden hätten, und daß die erste Aufgabe der Volksversammlung ist, die Unabhängigkeit seines Landes zu erklären. Die diplomatische Anerkennung wurde schon damals von sehr vielen Staaten zugesagt.

BRD–REGIERUNG UND PORTUGIESISCHER KOLONIALISMUS

Die Portugiesen mußten alles stehen und liegen lassen: Ferngeschütze im von der PAIGC eroberten Lager Guiledje.

Die gegenwärtige Weigerung der SPD/FDP-Regierung, die Republik Guinea-Bissau diplomatisch anzuerkennen, macht klar, daß sie weiterhin das Selbstbestimmungsrecht der Völker mit Füßen tritt. Obgleich sie überall lauthals für das Selbstbestimmungsrecht eintritt wie kürzlich Brandt und Scheel vor der UNO, mißachtet sie es da, wo es gegen ihre Interessen geht. Eine besonders schändliche Rolle spielt dabei die SPD-Führung, wenn es darum geht, den imperialistischen Charakter des westdeutschen Staates zu verschleiern, wie sie es im August bei dem Besuch einer Delegation der Front zur Befreiung Mozambiques (FRELIMO) getan hat. So verurteilt sie u. a. die Waffenlieferungen an Portugal, und weigert sich gleichzeitig, die Bundesregierung zur Einstellung der Waffenlieferungen zu zwingen.

Die Bundesregierung wird auch weiterhin im Rahmen des NATO-Paktes oder über Drittländer wie Israel, Brasilien oder Südafrika Waffen an Portugal liefern, die gegen den gerechten Kampf der Völker in den Kolonien eingesetzt werden. Die militärische und politische Unterstützung der Kolonialisten durch die Bundesregierung in der ehemaligen Kolonie Guinea-Bissau und auf den Capverdischen Inseln hat für die Imperialisten weniger wirtschaftliche Gründe, wie dies in den Kolonien Angola und Mozambique der Fall ist. Die Kapverdischen Inseln haben in den Augen der Imperialisten einen besonderen strategischen Wert, weil befreite Inseln die "Sicherheit" der NATO-Basen auf den benachbarten Azoren gefährden würden; des weiteren sind diese Inseln für den Imperialismus notwendig, um den Transport der Rohstoffe über die Kaproute zu sichern. Die Unabhängigkeit Guinea-Bissaus wird einen entscheidenden Einfluß auf den Befreiungskampf in den anderen Kolonien haben, insofern es eine entscheidende Schwächung der imperialistischen Position bedeutet. Aus diesen taktischen und strategischen Gründen unterstützen die BRD-Imperialisten gegenwärtig noch die portugiesischen Kolonialisten, wobei sich die innerimperialistischen Widersprüche zweifelsohne verschärfen werden.

KEINE CHANCE FÜR DEN NEOKOLONIALISMUS

Je weiter daher der siegreiche Befreiungskampf in den Kolonien fortschreitet, um so näher rückt der Tag, an dem die Kolonialisten restlos aus den Ländern verjagt sind. Die Unabhängigkeitserklärung ist ein bedeutender Schritt der Isolierung der portugiesischen Kolonialisten auf diplomatischer Ebene. Sie ist ein großer Ansporn für die endgültige Befreiung der noch besetzt gehaltenen Gebiete vor allem der Hauptstadt Bissau und zweifellos auch für die weitere Entfaltung der Kämpfe in den Kolonien Angola und Mozambique. Die Imperialisten und ihre jeweiligen Regierungen sind aber interessiert an der Aufrechterhaltung ihrer wirtschaftlichen und politischen Einflußmöglichkeiten. Umso schwieriger wird es daher, die Kolonialisten zu unterstützen, und sich gleichzeitig ein "neokolonialistisches Türchen" offenzuhalten. Sie werden versuchen, die Befreiungsbewegungen für ihre Interessen zu gewinnen, z. B. in Form wirtschaftlicher Hilfe, welche an vielerlei Bedingungen geknüpft ist, um somit neue Abhängigkeiten zu schaffen. Wenn schon nicht die Niederlage der portugiesischen Kolonialisten verhindert werden kann, so wollen sie wenigstens, daß die koloniale Unterdrückung in eine neokoloniale Abhängigkeit übergeht. Das geschieht dadurch, daß die formell unabhängigen Regierungen durch Kredite, wirtschaftliche und militärische Erpressungen abhängig gehalten werden, und die Wirtschaft von den Niederlassungen der imperialistischen Monopole, die das Land weiter ausplündern, abhängig bleibt. Der Kampf des Volkes von Guinea-Bissau, der nicht nur gegen den Kolonialismus, sondern auch gegen den Imperialismus sich richtet, schafft günstige Voraussetzungen, um die neokolonialistischen Erpressungsversuche abzuwehren. So wird die im Kampf errungene Unabhängigkeit des Volkes von Guinea-Bissau ein bedeutender Schritt in die letztendliche Befreiung des afrikanischen Kontinents von Kolonialismus, Neokolonialismus und Imperialismus sein. Diese Erfolge können aber nur dann gefestigt und erweitert werden, wenn das Volk entschlossen den aktiven bewaffneten Kampf gegen den Imperialismus fortführt.

Unsere Forderungen lauten daher:

- Bedingungslose unverzügliche Anerkennung der Republik Guinea-Bissau durch die Bundesregierung!
- Einstellung aller militärischen, wirtschaftlichen und politischen Unterstützung für das Faschistenregime in Lissabon durch die Bundesregierung!

FÜR DEN GERECHTEN KAMPF DES VOLKES VON GUINEA–BISSAU UND DEN KAPVERDISCHEN INSELN FÜR UNABHÄNGIGKEIT UND FREIHEIT!

B.K.

SPD - Regierung: keine Anerkennung

Bonn, 1.Oktober. Auch China, Nordvietnam und Rumänien haben am Wochenende nach rund 20 anderen Staaten die vor kurzem von der Befreiungsbewegung PAIGC ausgerufene unabhängige Republik Guinea-Bissau anerkannt. Für das Auswärtige Amt in Bonn ist die Frage der Anerkennung des neuen Staates gegenwärtig nicht aktuell. Die Frage werde nach den üblichen völkerrechtlichen Kriterien geprüft, erklärte ein Sprecher des Auswärtigen Amtes auf Anfrage, und nannte als Voraussetzungen einer Anerkennung die Existenz 1. eines Staatsvolkes, 2. eines Staatsgebietes, 3. einer Staatsgewalt und 4. die Effektivität der beherrschenden Gewalt. Im Falle Guinea-Bissaus lägen keine zuverlässigen Angaben darüber vor, daß die PAIGC das wesentliche Gebiet Guineas tatsächlich beherrsche, sagte der Sprecher.

(FR vom 2.10.73)

Militärische Unterstützung an Portugal durch die BRD

WAFFENLIEFERUNGEN DER BRD

Wir veröffentlichen hier Meldungen über Waffenlieferungen der BRD an die portugiesischen Kolonialtruppen. (aus: Arbeiterkampf Nr.33/26.9.73)

1961
8 Patrouillenboote (Revista de Marinha,Portugal 9/65)

1965
60 Düsenbomber (Spandauer Volksblatt, 3.4.65, Die Zeit 1.8.67)

1966
40 Düsenbomber Fiat-G-91 (Wehr und Wirtschaft, 10/66) und 111 Düsenjäger Fouga Magister (Correira de Manna, 27.10.66)

1968
12 Fallschirmjäger-Transportflugzeuge (U.Albrecht, Waffen für die dritte Welt, rororo aktuell 1535) und 110 Aufklärungsflugzeuge DO-27 (Cockpit, 3/68)

1969
8 Fouga Magister (Angabe von verschiedenen Luftwaffenangehörigen gegenüber dem Deutschen Komitee für Angola)

Und seit Bestehen der SPD/FDP-Regierung:

1969/70
30 Aufklärungsflugzeuge DO-27

1970/71
3 Noratlas-Transportflugzeuge (beides bestätigt durch Beamte des Auswärtigen Amtes gegenüber dem Deutschen Komitee für Angola am 18.10.71), 3 Korvetten speziell für den Einsatz in tropischen Küstengewässern (The Star, 19.9.70; Diario de Noticias, 22.1.73) und Maschinengewehrrohre, Überdruckpatronen, Mörsergranatzünder (Antwort der Bundesregierung auf Anfrage von MdB Horn, 2.11.71)

1972
Die Bundesregierung bewilligt die Produktion der Granaten "Heat 105, 106", sowie von "Anti-personnel-Minen" und "Anti-Tank-Minen" in der portugiesischen Fabrik Trafaria in westdeutscher Lizenz.

1973
Produktion von 6 Korvetten nach Lizenz von Blohm & Voss in Portugal (Diario de Noticias, 5.4.73, Yearbook oft the Stockholm Institute of Pearce Research and Information, S.330)

OFFIZIERE IN DER BRD AUSGEBILDET

Berichten der britischen Zeitung "Observer" vom 12.8.73 zufolge hat das Pentagon enthüllt, daß in den letzten drei Jahren Offiziere der portugiesischen Luftwaffe ihre Ausbildung in westdeutschen Basen der US-Armee erhalten haben, von denen ein großer Teil als Kampfpiloten ausgebildet wurden. Sie werden in den Kolonialkriegen besonders in Angola und Mozambique eingesetzt gegen den gerechten Freiheitskampf der jeweiligen Völker. 79 Offiziere wurden in der BRD ausgebildet, weitere 25 in den USA selber. In einem der Kurse lernten sie unter anderem auch die Techniken der US-Imperialisten im Nahkampfflug.

Die US-Regierung begann ebenso den Verkauf von Hubschraubern und kleineren Militärflugzeugen zu subventionieren, welche direkt in Mozambique eingesetzt werden. Letztes Jahr gab die Export-Importbank Kredite, um den Verlauf von 12 viersitzigen Hubschraubern und 6 leichten Flugzeugen zu ermöglichen, die bei Rockwell-International hergestellt werden. Diese Flugzeuge mit einem Gesamtwert von 3 300 000 US-Dollar waren die ersten im Rahmen eines neuen Abkommens, Exporte kleinerer Kapitalisten zu subventionieren.

Diesen Sommer gab die Export-Importbank bekannt, daß sie sowohl Kredite liefert, um den Verkauf von 22 Lokomotiven der General Electric nach Mozambique zu unterstützen, als auch für Ausrüstungsgegenstände zum Aufbau einer Reifenfabrik der General Tyre in Lourenco Marques, der Hauptstadt von Mozambique.

Diese Aktivitäten bauen auf die von Nixon 1970 angenommenen Richtlinien über die Beziehungen mit Portugal auf. Dies ist nicht nur eine Unterstützung der portugiesischen Kolonialisten in militärischer und wirtschaftlicher Hinsicht; diese militärischen Lieferungen dienen weiterhin der Absicherung der Investitionen der US-Imperialisten in diesen Kolonien selber.

FLUGZEUGFABRIK VON MBB

Portugal baut für rund 200 Mill.Escudos in der Stadt Beja (Portugal) seine erste Flugzeugfabrik (NZZ vom 28.8.73). Die Unternehmerfirma nimmt für den Bau die finanzielle und technische Unterstützung der Messerschmitt-Werke in der BRD in Anspruch. Die Verluste der portugiesischen Kolonialisten in ihrem Krieg gegen das Volk von Mozambique sind in letzter Zeit erheblich angestiegen, seit die Befreiungsfront FRELIMO mit Flugzeugabwehrraketen ausgerüstet ist.

Messerschmitt (München), die mit Bölkow und Blohm zusammen den MBB-Konzern bildet, ist ihrer Eigentumsform nach in Privatbesitz, arbeitet aber fast ausschließlich (ca. 90 %) mit staatlichen Mitteln, die ihr zur militärischen Grundlagenforschung und Entwicklung von Prototypen zufließen. Die portugiesische Flugzeugfabrik wird somit direkt aus Bundesmitteln unterstützt. Dies ist die Realität des BRD-Imperialismus, die Brandt und Scheel weder vor der UNO noch sonstwo verheimlichen.

Vietnam

In ungeheures Geheul und Wehgeschrei brachen die Kettenhunde der Imperialisten in Saigon und die US-Regierung in der vergangenen Woche aus. Noch wenige Tage zuvor hatten sie die Verteidigungsanstrengungen der Provisorischen Revolutionären Regierung, den Bau von Flugplätzen und Raketenabwehrstellungen gegen die ständigen frechen Überfälle der Saigoner Marionettenarmee als Kriegsvorbereitung diffamiert. Sie kündigten eine neue Großoffensive an.

Jedoch plötzlich haben die Volksstreitkräfte der Provisorischen Revolutionären Regierung zugeschlagen, den mit Spezialeinheiten besetzten Marionettenstützpunkt Le Minh überrannt, weiteren Spezialeinheiten Thieus schwere Schläge versetzt und eine wichtige Brücke südlich von Da Nang gesprengt.

Natürlich soll die Provisorische Revolutionäre Regierung wieder einmal das Waffenstillstandsabkommen gebrochen haben.

"Unruhe stiften, scheitern, abermals Unruhe stiften, wieder scheitern und so weiter bis zu ihrem Untergang – das ist die Logik der Imperialisten und aller Reaktionäre in der Welt dem Anliegen des Volkes gegenüber. Und sie werden niemals gegen diese Logik verstoßen. Das ist ein Gesetz des Marxismus.

Kämpfen, unterliegen, nochmals kämpfen, wieder unterliegen, erneut kämpfen und so weiter bis zum Sieg – das ist die Logik des Volkes." (Mao Tse-tung)

Das vietnamesische Volk wird hartnäckig diesen Weg, auf dem es bereits große Siege errungen hat, fortsetzen.

INDIEN
Hungerrevolten

In der kleinen südindischen Stadt Ranabenu, 500 km südlich von Banglore, eröffnete die Polizei das Feuer auf eine Menge von Hungernden, einer wurde getötet, vier verletzt. Das war der zweite große Zusammenstoß bei Hungerunruhen Ende September, der erste hatte in der Stadt Marg stattgefunden.

In Ranabenu griffen 12 000 Menschen die Eisenbahnstation an und räumten Eisenbahnwaggons mit Nahrungsmitteln aus. Einige Waggons wurden in Brand gesetzt, danach griff das Volk die Polizeistation an und verbrannte die Akten. Die Polizei versuchte, mit Stöcken und Tränengas Widerstand zu leisten. Zu den Schießereien kam es dann, als die Menge zum zentralen Markt der Stadt ging. Der Polizei gelang es, den Markt zu schützen; über die Stadt wurde Ausgangssperre verhängt.

Die lange Reihe von Hungerunruhen in diesem Jahr erklärt sich daraus, daß die schlechte Ernte von Schwarzmarkthändlern zur Spekulation benutzt wird und die staatlichen Verteilungsbehörden diese Spekulation unterstützen.

–nach indischen Zeitungen

Reaktion formiert sich unter Peron

PERONS DEMAGOGIE KANN DIE KLASSENWIDERSPRÜCHE NICHT VERDECKEN

Jubel und Begeisterung herrschten in Argentinien nach dem Wahlsieg Perons am 23.9.1973. Große Teile des Volkes, die nationale Bourgeoisie, große Teile des Militärs, alle sind sich einig in der Unterstützung Perons, der angetreten ist, um alle Klassen und Schichten Argentiniens zu versöhnen und zu vereinigen im großen Werk des "nationalen Wiederaufbaus". Doch in jeder Frage, die über die Unterstützung der Person Perons hinausgeht, verschwindet der Schein der Einheit, brechen die Interessengegensätze innerhalb der peronistischen Bewegung auf. Dabei stehen die peronistischen Gewerkschaftsführer der nationalen Gewerkschaft CGT und der argentinische Unternehmerverband CGE auf der einen Seite und die unter der Parole "Für ein sozialistisches Vaterland" kämpfende peronistische Jugend JP auf der anderen Seite.

über die Unterstützung der Person Perons hinausgeht, ver-

Diese Gegensätze haben schon zu bewaffneten Auseinandersetzungen geführt wie bei der Ankunft Perons aus dem spanischen Exil im Juni. Gerade die Ereignisse der letzten Tage zeigen beispielhaft die Schärfe der Gegensätze: 2 Tage nach dem Wahlsieg Perons wurde der Gewerkschaftsführer Rucci ermordet. Er ist bekannt für seine Kollaboration mit dem nationalen Unternehmerverband und er wurde von den linken Peronisten als "Verräter und Agent des Imperialismus" bezeichnet. 2 Tage später wurde der peronistische Jugendfunktionäre Grinberg, ein scharfer Gegner der Politik Ruccis, erschossen.

KANN PERON AN 1955 ANKNÜPFEN?

Wird es Peron, der nach 18 Jahren Exil alt, krank und nur noch aus Haut und Knochen bestehend, einer Maske gleichend, aus Madrid zurückkehrte zusammen mit seiner puppenhaften Frau Isabel als Vizepräsidentin in Argentinien nicht mehr geben.

Das Lebensniveau der Arbeiter verbesserte sich zu Beginn der Regierung Perons erheblich. Durch soziale Demagogie und antiimperialistische Reden gelang es Peron, die Volksmassen zu begeistern und an sein Regime zu binden, und dabei die Interessen der nationalen Bourgeoisie durchzusetzen. So heißt es ganz offen in der 'Doctrina Peronista' (1951):

"Wir sind in keiner Weise Feinde des Kapitals und man wird in Zukunft sehen, daß wir seine wirklichen Verteidiger gewesen sind. Es ist notwendig, zwischen dem internationalen Kapitalismus der Monopole und dem einheimischen Industriekapital zu unterscheiden. Wir haben das letztere verteidigt und den ersteren pausen- und erbarmungslos bekämpft."

DIE URSACHEN DES PUTSCHES VON 1955

Der starke Aufschwung des nationalen Kapitalismus in der Nachkriegszeit war möglich, weil die Nachfrage auf dem Weltmarkt nach den argentinischen Agrarexportprodukten groß war und die Überschüsse aus dem Agrarexport über das staatliche Außenhandelsmonopol in den Industriesektor geleitet wurden. Die Illusion jedoch, einen nationalen Kapitalismus aufbauen zu können, die Befreiung vom Imperialismus unter der Führung der nationalen Bourgeoisie mit der Arbeiterklasse als Bündnispartner erreichen zu können, war von kurzer Dauer. Sie zerplatzte in dem Moment, als sich die Situation auf dem Weltmarkt veränderte, als die Agrarpreise fielen und so die Möglichkeiten des Ausbaus der nationalen Industrie eingeschränkt wurden. Der Peronismus, der jetzt zwischen der Abwälzung der Krise auf die Arbeiterklasse und Konzessionen an den US-Imperialismus lavieren mußte, verlor die Unterstützung der nationalen Bourgeoisie, die den Ausweg aus der Krise in der Verbündung mit dem Imperialismus sah. Agrar-Oligarchie und Agenten des US-Imperialismus, unterstützt durch die nationale Bourgeoisie, organisierten schließlich 1955 einen Militärputsch gegen die Herrschaft Perons.

Wenn große Teile des Volkes heute noch Peron als den "Vaterlandsbefreier" ansehen, dann, weil er gestürzt wurde, noch ehe damals breitere Teile der Volksmassen seine soziale Demagogie durchschaut hatten und den Gegensatz zwischen antiimperialistischer Doktrin und der tatsächlichen Kollaboration mit dem Imperialismus erkannten. Wenn der Mythos Peron 18 Jahre überdauert hat, dann weil die nachfolgenden Regierungen im Interesse des Imperialismus und der Agrar-Oligarchie stets versuchten, die Ausbeutung zu verschärfen, die unter Peron erlangten sozialen Rechte abzubauen. Unter den folgenden Regimes wurde die politische Unterdrückung immer unerträglicher. Unter diesen Bedingungen wuchs die Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse und der übrigen Teile des Volks.

Die Errichtung der Militärdiktatur von 1966 hatte zur Aufgabe, die ökonomische Krise zu beseitigen und Ruhe und Ordnung im Lande wieder herzustellen. Dieser Versuch schlug jedoch in sein Gegenteil um. Obgleich ein Teil der peronistischen Gewerkschaftsführer mehr oder minder offen mit dem Militärregime unter Ongania kollaborierte und die gewerkschaftliche Bewegung spaltete, wuchs doch die Unzufriedenheit der Volksmassen. 1969 und 1971 fand der Widerstand der Volksmassen seinen Ausdruck in einer Serie von Generalstreiks und Volksaufständen in den Industriezentren von Rosario und Cordoba. Peronistische Stadtguerillaorganisationen und die trotzkistische ERP (Revolutionäre Volksarmee) organisierten in wachsendem Maße Banküberfälle und Entführungen von Kapitalisten. Das Militär sah seine Felle davonschwimmen. Statt der erhofften ausländischen Kapitalinvestitionen in Argentinien wandten sich die Imperialisten immer mehr der "politisch stabilen" Militärdiktatur in Brasilien zu und bauten es zur vorherrschenden Macht auf dem Subkontinent aus. In Argentinien stagnierten die Investitionen. Um der Zuspitzung zu einer revolutionären Situation in Argentinien zuvorzukommen, schien den Herrschenden die Wiedereinsetzung Perons der einzige Ausweg zu sein. Sie hatten sich erinnert an seine Qualitäten der Täuschung und der sozialen Demagogie.

In der Wahlnacht: Das Volk jubelt. Wenn der Mythos Peron 18 Jahre überdauert hat, dann, weil die nachfolgenden Regierungen im Interesse des Imperialismus und der Agraroligarchie stets versuchten, die Ausbeutung zu verschärfen

DIE HEUTIGEN BEDINGUNGEN FÜR PERON

Die Unterschiede zu der Situation von 1946 aber liegen darin, daß einerseits der Imperialismus die wichtigsten Wirtschaftszweige in Argentinien beherrscht, die nationale Bourgeoisie in großen Teilen an die imperialistischen Monopole gebunden ist, andererseits die Arbeiterklasse an Kampfstärke und Erfahrung gewonnen hat und nicht mehr so leicht vor den Karren der nationalen Bourgeoisie gespannt werden kann.

Wenn Peron jetzt also von nationalem Wiederaufbau spricht, dann hat das nichts mehr mit staatlicher Unabhängigkeit oder nationaler Befreiung zu tun. Um auf dem Rücken der Arbeiterklasse die Bedingungen für ihre Profitproduktion zu verbessern, brauchen die Imperialisten und die nationale Bourgeoisie den Peronismus. Unternehmerverband und Gewerkschaftsführung schlossen einen "Sozialpakt" ab, der neben einer Lohnerhöhung von 200 Pesos, die nicht einmal die Preissteigerungen des letzten Jahres ausgleicht, ein Stillhalteabkommen enthält: Der Preisstopp für 20 Artikel des täglichen Grundbedarfs wird mit einem zweijährigen Lohnstopp bezahlt!

Auf die Kritik, die ihre Politik bei den Linksperonisten hervorruft und auf die Entlarvung dieser Politik durch fortschrittliche Organisationen hat die Regierung Perons bereits mit der Verschärfung der politischen Unterdrückung reagiert. Schon im Mai mußte der peronistische Jugendsekretär Galimberti zurücktreten, weil er die Errichtung bewaffneter Volksmilizen gefordert hatte. Bei der Neuorganisierung des Kommandos der pronistischen Partei im August wurden sämtliche Linken aus der Parteiführung ausgeschlossen. Jetzt kündigte Peron die Säuberung der gesamten Partei an. Gleich am Tage nach seinem Wahlsieg hat Peron die trotzkistische ERP verboten. Vergangene Woche wurde bekanntgegeben, daß Peron entschlossen ist, "jede marxistische Bewegung im Lande zu unterdrücken". Die Täuschung der Volksmassen wird Peron nicht mehr lange gelingen. Wenn die Bindung der Massen an seine Person zerbricht, dann ist seine Mission für die Imperialisten erledigt. Zweifellos werden sie ihn dann erledigen. Vorläufig aber begeistert Peron die Massen. Vorläufig funktioniert die Maskerade mit Peron. So hat die US-Regierung Ende Juli 1973 erklärt, sie sehe in Peron "die beste Hoffnung für politische Stabilität und ökonomischen Fortschritt in Argentinien."

Chile: Die Bedingungen des Freiheitskampfes

DIE EREIGNISSE IN CHILE SIND VON GROSSER BEDEUTUNG FÜR DIE KAMPFERFAHRUNG DER ARBEITERKLASSE

1. In Chile herrscht der Bürgerkrieg; die chilenische Arbeiterklasse und das chilenische Volk müssen ihn gewinnen, wenn sie ihre Freiheit erkämpfen wollen. Niemand will den Bürgerkrieg außer der herrschenden Klasse. 2. Aber jedes Volk muß es teuer bezahlen, wenn es in eine Auseinandersetzung mit dem Klassenfeind geführt wird, für die es nicht ausreichend gerüstet ist. Die Ereignisse in Chile sind von großer Bedeutung für die Kampferfahrung der internationalen Arbeiterklasse. Deshalb müssen wir die Bedingungen und die Ursachen für den Rückschlag in der chilenischen Revolution genau analysieren.

3. DIE ARBEITERKLASSE MUSS DEN BÜRGERLICHEN STAATSAPPARAT ZERBRECHEN

Das Programm der Unidad Popular forderte die Errichtung des Sozialismus. In ihrem "Grundprogramm" von 1969 heißt es: "Die einzig wahre Volksalternative und folglich auch die Hauptaufgabe der Volksregierung ist, mit der Herrschaft der Imperialisten, Monopolisten und Gutsbesitzeroligarchie Schluß zu machen und den Aufbau des Sozialismus in Chile zu beginnen." Die Verstaatlichung der großen Unternehmen sowie die Veränderungen im System des Grundbesitzes sollten, so der KP-Chef Luis Corvolan "die materiellen Voraussetzungen für eine Bewegung zum Sozialismus" schaffen. Darüber hinaus sollte auch die staatliche Verwaltung reformiert und so allmählich der kapitalistische Charakter der Gesellschaft abgeschafft und Chile in ein sozialistisches Land verwandelt werden. Während also einerseits die KP den Sozialismus versprach, also die Zerschlagung der Ausbeuterherrschaft und den Sturz der herrschenden Klasse, meinte sie doch dieses Ziel im Rahmen der bestehenden Verfassung ohne Legalitätsbruch erreichen zu können. Darüber äußerte sich der Generalsekretär der revisionistischen KP L. Corvalan folgendermaßen:

"Das Geschwätz der Reaktionäre, die versuchen, innerhalb und außerhalb des Landes die Sache so darzustellen, als ob die Parteien der Volkseinheit den Rahmen der Verfassung sprengen wollen, entbehrt daher jeglicher Grundlage. Weder die Regierung der Volkseinheit noch die in ihr vertretenen Parteien versuchen, über den bestehenden gesetzlichen Rahmen hinauszugehen." In der Moskauer Prawda schrieb Corvolan anläßlich des 50-jährigen Bestehens seiner Partei über die "Umwandlung" unter Allende: "Ihre am meisten charakteristische Besonderheit besteht darin, daß sie in Übereinstimmung mit der Verfassung und auf der Basis jener Prinzipien der Rechtsordnung durchgeführt werden, welche sich im Laufe der ganzen Geschichte Chiles herausgebildet haben. Die Praxis hat gezeigt, daß dies in Chile unter konkreten Bedingungen möglich war und bleibt."

Die genannten "Prinzipien der Rechtsordnung" sind freilich nichts anderes als die Regeln und Gesetze, die sich die chilenische Bourgeoisie für ihre eigene Herrschaft geschaffen hat. Und wenn durch den Putsch zum tausendsten Mal in der Geschichte bewiesen wurde, daß die Bourgeoisie sich nicht an ihre eigenen Spielregeln hält, wenn das Volk die Macht will, dann kostet dieser abermalige Beweis das Volk große Opfer und Leiden.

Die bürgerliche Verfassung sieht für das Volk immer nur vor, in regelmäßigen Abständen zur Wahlurne zu gehen, die eigentliche Macht übt die herrschende Klasse über den staatlichen Unterdrückungs- und Verwaltungsapparat aus.

So auch in Chile. Es ist eine Illusion zu glauben, das Volk könne sich frei entscheiden und seine Freiheit erringen, indem es bei Aufrechterhaltung der kapitalistischen Herrschaft zur Wahlurne schreitet. Das ist die Illusion der kleinbürgerlichen Demokraten, die, so sagt Lenin "sich faktisch auf die Seite der Bourgeoisie und gegen das Proletariat stellen". Sie wollen die Demokratie "konsequent" vorantreiben, sie propagieren die "fortschrittliche Demokratie" wie der Revisionist Marchais in Frankreich. Sie stecken voller kleinbürgerlicher Vorurteile und haben das Wichtigste der Marxschen Lehre vergessen, daß nämlich die Arbeiterklasse die vorhandene Staatsmaschinerie nicht einfach in Besitz nehmen kann, sondern sie "zerschlagen" muß. Denn auch in der fortgeschrittensten bürgerlichen Republik bedeutet "Demokratie" die Herrschaft der Kapitalistenklasse und ihre Freiheit zur Ausbeutung und Knechtung der Arbeiterklasse und des Volkes.

4. DIE THESE VON DER "BESONDEREN DEMOKRATISCHEN TRADITION" CHILES

Gegen den Vorwurf des Reformismus, der von der revolutionären Linken außerhalb aber auch von Teilen der UP erhoben wurde, hatten die Führer der UP im wesentlichen zwei Argumente: erstens sei selbstverständlich die Aktion der Arbeiterklasse und des Volkes entscheidend, und zweitens habe Chile eine besondere demokratische Tradition, die den unbewaffneten verfassungsmäßigen Weg erlaube.

So heißt es im Programm der UP von 1969: "Diese Kräfte (der Arbeiterklasse) und das ganze Volk an ihrer Seite können **mit Hilfe der einheitlichen Kampfaktion der übergroßen Mehrheit der Chilenen** die gegenwärtigen Strukturen zerbrechen und auf dem Weg zu ihrer eigenen Befreiung fortschreiten." Aber einmal bestand dieses "Zerbrechen" in "radikalen" Reformmaßnahmen der "konsequentesten Demokratie", in der, wie es hieß, "Vertiefung der Demokratie", deren Ziel die Schaffung eines "Volksstaates" war. Der Staat sollte umstrukturiert werden und "der Charakter der Kräfte, die die Regierungsgewalt in Chile übernommen haben, sollte eine tiefgreifende Veränderung der Klassenlage der Exekutive bewirken." Und die Aktionen der Massen von denen die UP-Führung sprach, sollten letztlich diesem Ziel der Reformierung des Staatsapparates, der "Vertiefung der Demokratie" dienen. Das freilich ist eine Illusion. Die Staatsmacht ist nichts anderes als ein Werkzeug in den Händen einer Klasse zur Unterdrückung einer anderen. Die Bourgeoisie unterwirft damit die große Mehrheit des Volkes ihrer Diktatur. Will die Arbeiterklasse ihr Klassenziel erreichen, die Befreiung des ganzen Volkes von Ausbeutung und Unterdrückung, muß sie diesen Unterdrückungsapparat zerstören und einen neuen Staatsapparat schaffen. Dieser neue Apparat entspringt nicht irgendeinem Hirngespinst, sondern entsteht im Klassenkampf. Während aber die UP ihr Programm der Reform der Verwaltung, Justiz, Polizei und Militär auch nur im Ansatz nicht verwirklichen konnte und so hier alle wesentlichen Machtpositionen der Bourgeoisie erhalten blieben, bildeten sich im Verlauf des sich verschärfenden Kampfes die eigenen Organe des Volkes, räteähnliche Organisationen, die in gewissem Maße die Verwaltung, Produktion und Verteilung in einigen Bereichen zu übernehmen begannen. Gerade hier aber hatte die Arbeiterklasse keine Führung, gab es keine 'Volkseinheit'. In den Organisationen der Linken herrschten über ihre Bedeutung die verschiedensten und auch unklaren Vorstellungen. Das Verhältnis zu den Gewerkschaften und zur Regierung wurde heftig und kontrovers diskutiert. Die KP Chile übrigens beteiligte sich zunächst nicht am Aufbau dieser 'Basisorganisationen', lehnte sie vielmehr zunächst als "gefährliche Doppelherrschaft" ab, und wurde erst später durch die Entwicklung der Aktionen der Massen zur Teilnahme gezwungen. Die Regierung setzte bis zum Schluß auf eine Spaltung der Christdemokratischen Partei (PDC) und auf den Versuch, die verschiedenen Teile der Bourgeoisie gegeneinander auszuspielen.

Die letzte Konsequenz dieser bürgerlichen Demokratie, in der der Klassenkampf herrscht, ist der Bürgerkrieg, und diesem Bürgerkrieg ist der hilflos ausgeliefert, der glaubt, auf die bestehenden Institutionen sich stützen zu können. Auch der letzte Versuch der Allende-Regierung seit Juli dieses Jahres mit der (heimlichen) Bewaffnung des Volkes zu beginnen, konnte unter diesen Umständen nur verspätet und dilettantisch werden. Die eigenen Organe des Volkes waren noch zu schwach und ohne einheitliche politische Führung, die von den Interessen der Arbeiterklasse ausging.

Mit brutalem Terror unterdrückt die Militärjunta das chilenische Volk.

Die Massen selbst, denen man immer nur von einigen extrem rechten Verschwörern erzählt hatte, waren auf den Generalangriff der Bourgeoisie nicht ausreichend vorbereitet. Der Putsch konnte vorläufig siegen. Er bewies nebenbei, daß die andere These der Unidad Popular, die These der besonderen demokratischen Tradition Chiles, nichts anderes als ein Märchen war, nicht über Chile, denn Chile hat im Vergleich zu anderen Ländern Lateinamerikas tatsächlich die "stabilste" parlamentarische Regierung gehabt, wohl aber über die "demokratischen Traditionen", die noch keine Bourgeoisie der Welt daran gehindert haben, mit blutigem Terror ihre Herrschaft zu verteidigen. Gerade die chilenische Armee sollte ja aus besonderer Tradition als Hüter der Ordnung der besondere Schutz der verfassungsmäßigen Regierung sein. Luis Corvalan sagt dazu: "Die Armee mischt sich gemäß der Verfassung nicht in politische Streitfragen ein". Und: "Trotz aller Unterschiede sind die Militärs durch eine Reihe moralischer Werte geeint: Achtung vor der Verfassung und dem Gesetz, Gehorsam gegenüber der vom Volk gewählten Regierung." Man möchte wünschen, daß die jetzt erlebten Lehren dem chilenischen Volk und auch Luis Corvalan erspart geblieben wäre.

DIE KONTERREVOLUTIONÄRE ROLLE DER KLEINBÜRGERLICHEN SCHICHTEN

Eine entscheidende Schwäche der Unidad Popular zeigte sich daran, daß es ihr nicht gelang, das Bündnis der Arbeiterklasse mit den in Chile breiten Schichten der Kleineigentümer und nichtproletarischen Werktätigen herzustellen. Das lag sicher nicht daran, daß sie nicht versucht hätte, genug Zugeständnisse zu machen. Vor allem der KP ging es hauptsächlich darum, die, wie sie es nannte, "soziale Basis der Unidad Popular" zu verbreitern. Während sie die "ultralinken Abenteurer" heftig angriff, suchte sie das Bündnis nach rechts zu den Christdemokraten zu erweitern. Dem "antimonopolistischen" Charakter des Programms der Unidad Popular entsprach, daß "die Interessen der kleinen Aktienbesitzer voll respektiert werden" (Programm der Unidad Popular). Im Januar 1972 betonte der stellvertretende Vorsitzende der KP, Volodia Teitelboim: "Nur wenige Unternehmen monopolistischen Charakters, die die Interessen des Landes schädigen, werden noch in gesellschaftliches Eigentum überführt. Der überwältigenden Mehrheit der Unternehmer, Industriellen, mittleren und kleinen Händler werden ihre Tätigkeit und ihre Rechte voll und ganz garantiert."

Warum aber gelang es dann der Unidad Popular gerade nicht, wenigstens einige Teile dieser Schichten zu gewinnen, warum waren es dann gerade die sogenannten Streiks der Kleinunternehmer und Einzelhändler, die es in Chile zahlreich gibt, die die Regierung der Unidad Popular in eine Krise stürzten?

Sicher ist: Die Arbeiterklasse kann nicht siegen, ohne die Mehrheit der Bevölkerung für sich zu erobern. "Allein" sagt Lenin, der gerade dies immer wieder betont hat, "diese Eroberung unter der Herrschaft der Bourgeoisie auf die Erziehung einer Stimmenmehrheit bei Wahlen beschränken **oder sie davon abhängig machen wollen**, zeugt von abgrundtiefer Beschränktheit oder läuft auf einen glatten Betrug an den Arbeitern hinaus. Um die Mehrheit der Bevölkerung für sich zu gewinnen, muß das Proletariat erstens die Bourgeoisie stürzen und die Staatsmacht erobern; es muß zweitens die Sowjetmacht einführen, nachdem es den alten Staatsapparat in Trümmer geschlagen hat, wodurch es sofort die Herrschaft, die Autorität, den Einfluß der Bourgeoisie und der kleinbürgerlichen Paktierer unter den nichtproletarischen werktätigen Massen untergräbt. Es muß drittens den Einfluß der Bourgeoisie und der kleinbürgerlichen Paktierer innerhalb der **Mehrheit** der nichtproletarischen werktätigen Massen durch **revolutionäre** Befriedigung **ihrer** ökonomischen Bedürfnisse **auf Kosten der Ausbeuter endgültig vernichten." (Lenin Werke Bd. 30, S.255)**

Dieses Programm konnte die Regierung Allende nicht verwirklichen. Sie hatte nicht die Macht dazu und konnte sie nicht haben. Allende kam an die Regierung, weil sich Chile in einer tiefen Krise befand, die bürgerlichen Regierungen abgewirtschaftet hatten und das Volk eine grundlegende Änderung wünschte, und nicht zuletzt deshalb, weil die verschiedenen Organisationen der Linken sich zusammengefunden hatten. Die Regierung der Unidad Popular versprach eine sofortige Verbesserung der Lage der Werktätigen und den Aufbau des Sozialismus. Allende versprach eine Revolution "so chilenisch wie unser Wein und so wohlschmeckend wie unsere Empanadas" (typisch chilenische Pasteten). Die Arbeiterklasse und das Volk unterstützten diese Regierung begeistert. Die Regierung vermochte, gestützt auf die Mobilisierung der Massen, die Bourgeoisie zunächst zurückzudrängen und erste Erfolge zu erringen. Die Lage der arbeitenden Massen verbesserte sich wirklich, ausländische Kapitalgesellschaften wurden enteignet, einige Konzerne und Banken verstaatlicht, mit der Agrarreform wurde begonnen. Aber mit dem Augenblick, als die Macht der chilenischen Bourgeoisie angetastet wurde, war die eigentliche Machtfrage gestellt. Der Kampf der chilenischen Arbeiterklasse und des chilenischen Volkes war heroisch und beispielhaft.

Er konnte nicht unmittelbar gewonnen werden. Aber er ist nicht zu Ende und wird den Völkern der Welt ein Vorbild sein. Die Einheit des Volkes unter Führung der Arbeiterklasse zu schaffen, ist jetzt unter anderen, zum Teil schwereren Bedingungen die Aufgabe der chilenischen Revolutionäre.

DIE ÜBLE POLITIK DER REVISIONISTEN

Die Revisionisten von der DKP (wie die "demokratischen Sozialisten" aus der SPD) versuchen jetzt, nachdem die von ihnen verbreitete Illusion über einen "friedlichen Weg" in Chile so gründlich zerstört wurde, in einer Flucht nach vorn über diese Lehren aus den chilenischen Ereignissen hinwegzugehen. Zunächst hatten sie die Ereignisse in Chile völlig verwirrt. "Militärputsch gescheitert" schrieb der MSB Spartakus über ein Flugblatt, weil nicht sein konnte, was nicht sein durfte. Jetzt aber hat die DKP zur Sprache des verzweifelten, aber hilflosen Protests gefunden. Das ist kein Zufall.

Die DKP ruft dazu auf: Schluß mit dem Terror in Chile! Stoppt das Blutvergießen! Fallt den Mördern in die Arme! – Wer anders aber soll den Mördern in die Arme fallen als das bewaffnete chilenische Volk? Als der KBW zur Unterstützung des bewaffneten Widerstandes des chilenischen Volkes aufrief, schrieb die Studentenorganisation der DKP, der MSB Spartakus: "Es hilft dem chilenischen Volk nicht, wenn wir beschwörend den Ruf nach sofortiger Einführung der bewaffneten Volksmacht erheben." Diese Leute sind pure Heuchler. Ihre ganze Auffassung geht dahin, daß man die Reaktion nicht provozieren dürfe. Das aber ist nur ein Argument gegen den konsequenten Klassenkampf gegen die Ausbeuterklasse im Interesse der Arbeiterklasse. Das führt zu nichts anderem, als daß die Reaktionäre die Initiative behalten und sich den Zeitpunkt und den Ansatz ihres Eingreifens selbst aussuchen können, um dann auf einen geschwächten und entwaffneten Gegner zu treffen.

Wer sich wirklich auf den Kampf gegen die imperialistische Reaktion vorbereitet und ihn führt, wird als Komplize eben dieser Reaktion und als ihr Helfershelfer diffamiert. So schreibt die UZ, Zeitung der DKP, vom 23.2.73 über die revolutionäre Linke in Chile: "Die chilenische Revolution wird nicht nur von den Rechten bekämpft – treu zur Seite wie so oft im Kampf der Klassen stehen ihr jene, die sich links von den Kommunisten wähnen. 'Gewehr, Gewehr, Gewehr' geifernd, wollen sie in Chile den Bürgerkrieg, diese für die Massen mit den größten Opfern verbundene Scheinlösung – so wie die Rechten. Durch ihre kindlichen Waffenspielereien, die mit proletarisch bewaffnetem Kampf nichts gemein haben, liefern sie pausenlos Munition für die Rechten und deren gegen die Volkseinheit gerichtete Ziele." Es wird nicht lange dauern, dann wird die DKP diese Linke in Chile für die jetzige Niederlage verantwortlich machen, weil sie die Reaktion herausgefordert hätte. Kein Zynismus dürfte ihr zu groß sein, um ihren Pakt mit der Bourgeoisie durchzuhalten. Wer nämlich ist der wirkliche Bündnispartner der Chilenischen Revolu-

Schluß nächste Seite oben

CHILE: DIE BEDINGUNGEN . . .

tion? Im gleichen Artikel der UZ heißt es, nachdem die Hereinnahme unter anderem dreier Militärs in die Regierung als "Erweiterung der politischen Basis der Regierung" bezeichnet wird: "Zu denen, die den revolutionären Prozeß schützen, gehört bisher, und zwar mit wachsendem Engagement, das Militär. Ein Militär, das auf Grund seiner Geschichte, seiner sozialen Zusammensetzung und seiner Wertvorstellungen nicht in das gängige Klischee der "Gorillas" hineinpaßt, das in den meisten Ländern Lateinamerikas nicht Klischee, sondern Wirklichkeit ist." Jetzt stockt einem wirklich der Atem. In ein und demselben Atemzug werden die revolutionären Linken diffamiert und die reaktionäre Armee zum Schutzherrn der Revolution ernannt.

Das genau ist die Politik, die Teile der revolutionären Linken in Chile dazu gebracht hat, unter der Parole zu demonstrieren: "Reformismus führt in den Faschismus". Natürlich gibt es da keine Automatik. Aber wer so gegen die Linken hetzt und gleichzeitig die Machtmittel der Bourgeoisie beschönigt, erledigt, ob er will oder nicht, die Geschäfte dieser Bourgeoisie.

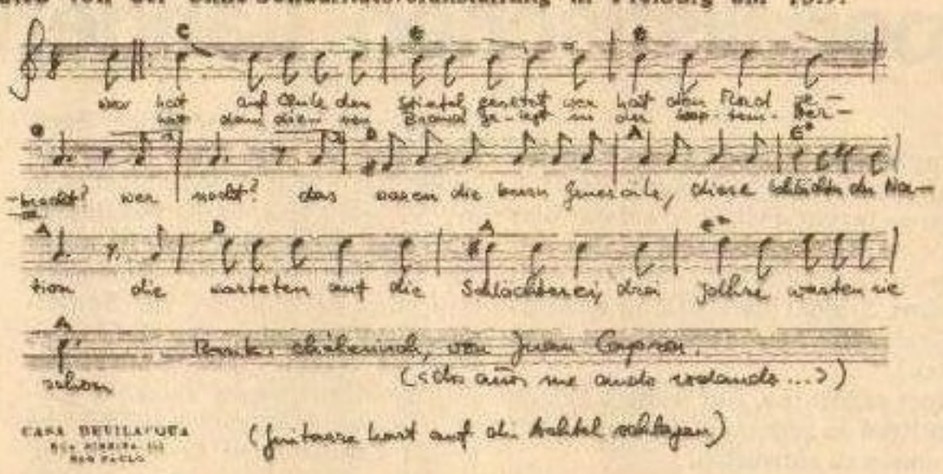
W.D.

UdSSR - "Hilfe" für Chile

Als nach dem Wahlsieg Allendes die USA einen Boykott gegen das chilenische Kupfer auf dem Weltmarkt organisierten, und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Chile zunahmen, trat die UdSSR hilfreich auf den Plan. Sie gewährte Chile einen Kredit von einer viertel Milliarde Dollar, für den Chile nicht nur die laufenden Zinsen aufbringen mußte, sondern sich zusätzlich verpflichten mußte, Kupfer in die UdSSR zu einem Preis zu liefern, den die Regierung der SU wegen des Boykotts diktieren konnte.
Er lag fast um die Hälfte unter dem damals sowieso äußerst niedrigen Weltmarktpreis. Den Kredit aber lieferte die Sowjetunion in Form von Warenlieferungen, die nur spärlich eintrafen und von schlechter Qualität waren. So profitierte die SU an dem US-Boykott gegen Chile. Eine ähnlich profitable Wirtschaftshilfe gewährte die SU durch den Verkauf von Butter an Chile zu Weltmarktpreisen, den die SU zuvor weit unter Weltmarktpreis aus der Auflösung des europäischen Butterberges erstanden hatte. Wirtsehaftshilfe ist für die imperialistische Sowjetunion ein profitables Geschäft genau wie für die westlichen imperialistischen Länder.

Chile, 11. September

Lied von der Chile-Solidaritätsveranstaltung in Freiburg am 13.9.



1
Wer hat auf Chile den Stiefel gesetzt, wer hat den Mord gebracht?
Wer hat denn diesen Brand gelegt in der Septembernacht?
Das waren die Herrn Generäle, diese Schlächter der Nation,
Die warteten auf die Schlächterei, drei Jahre warten sie schon.

2
Wer hat wohl denen die Stiefel geleckt, wer hat die Fahnen geweiht?
Wer hat für die Arbeitermörder gebetet im Namen der Christenheit?
Das waren Faschisten und Christdemokraten, FREI, der Demokrat,
Der deutsches Geld in der Tasche und der Blut an den Händen hat.

3
Wer hat wohl denen die Stiefel gewichst mit seinem faulen Steiß?
Wer hat gesagt: "Schlag zu, General, schlag zu um jeden Preis"?
Das war die Bourgeoisie, die reichen Blutsauger der Nation,
Die haben drei Jahre nicht schlecht überlebt, drei Jahre warten die schon.

4
Wer hat wohl denen die Stiefel gekauft, die Bomber, die Panzer, die Macht?
Wer hat mit Hunger und Terror bereitet die Septembernacht?
Das waren die Gangster in Washington, die haben den Hunger gemacht,
Die haben den Finger am Abzug gehabt in der Septembernacht.

5
Drei Jahre dauerte der "Prozeß", drei Jahre in Legalität.
Allende bewies, daß die Revolution ohne Revolution nicht geht,
Dann haben die Kapitalisten doch in der Septembernacht
Mit ihrer eigenen Legalität kurzen Prozeß gemacht.

6
So geht das schon viele Leben lang, ein Jahrhundert und mehr.
Die Ketten der Unterdrückung wiegen vier Jahrhunderte schwer.
Und macht das Volk das Maul auf, kriegt es Stiefel ins Gesicht.
Wer hat die geleckt, gewichst, gekauft? Das Volk, das Volk doch nicht!

7
Arbeiter in Santiago, Student in Concepcion,
Mapuche-Indianer und Bauer: Seht die kämpfen schon!
Gekämpft wird nicht in Chile bloß, auch andere haben entdeckt,
Daß man den Fuß abhauen muß, der in dem Stiefel steckt.

8
Und keine Schonung den Stiefelleckern der Militärdiktatur!
Und keinen Glauben der Bourgeoisie und ihrem Friedensschwur!
Und mitten ins Herz dem Imperialismus, wo immer er haust,
Und mitten in sein Dollar-Herz die bewaffnete Arbeiterfaust!

(Kollektiv Rote Note Freiburg, am 13.September 1973)

INTERVIEW: Die Lage in Chile

MIT GENOSSEN, DIE BIS KURZ NACH DEM PUTSCH IN CHILE LEBTEN

Was geschah in den ersten Stunden des Putsches in den Arbeiterwohnvierteln und Fabriken?
Was ich vom ersten Tag berichten kann, ist,daß von seiten des zentralen Gewerkschaftsbundes die Arbeiter sowohl in der Stadt als auch auf dem Lande aufgefordert wurden, die Produktionsbetriebe zu besetzen, und es wurde durchgegeben, daß neue Anweisungen folgen werden. Was zu sehen war, war, daß die Arbeiter diesem Folge leisteten; die Betriebe wurden besetzt, die Verteidigungskomitees in den Betrieben und auf dem Land organisierten sich. Auf dem Land sah dies konkret vielfach so aus, daß die Einfahrtstore geschlossen wurden, es wurden Barrikaden aufgestellt, hinter denen die Bauern auf die Ankunft des Militärs warteten.
In der Stadt war die Situation aufgrund der starken Konzentration des Militärs etwas anders. Dort wurden in den Betrieben die Verteidigungskomitees organisiert und es wurde Widerstand geleistet.

Welche Strategie schlug das Militär ein, um diesen Widerstand zu brechen?
Die Strategie war folgende: als erstes wurde die Moneda (Präsidentenpalast) besetzt, ebenso Tomas Muro (Allendes Wohnhaus), und die Nachrichtenmittel der UP zerstört, die Parteizentralen bombardiert, um Allende zur Übergabe zu zwingen. Gleichzeitig wurden die zentralen Betriebe der cordones industriales bombardiert und von Militärs besetzt, um die gesamte Organisation, die in diesen Industriegürteln vorbereitet war, an der entscheidenden Stelle zu treffen. Diese Betriebe, die durch ihre Militanz bekannt waren, wurden durch die Militärs besetzt, von denen dann Kommissionen eingesetzt wurden. Andere Betriebe, die von ihrer Organisation her nicht so wichtig waren, wurden vorläufig nicht angegriffen. Die Hauptpost wurde unter Bordwaffenbeschuß genommen. Der Flugplatz wurde eingenommen, man versuchte, das ganze Kommunikations- und Transportsystem in die Hand zu bekommen. Da die Militärs mit einem Bürgerkrieg von etwa fünf Tagen rechneten, gingen sie mit der höchstmöglichen Brutalität vor.

Wie ist die Lage heute in den Betrieben?
In den Betrieben sind generell viele Arbeiter entlassen worden, insbesondere Gewerkschaftsfunktionäre und aktive Parteimitglieder.
Es wurde aber sehr unterschiedlich verfahren: Vielfach taten die vom Militär eingesetzten Interventoren so, als wollten sie nur das Beste. Nach einer Woche kam dann die große Säuberungswelle.
Einzelne Betriebe haben sich längere Zeit verteidigt, mußten aber durch die totale Überlegenheit der Militärs aufgegeben werden. In einigen Betrieben wurden Maßnahmen zur Zerstörung der Maschinen und Einrichtungen ergriffen. Um 12 Uhr erging von der Junta der Befehl, daß sämtliche Arbeiter die Industriebetriebe zu verlassen hätten, bis um 15 Uhr mußten die Arbeiter wieder in ihren Häusern sein. Dies ist von der Mehrheit der Arbeiter befolgt worden, die sich wahrscheinlich bewußt waren, daß es vom militärischen Gesichtspunkt her strategisch keine Möglichkeit gab, gegen die Übermacht der Militärs, die vereint vorgingen, zu dieser Zeit die Betriebe zu verteidigen. Eine geringe Anzahl von paramilitärischen Brigaden sind zurückgeblieben und die Verteidigungskomitees, die dann die Betriebe verteidigten. Sie wurden dann in der Regel niedergemacht, zumeist erschossen, selbst wenn sie weiße Fahnen heraushängen ließen.

Welche Strategie hatte die Linke für diesen Fall ausgearbeitet?
Erstens: Für die Masse der Wähler der UP war die Situation unklar. Sie hatten doch relativ großes Vertrauen zu Allende und seinen Möglichkeiten, die Streitkräfte überhaupt und die Offiziere insbesondere legal an seiner Seite zu halten. Die Bevölkerung wußte dauernd seit Juni von Putschgefahren, vertraute aber darauf, daß die Mehrheit der Streitkräfte loyal blieb. Selbst als Prats zurücktrat und einige Generäle, von denen man wußte, daß sie auf der Seite des Volkes stehen, rechnete die Bevölkerung nicht ernsthaft mit einem sofort erfolgenden Putsch des gesamten Militärs. Insofern waren natürlich auch die Vorbereitungen, etwa Organisierung eines bewaffneten Volksheeres, nicht erfolgt. Im wesentlichen hat sich die Bevölkerung auf Verteidigung eingerichtet, und auf die Unterstützung der Teile der Streitkräfte, die sozusagen die putschenden Offiziere bekämpfen sollten. Als es zu dieser Situation nicht kam, als die Kommunikationsmittel der UP sehr frühzeitig zerstört wurden, war die Basis der Bevölkerung, gemeinsam vorzugehen, weitgehend zerstört. Es gab aus diesem Grund nur partiell Widerstand, von einzelnen Parteien und Gruppen wurde gesagt, es hat keinen Sinn, jetzt bewaffneten Widerstand zu leisten, sondern wir müssen sofort in den Untergrund, wir müssen uns sofort reorganisieren, wir müssen den Widerstand jetzt nicht für die nächsten Tage, sondern für die nächsten Wochen organisieren.

Was weißt du über die Anzahl der Gefängnisse und Konzentrationslager?
Die Folterungen beginnen in den Wohnungen, dann Folterungen in den jeweiligen Kommissariaten, sei es nun der Polizei oder des Militärs, die Einweisungen erfolgen dann in Gefangenenlager, Straflager, KZ's. Im Süden die Insel Dawson, ein Marinestützpunkt, in dem ehemalige Kabinettsmitglieder der UP inhaftiert sind und auch führende Mitglieder der Parteien. Im Norden die Insel Quiriquina, eine Zeitlang auch das Stadion von Concepcion, es waren vorübergehende Festnahmen dort; das Nationalstadion in Santiago, einzelne Teile der Militärgarnisonen in Santiago; man weiß von der Escuela Militar, daß dort Leute gefangengehalten und gefoltert werden. Die Schiffe im Hafen von Valparaiso, die 'Esmeralda' und die 'Lebu'; mit anderen Schiffen wurden die Gefangenen auf die Insel Juan Fernandez weitertransportiert. Dann gibt es noch das ehemalige KZ der Kommunistenverfolgung Bisagua im Norden, in der Presse war eine Zeitlang auch noch von anderen Inseln die Rede.
Was ich für wichtig halte ist, daß es eine Reihe von speziell für Folterungen und Erschießungen eingerichteten Plätzen in Kasernen gibt, die der Öffentlichkeit nicht bekannt sind. In diesem Zusammenhang wird klar, woher die große Zahl der Erschossenen rührt, wovon die bürgerliche Presse immer als Vermutung berichtet.

Können die faschistischen Militärs mit einer Massenbasis rechnen?
Generell kann man sagen, daß es diese Basis in Chile nicht gibt, wie sie es für den Faschismus in Deutschland oder Italien gegeben hat. Die politisch-gesellschaftlichen Kräfte, die Auslöser gewesen sind für diesen Putsch, sind wohl im wesentlichen die Verbände gewesen. Verbände also wesentlich von Industrie und Handel, darüberhinaus die sogenannten "Professionales", die man etwa dem vagen Begriff Mittelklasse zurechnen könnte: Ärzte, Rechtsanwälte, Transportunternehmer, Piloten der Luftfahrtgesellschaften, Offiziere der Handelsmarine, Ingenieure.
Es kam im Verlaufe dieser Streiks zu engen Zusammenschlüssen dieser verschiedenen Gremien. Die Strategie war klar: Streiks in Handel und auf dem Transportsektor mußten die Wirtschaft des Landes stark belasten und auch generell den Boden für Attentate und den Terror vorbereiten.

Inwiefern ist dies eine Massenbasis?
Es gibt keine Massenbasis des Militärs unter der armen Bevölkerung bei den 'Pobladores', in den Elendsvierteln, bei den Landarbeitern, bei den Industriearbeitern. Die Militärs stützen sich auf einen Teil des organisierten Kleinbürgertums und vor allem auf die Industrieverbände und nationalistisch-chauvinistische Gruppierungen, von seiten des Kapitalsektors, der nicht angetastet worden war. Das ist die derzeitige gesellschaftliche Basis.

Ist die Junta in der Lage, die Mittelklassen zusammenzuhalten?
In der ersten Zeit genügte der faschistisch-militärische Terror, um die Junta an der Macht zu halten. Inzwischen muß das Land wieder produzieren, und die Junta muß sich auf bestimmte Sektoren oder Klassen stützen. Wie weit es ihr gelingt, sich auf breitere Teile der kleinbürgerlichen Schichten zu stützen, hängt nicht nur von ihr ab. Es kommt jetzt in Chile darauf an, ob sich so etwas wie eine breite antifaschistische und antiimperialistische Einheitsfront herstellt.

Sind die Voraussetzungen gegeben, daß sich eine solche Front herausbildet?
Ich glaube, die Bedingungen sind durch den Putsch selbst gegeben. Ernsthaft kann man zur Zeit nicht daran denken, daß das Volk in Chile einen militärischen Sieg erringt. Dazu sind weder die Organisation noch die Vorbereitung, noch die Mittel vorhanden. Insofern wird es darum gehen, eine breite Einheitsfront zu schaffen, die sehr viel eher vereinzelte militärische Widerstandsformen verbinden kann mit politischem Widerstand.

Was sind deiner Meinung nach die vordringlichen Aufgaben unserer Solidarität?
Ich meine, daß zuerst einmal die dringendsten Aufgaben bewältigt werden müssen, für die möglicherweise nicht viel Zeit besteht. Es geht darum, politische Gefangene, Ausländer, die in Chile politisches Asyl hatten, aus der unmittelbaren Lebensgefahr zu befreien. Dies muß meiner Meinung nach verbunden werden mit einer möglichst umfassenden Solidarität. Ich hielte es für einen Fehler, wenn man jetzt versuchen würde, getrennt diese Unterstützung durchzuführen aufgrund politisch unterschiedlicher Einschätzung der Unidad Popular. Dies wäre gegenüber der Lebensgefahr der Genossen in Chile unverantwortlich.

Auszüge aus einem Interview, das uns ein Genosse gegeben hat, der im Cordon industrial Mapocho Cordillera in Santiago mitgearbeitet hat.

Die Parteien MAPU, MIR und PS, weite Teile der Arbeitermitglieder der KP und Teile der Arbeiter der Democracia Cristiana sind sich – auch wenn sie noch nicht völlig zur Einigkeit gelangt sind – im Grundsatz darüber einig, keine Neuauflage der Unidad Popular wieder anzustreben, sondern eine revolutionäre Befreiungsfront zu bilden, um aus dieser eine revolutionäre Volksregierung zu schaffen. Ich glaube, daß innerhalb dieser notwendigen Zusammenarbeit viel weniger Zersplitterung vorhanden sein wird, als in der Unidad Popular, so wie sie bis zum Putsch bestand.

Aber sicherlich wird eine vom Marxismus-Leninismus getragene und verstandene revolutionäre Volksregierung, ähnlich wie sie sich in Nordvietnam herausgebildet hat, durch langjährige Praxis entstehen. Das ist das Ziel.

Auf alle Fälle soll es aber nicht mehr in Richtung auf eine bürgerliche Demokratie zurücklaufen?
Das kann man auf keinen Fall annehmen, auch wenn daran gedacht wird, daß die Militärs so etwas möglicherweise einmal auf dem Verordnungswege durchsetzen wollen, ... Man muß bedenken, daß die Linke über 40 % der Stimmen hatte und diese Linke wird sich niemals mehr auf eine Selbstliquidierung einigen können, wie sie zum Teil noch in der Unidad Popular angelegt war.

Die Politik der VR China gegenüber den Supermächten und den imperialistischen Ländern Europas

Aus einem Brief an die Redaktion:
"Warum ermuntert die VR China die europäischen Staaten so sehr zum Zusammenschluß und mahnt sie zur Verteidigungsbereitschaft gegen die SU? Das Streben nach Zusammenschluß in Europa beruht doch wohl auf der Gier der hiesigen Imperialisten nach Hegemonie im Weltmaßstab und ist dementsprechend aggressiv und gefährlich. In diesem Zusammenhang darf man auch wohl nur die militärischen Bemühungen sehen. Schießt die VR China nicht da weit über das Ziel der Verschärfung der Gegensätze hinaus und fällt sie nicht gar den europäischen Völkern in den Rücken? "
Auf die Fragen dieses Lesers wollen wir hier antworten. Auf weitere Fragen der chinesischen Außenpolitik, die in dem Brief an anderer Stelle angeschnitten werden, versuchen wir in späteren Nummern zu antworten.

Die Außenpolitik eines Landes ist durch die inneren Verhältnisse und den Charakter seiner herrschenden Klasse bestimmt. Die innere Politik bestimmt die äußere Politik und nicht umgekehrt. Ein Land, in dem die Bourgeoisie herrscht und dessen innere Politik auf der Ausbeutung der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes beruht, wird auch in seiner Außenpolitik nach Ausbeutung und Unterdrückung streben.
Ein Land, in dem die Arbeiterklasse herrscht und in dem die breiten Volksmassen umfassendste Demokratie geniessen und von Ausbeutung und Unterdrückung frei sind, wird auch in seiner Außenpolitik nicht nach Ausbeutung und Unterdrückung streben, sondern nach Abschaffung von Ausbeutung und Unterdrückung.

DIE PRINZIPIEN DER AUSSENPOLITIK DER VRCH

China ist ein sozialistisches Land, in dem die Arbeiterklasse herrscht, die Volksmassen breite Demokratie geniessen und von Ausbeutung und Unterdrückung frei sind. Seine Außenpolitik ist deshalb nicht auf Ausbeutung und Unterdrückung ausgerichtet, sondern auf die Unterstützung des weltweiten Kampfes gegen Ausbeutung und Unterdrückung. In ihrer Polemik gegen die Sowjetrevisionisten haben die chinesischen Kommunisten 1963 die Generallinie der Außenpolitik sozialistischer Länder folgendermaßen festgelegt:
"Unserer Ansicht nach muß die Generallinie der Außenpolitik sozialistischer Staaten folgende Punkte zum Inhalt haben: In Übereinstimmung mit den Prinzipien des proletarischen Internationalismus, Beziehungen der Freundschaft, gegenseitigen Hilfe und Zusammenarbeit mit den Ländern des sozialistischen Lagers entwickeln; auf der Grundlage der Fünf Prinzipien die friedliche Koexistenz mit Ländern unterschiedlicher Gesellschaftsordnung anstreben und die imperialistische Aggressions- und Kriegspolitik bekämpfen; alle unterdrückten Völker und Nationen in ihrem revolutionären Kampf unterstützen. Diese drei Dinge sind miteinander untrennbar verbunden und kein einziges darf ausgelassen werden." (Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung, dt.Ausgabe, Peking 1965, S.37)

Diese Generallinie der chinesischen Außenpolitik hat sich niemals geändert. Was sich geändert hat ist die internationale Lage. Die wichtigste Änderung besteht darin, daß es den sowjetischen Revisionisten inzwischen gelungen ist, die Sowjetunion aus einem sozialistischen Land in eine sozialimperialistische Macht zu verwandeln. Die Anwendung der Generallinie durch die Volksrepublik China muß dementsprechend heute zu einer anderen Außenpolitik führen als zu einem Zeitpunkt, da sich die Sowjetunion noch nicht in eine sozialimperialistische Macht verwandelt hatte.

DIE AUSSENPOLITIK DER VRCH GEGENÜBER DEN BEIDEN SUPERMÄCHTEN

Da sich die Sowjetunion in eine sozialimperialistische Supermacht verwandelt hat und mit den USA um die Vorherrschaft in der Welt ringt, kann sich die chinesische Außenpolitik auch nicht nur gegen einen Hauptfeind wenden, denn es gibt inzwischen zwei Hauptfeinde aller Unabhängigkeitsbestrebungen der Staaten, aller Freiheitsbestrebungen der Nationen und aller revolutionärer Erhebungen der Völker. *"Ihr Ziel ist die Erringung der Weltherrschaft. Einerseits rivalisieren sie miteinander, andererseits machen sie gemeinsame Sache. Sie machen gemeinsame Sache, um dann in noch stärkerem Maße miteinander zu rivalisieren. Die Rivalität ist absolut und langandauernd, während die Kollaboration relativ und vorübergehend ist."* (Tschou En-lai, Bericht an den X. Parteitag, Peking-Rundschau 35/36, S.23) Gegenüber den beiden Supermächten besteht die Außenpolitik der VRCh darin, mit beiden Beziehungen auf Grundlage der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz herzustellen. Diese fünf Prinzipien sind: gegenseitige Achtung der territorialen Integrität und der Souveränität, gegenseitiger Nichtangriff, gegenseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, Gleichberechtigung und gegenseitiger Nutzen sowie friedliche Koexistenz. Diese Prinzipien sind den beiden Supermächten wie auch jeder anderen imperialistischen Macht völlig fremd und zutiefst zuwider. Die Durchsetzung der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz gegenüber diesen Mächten und der Kampf gegen ihre Aggressions- und Kriegspolitik sind deshalb völlig identisch. Tatsächlich ist es denn auch so, daß beide Supermächte sich bis jetzt erst verbal zu Beziehungen der friedlichen Koexistenz mit der VRCh bereit gefunden haben, in Wirklichkeit aber ständig gegen sie verstossen. So hat Nixon bei seinem Chinabesuch im Abschlußkommunique zwar die Prinzipien der friedlichen Koexistenz anerkannt. Nach wie vor unterstützen die USA das Tschian-Kai-schek-Regime auf Taiwan und unterhalten auf diesem chinesischen Teritorium Truppen. Dennoch haben sich die Beziehungen zwischen den USA und der VRCh "einigermassen gebessert" (Peking Rundschau 35/36,S.19), weil die USA sich immerhin dazu bereitfanden, die Zugehörigkeit Taiwans zu China prinzipiell anzuerkennen und wenigstens nach aussen auf direkte Kriegs- und Aggressionsbestrebungen gegen die VRCh zu verzichten.
Die sozialimperialistische Sowjetunion ist nicht einmal zu solchen Festlegungen bereit. Ihr Trick besteht darin, die vorhandenen Probleme einfach zu leugnen. So gibt es zwischen der VRCh und der Sowjetunion ungelöste Grenzprobleme, die auf die imperialistische Annexionspolitik der alten Zaren zurückgehen. Die SU hat früher diese ungelösten Grenzprobleme immer anerkannt und ihre Bereitschaft zur Regelung dieser Grenzprobleme klar ausgesprochen. Erst seit die modernen Revisionisten in der SU die Macht ergriffen haben, behaupten diese, es gebe keine Grenzprobleme und erklären das ganze fragliche Gebiet zu ihrem unbestreitbaren Territorium. 1969 sind die Sowjetrevisionisten sogar soweit gegangen, sich weiteres chinesisches Territorium unterwerfen zu wollen und offene Provokationen gegen die VRCh durchzuführen. Um auf die VRCh Druck auszuüben, haben die Sowjetrevisionisten riesige Truppenmassen an den Grenzen zusammengezogen. Gleichzeitig nimmt die SU jede Gelegenheit wahr, sich in die inneren Verhältnisse der VRCh einzumischen. Da kann natürlich von Beziehungen friedlicher Koexistenz bisher gar keine Rede sein. Die VRCh hat sich stets bereit erklärt, die offenen Grenzfragen durch Verhandlungen zu regeln und hat gleichzeitig zu verstehen gegeben, daß sie auf unter der Herrschaft der SU stehende Gebiete zu verzichten bereit ist, wenn eine endgültige Regelung zustande kommt.

Sie wird sich aber niemals dem sozialimperialistischen Druck unterwerfen, der sie zwingen will, ohne Verhandlungen und ohne endgültige Regelung, diese wichtige Frage ad acta zu legen. Das hieße, die Machthaber in der SU ermutigen, in die Fußstapfen der alten Zaren zu treten. Es bleibt das Ziel der chinesischen Kommunisten, die Beziehungen zur Sowjetunion auf Grundlage der fünf Prinzipien zu regeln: *"Die prinzipiellen Auseinandersetzungen zwischen China und der Sowjetunion dürfen die beiden Länder nicht daran hindern, ihre Beziehungen auf der Grundlage der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz zu normalisieren. Die chinesisch-sowjetische Grenzfrage muß ohne jegliche Bedrohung durch Verhandlungen friedlich geregelt werden. 'Wir greifen nicht an, wenn wir nicht angegriffen werden; wer uns angreift, hat aber unbedingt mit unserem Gegenangriff zu rechnen' – das ist unser konsequentes Prinzip. Und wir halten immer Wort."* (Tschou En-lai, Peking Rundschau 35/36, S.24)

DIE AUSSENPOLITIK DER VRCH GEGENÜBER DEN WESTEUROPÄISCHEN STAATEN

Wie gegenüber den beiden Supermächten strebt die VRCh auch gegenüber den kleineren imperialistischen Mächten und kapitalistischen Staaten Beziehungen friedlicher Koexistenz an. Die kleineren imperialistischen Mächte und kapitalistischen Staaten, d. h. die Staaten der Europäischen Gemeinschaft und Japan sind gegenwärtig dabei, sich aus dem Fahrwasser der USA zu befreien und eine gewisse Selbständigkeit gegenüber den beiden Supermächten anzustreben und für diese Selbständigkeit mehr oder weniger offen einzutreten.
Die VRCh hat sich auf diese Entwicklung, die das Hegemoniebestreben der beiden Supermächte gefährdet, eingestellt und nimmt in ihrer Außenpolitik zu diesem Selbständigkeitsstreben der kleineren imperialistischen Staaten eine positive Stellung ein, insofern es den Spielraum der beiden Supermächte verringert. Aus dieser Sicht haben Regierungsvertreter der VRCh bei verschiedenen Gelegenheiten auch positiv Stellung genommen zu den Versuchen der EG-Staaten zu einer gemeinsamen Politik gegenüber den Supermächten zu kommen. So hat z. B. Tschou En-lai auf einem Bankett zu Ehren des französischen Staatspräsidenten Pompidou in Peking folgendes gesagt:
"Die Epoche schreitet vorwärts und die Welt verändert sich. Immer zahlreicher werden diejenigen, die ein Bewußtsein ausgebildet haben. Es gibt keinerlei Zweifel, daß das Streben nach Hegemonie und die Politik der Stärke früher oder später durch die Völker der Welt ins historische Museum verbannt werden. Die chinesische Regierung ist schon immer der Ansicht, daß kein Land das Recht hat, ein anderes Land mit Aggression, Subversion, Übergriffen, Intervention und Schikanen zu überziehen. Wir unterstützen alle gerechten Kämpfe der Völker der verschiedenen Länder. Wir sind auch für die europäischen Völker, die sich zusammenschließen um ihre Unabhängigkeit zu verteidigen und ihre Souveränität. Und wir halten folgende Auffassung für richtig: die Sache der europäischen Einheit, wenn sie gut durchgeführt wird, wird zur Verbesserung der Situation in Europa und in der ganzen Welt beitragen." (Les cahiers de la Chine nouvelle, Bulletin quotidien Nr. 1.756, 12.9.73, französische Ausgabe von Meldungen der Hshinhua, ins Deutsche übersetzt durch den Verf.) Über solche und ähnliche Aussagen sind die Revisionisten aller Länder mit großem Geschrei hergefallen und auch Freunde der VRCh sind durch solche Sätze in Verwirrung geraten. Unterstützen die chinesischen Genossen mit solchen Aussagen die Herausbildung eines neuen imperialistischen Staatenbündnisses in Europa und erwarten sie gar von den westeuropäischen Kommunisten, daß sie die Bourgeoisie ihrer Länder bei der Herstellung eines solchen Bündnisses unterstützen? Dies ist die Frage, die sich viele fortschrittliche Menschen stellen. Sie ist falsch gestellt. Einerseits unterstützen die chinesischen Genossen keinen imperialistischen Zusammenschluß der westeuropäischen Länder, sondern sie unterstützen einen Zusammenschluß dieser Ländern nur, insofern er gegen das Hegemoniestreben der beiden Supermächte gerichtet ist und die Unabhängigkeit der europäischen Länder gegenüber den beiden Supermächten stärkt. Damit unterstützen sie natürlich keineswegs die Herausbildung einer dritten Supermacht, denn insofern der Zusammenschluß der westeuropäischen Länder diese Tendenz enthält, bekämpfen sie diese Tendenz durch ihre Politik der friedlichen Koexistenz und ihre Politik der Unterstützung der Länder der Dritten Welt und ihre brüderliche Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern. Erst recht aber kann die bedingte Unterstützung des europäischen Zusammenschlusses durch die Außenpolitik der VRCh für die westeuropäischen Kommunisten nicht eine Unterstützung ihrer imperialistischen Bourgeoisie nach sich ziehen: ihre Aufgabe besteht darin, die Arbeiterklase in den Kampf gegen die jeweils eigene Bourgeoisie zu führen und durch die Entlarvung und Bekämpfung der reaktionären Absichten dieser Bourgeoisie ihren Sturz zu beschleunigen.
In ihrer Außenpolitik gegenüber den westeuropäischen Staaten gehen die chinesischen Kommunisten von der Einschätzung aus, daß Europa gegenwärtig den strategischen Schwerpunkt im Ringen der Supermächte um die Weltherrschaft darstellt. Dabei halten sie es für richtig, alle Strömungen in der westeuropäischen Politik zu ermutigen, die sich diesem Hegemoniebestreben entgegenstellen. Dies ist nichts anderes als eine korrekte Anwendung der Generallinie der Außenpolitik sozialistischer Staaten auf die besondere Situation in Westeuropa: Herstellung von Beziehungen der friedlichen Koexistenz zu diesen Ländern, Unterstützung dieser Länder bei der Verteidigung ihrer Unabhängigkeit gegen die beiden Supermächte und Ausnutzung der Widersprüche, in die diese Länder zu den Supermächten geraten. Für die Arbeiterklasse in diesen Ländern kann es freilich keinerlei friedliche Koexistenz mit der jeweiligen Bourgeoisie geben und dementsprechend auch keinerlei Ausnutzen des Selbständigkeitsstrebens dieser Bourgeoisie. Daraus ergibt sich aber kein Interessengegensatz zwischen der Arbeiterklasse der westeuropäischen Länder und der Außenpolitik der VRCh. Solange die westeuropäische Arbeiterklasse die Herrschaft der Bourgeoisie in den verschiedenen Ländern Westeuropas nicht gestürzt hat, muß die Außenpolitik der VRCh wohl oder übel mit der herrschenden Bourgeoisie rechnen. Sie rechnet mit ihr, indem sie ihre Widersprüche zu den beiden Supermächten ausnützt. Die Arbeiterklasse der einzelnen Länder aber arbeitet auf den Sturz dieser Bourgeoisie hin, indem sie jedem Schritt der herrschenden Bourgeoisie ihre eigene Politik entgegenstellt. Insoweit die Außenpolitik der VRCh zur Differenzierung und damit zur Schwächung des Lagers der Konterrevolution im Weltmaßstab beiträgt, trägt sie mittelbar auch zur Erleichterung des Kampfes der Arbeiterklasse in jedem einzelnen Land bei. Aber dieser Kampf unterliegt grundsätzlich anderen Bedingungen als die Außenpolitik der VRCh. Innerhalb eines Landes kann es keine friedliche Koexistenz zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie geben. In der Außenpolitik zwischen Staaten, in denen die Arbeiterklasse herrscht, ist die Herstellung von Beziehungen der friedlichen Koexistenz gerade ein wichtiges Mittel, um die Aggressions- und Kriegspolitik der imperialistischen Staaten zu bekämpfen und die Weltherrschaftspläne der Supermächte zu vereiteln. –J.S.–

Leserbriefe

"In der KVZ werden viel zu oft die Mostköpfe der Bourgeoisie (Brandt, Kohl, Strauß, Vetter, Loderer usw.) abgebildet. Diese Bilder sagen effektiv nichts aus. Es wäre besser, noch mehr Bilder von den Kämpfen der Arbeiterklasse zu zeigen. Außerdem sollte sich die Redaktion einmal grundsätzlich überlegen, ob es eine politische Ebene der Auseinandersetzung ist, wenn man den Vertretern der Bourgeoisie Sprüche in den Mund legt, die sie gar nicht gesagt haben." (Bruchsaler Sympathisanten des KBW)
Die Redaktion hat es sich überlegt und wird es künftig bleiben lassen. Gut wäre es allerdings, wenn unser noch mageres Bildarchiv durch eifrige Mitarbeit erweitert würde.

"Wie in den Zeitungen der ehemaligen Zirkel wird auch in der KVZ noch zu wenig über die Klassenkämpfe in Westeuropa und Nordamerika berichtet. Oft gibt es Artikel über Indochina, aber nicht über Holland, Schweden, Italien, Frankreich, USA oder über die revisionistischen Länder." (H.A. Bremen)

Kritik am Artikel "Verdunkelungsausschuß" in der KVZ Nr.2: "Die aus der 'Zeit' übernommene Glosse ist Scheiße. Das ist genau die Art der witzelnden Wiedergabe Bonner Insider-Geschichtchen, die bei uns nichts zu suchen hat." (Ortsgruppe Göttingen, Hochschulzelle)

"Der Artikel (über den Kampf der LIP-Arbeiter in KVZ Nr.2) macht gut klar, daß die Übernahme der Fabrik durch die Arbeiter eine bestimmte Kampfmaßnahme ist. Er hätte sich aber noch ausdrücklicher mit dem Problem beschäftigen müssen, warum LIP nichts mit 'Genossenschafts-Konzepten' zu tun hat und warum diese Konzepte falsch sind. So etwas ist immerhin noch in vielen Köpfen verbreitet, wie die Beispiel Voigtländer Braunschweig und Süßmuth-Glashütte zeigen." (Ortsgruppe Göttingen, Hochschulzelle)

"Der 'Aufgespießt'-Kasten (Goldene Worte der KPD/A-Null) ist überflüssig und ärgerlich. Es geht um schärfsten politischen Kampf mit dieser Gruppe, nicht um Lustigmachen." (Ortsgruppe Göttingen, Sympathisantenkreis Werktätige Intelligenz)
Die Kritik ist richtig und wird von uns beachtet werden.

HERAUSGEBER:
Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Für die REDAKTION verantwortlich: Willfried Maier

Erscheint im Verlag Kommunismus und Klassenkampf VKK 68 Mannheim Sandhofer Straße 29 Telefon: 0621 / 37 92 21

DRUCK: CARO–Druck 69 Heidelberg, Lutherstr. 44a

Die Kommunistische Volkszeitung erscheint regelmäßig 14-tägig mittwochs. Auflage: 32 000

Zuschriften an die Redaktion der KVZ 68 Mannheim Sandhofer Straße 29

JAHRESABONNEMENT: 24 Nummern incl. Proto 18,00 DM
FÖRDERABONNEMENT: 24 Nummern 20,00 DM und mehr
Abonnement-Einzelbestellungen auf Konto: Ernst Ehlert Volksbank Mannheim, KtoNr. 57 34 18

Die Zeitung wurde am Sonntag, 7.10.73, fertiggestellt.

Die Entwicklung der Kommunistischen Volkszeitung

Die ersten 3 Ausgaben der Kommunistischen Volkszeitung sind verkauft. Die Zeitung hat eine gute Verbreitung gefunden. Ihre Auflage stieg von 25 000 auf 31 000. Wenn man davon ausgeht, daß im allerungünstigsten Fall 10 % der Auflage zurückkommen – was bis jetzt noch nicht geschehen ist – und durchschnittlich 1 – 2 Leser auf ein Exemplar der KVZ kommen, dann haben wir etwa 35 000 bis 40 000 Menschen mit der Zeitung erreichen können. Aus 43 Städten wissen wir, daß dort ein organisierter und öffentlicher Verkauf stattgefunden hat.

Aber die Zeitung ist nicht nur verkauft, sie ist auch diskutiert worden und die Redaktion hat eine ganze Reihe von Anregungen und Kritiken bekommen. Viele davon beziehen sich auf die äußere Gestalt der Zeitung und machen Vorschläge zu ihrer Verbesserung. Ein Leser schreibt uns: "Das Äußere der Zeitung ist seriös. Auf den ersten Blick gibt auf der ersten Seite nur das Wort "kommunistische" (im Kopf der Zeitung) Aufschluß über ihren Charakter. Die Überschriften sind nicht "kämpferisch" oder reißerisch-sensationell wie z. B. die der verschiedenen ML-"Parteien". Man kann diese Zeitung ungeniert z. B. im Zug oder in der Straßenbahn lesen!" Er hat damit ziemlich genau den äußeren Charakter der Zeitung beschrieben, den die Redaktion erreichen will. Es soll eine kommunistische Zeitung ohne sektiererische Wunderlichkeiten im Erscheinungsbild werden, eine Zeitung, die "normal" ist, bedacht auf Übersichtlichkeit, leicht zugänglich für jedermann, alle Erfahrungen der Zeitungstechnik ausnutzend und ohne durch plakative Verwendung von Symbolen und Parolen sich als eine Art Untergrundorgan für "linke" Subkultur herauszustellen.

WIE LEITET DIE ZEITUNG AN?

Als Zentralorgan des KBW ist die Kommunistische Volkszeitung wichtigstes, weil öffentlich wirkendes Leitungsorgan des Zentralen Komitees, ein Organ, das sich zugleich an die Mitglieder und an jedermann wendet und das anstrebt, Leitungsorgan nicht nur der Organisation, sondern –über die Organisation– der Volkskämpfe zu werden. Für die Zeitungsarbeit hat das ZK eine Redaktion von gegenwärtig 3 Genossen bestimmt, die unter seiner Anleitung arbeiten. Zu wichtigen Fragen nehmen darüber hinaus Mitglieder der Leitung in gezeichneten Artikeln Stellung. Die wesentlichsten Beschlüsse des Zentralen Komitees werden künftig in der Zeitung veröffentlicht werden.

Soweit die formellen Verhältnisse. – Eine Reihe von Genossen kritisieren nun, daß es bisher noch nicht ausreichend gelungen sei, "die Anleitung in Fragen des kommunistischen Standpunktes und des Eingreifens und der Aufgaben der Kommunisten" tatsächlich zu verwirklichen (VZ Klöckner Bremen). Am häufigsten wird diese Kritik gegenüber den Streikberichten vorgetragen, die in der ersten und zweiten Nummer abgedruckt waren. Richtig finden die meisten Genossen, daß diesen Berichten viel Raum gewidmet wurde. Die Hochschulzelle der Ortsgruppe Göttingen schreibt: "Zum Vorwurf, der Zeitung liege in der Gewichtung ihrer Berichte eine ökonomistische Orientierung zugrunde (insbesondere von Genossen aus dem KSB geäußert): Die Konzentrierung auf die Streikbewegung ist richtig. Die Streiks sind gegenwärtig für die kommunistische Bewegung das Wichtigste."

Was jedoch zu Recht kritisiert wird, das ist die Tatsache, daß diese Berichte häufig zu wenig auf die "Erfahrungen und die Lehren eingehen, die die Zellen in diesen Streiks gemacht haben" (VZ Hanomag Bremen). Um diese Schwäche zu überwinden, genügt es allerdings nicht, wenn die Redaktion einem Bericht, der sich auf die Chronologie der Ereignisse beschränkt, von sich aus eine politische Einschätzung anhängt und taktische Lehren zieht. Vielmehr geht es darum, auf der Grundlage des breit zugänglich gemachten Materials eine Auseinandersetzung um die Fragen der Kampfführung, aber auch über die Einschätzung der Bewegung insgesamt in Gang zu setzen, um das taktische Niveau und die politische Bewußtheit der Arbeiterbewegung zu heben. Einen Anfang in dieser Richtung macht die Stellungnahme des Genossen von John Deere zum Ford-Streik, die in der KVZ Nr. 3 abgedruckt war. Wir fordern alle Genossen, die in den Streiks gestanden haben, auf, in dieser Auseinandersetzung das Wort zu ergreifen. Die KVZ soll zu einer Tribüne der Arbeiter werden und dazu ist es erforderlich, daß zuallererst die organisierten Arbeiter damit beginnen, diese Tribüne zu nutzen.

EIN SPIEGEL DER VOLKSKÄMPFE

Aber die KVZ soll nicht nur eine Tribüne werden, auf der die Arbeiter sich über die Fragen ihrer eigenen Bewegung auseinandersetzen. Sie hat zugleich die Aufgabe, über alle Volkskämpfe zu berichten. Ein Leser aus Bremen schreibt uns dazu: "Die KVZ sollte noch mehr Gewicht legen auf die Darstellung und Einschätzung der Kämpfe des Volkes, neben den Streiks. Z.B. war der Artikel in KVZ Nr.1 über Nordhorn sehr gut. Oder es müßten Artikel geschrieben werden über den Fleischboykott der Hausfrauen oder die Besetzung eines Bahnüberganges durch die Bevölkerung in Essen-Altenessen – nur als Beispiele. Jedenfalls sollte die KVZ es sich zur Aufgabe machen, die Informationen über all diese Kämpfe zusammenzutragen, die wachsende politische Aktivität des Volkes zu dokumentieren und einzuschätzen."

Die Redaktion der KVZ teilt diese Auffassung. Aber sie ist von sich aus gar nicht in der Lage, der Aufforderung ausreichend nachzukommen. Wir fordern daher alle Leser der Zeitung auf, dazu beizutragen, daß tatsächlich diese Volkskämpfe in der KVZ ihren Niederschlag finden. Viele Genossen haben es sich schon zur guten Gewohnheit gemacht, uns Material aus der bürgerlichen Lokalpresse ihrer Heimatstadt zuzuschicken, wenn darin über solche Kämpfe berichtet wird oder wenn sich dort eine gute Enthüllung findet, z. B. über einen Wohnbauskandal, über Umweltverseuchung, einen Korruptionsfall usw. Diese Gewohnheit muß unbedingt beibehalten werden. Mehr noch, man muß unbedingt versuchen, sie weiter zu entwickeln bis dahin, selbst einen kleinen Bericht oder auch einen Artikel an die KVZ zu schicken, in den die Kenntnis der besonderen Verhältnisse des Ortes mit eingeht, was bei einem von der Redaktion ausgearbeiteten Bericht nie der Fall sein kann.

SOLL DIE ZEITUNG POLEMISIEREN?

Unsere Zeitung wendet sich an die Massen. Das heißt nicht nur, daß sie deren Kämpfe widerspiegeln und untersuchen muß. Sie wird vielmehr alle Fragen aufzugreifen und zu behandeln versuchen, welche die arbeitenden Menschen bewegen. Sie ist der zentrale Hebel unserer politischen Agitation. In die Agitation aber bezieht sie **alle** Fragen ein; nicht nur Artikel über das Leben der Arbeiter, die Zustände in der Fabrik, diesen oder jenen Vorgang in der Regierung, Vorfälle an den Universitäten und Schulen, in Behörden usw. Sie nimmt in die Agitation auch die Polemik unter den Kommunisten und gegen die verschiedenartigsten "linken" Strömungen auf. "Eine Volkszeitung hat für die Durchsetzung des Richtigen und die Bekämpfung falscher Linien zu sorgen. Ganz besonders wichtig scheint es mir, diese Auseinandersetzungen nicht nur auf die ML-Gruppen zu begrenzen, sondern auch auf Trotzkisten, Spontaneisten (z. B. "Wir wollen alles"), Sozialistisches Büro, DKP, Jusos etc. einzugehen", schreibt uns ein Genosse JÜ. Denn, so fährt er fort: "Diese Richtungen sind zum Teil in der sich "links" verstehenden Bewegung weit verbreitet und entsprechend schädlich. Ich bin jedoch nicht der Meinung, daß diese Gruppen nur aus heimtückischen und hinterhältigen "Trotzkisten", "Revisionisten" und "Sozialdemokraten" bestehen, die man nur noch als Konterrevolutionäre "entlarven" muß, sondern, daß sie zum Großteil aus fortschrittlichen Menschen bestehen, die mangels Klarheit oder Alternative in solche Gruppen hineingerutscht und auf deren linkes Image hereingefallen sind. Es gilt nicht, den Kampf **gegen** diese Leute zu führen (wohl gegen diese Linie!), sondern um sie, indem wir ihnen den wirklichen Charakter dieser Gruppen und die Konsequenzen ihrer Politik klarmachen."

Wir stimmen den Ausführungen des Genossen zu, sind jedoch der Auffassung, daß sich der Charakter der Polemik verschieben wird. Sie wird künftig viel eher an den Fragen des praktischen Kampfes entbrennen, die unmittelbar auch breiteren Teilen der Arbeiterklasse schon zugänglich sind, um von dort auf programmatische Differenzen zurückgeführt zu werden, statt wie bisher, häufig von der Erörterung von Prinzipienfragen auszugehen. Wir werden daher auch nicht – wie viele Genossen vorgeschlagen haben – eine spezielle Rubrik für den ideologischen Kampf einrichten.

BREITESTE MITARBEIT IST ERFORDERLICH

Eine kommunistische Zeitung, die sich an die Massen wendet und die Schranken ihres Einflusses über den Kreis der organisierten Marxisten-Leninisten und ihrer näheren Sympathisanten erweitern will, eine solche Zeitung kann nicht allein am Redaktionsschreibtisch entstehen. Das nicht nur, weil ihr dann die Berichte über die unmittelbaren Lebensumstände der Arbeiter und die Erfahrungen der Volkskämpfe fehlen müßten. Sondern auch, weil sie in Gefahr gerät, entweder sich nur an den inneren Kreis zu wenden und darüber zu einer Sektiererpostille zu werden. Oder bei einer Wendung nach außen in eine bürgerliche Sichtweise zu verfallen. Von beiden Gefahren ist auch die KVZ nicht verschont. Wir fordern darum alle Genossen auf, insbesondere aber die Arbeiter, mit der Redaktion zu korrespondieren. Nicht nur Artikelentwürfe brauchen wir, sondern auch Briefe, in denen berichtet wird, wie die Zeitung aufgenommen, wie sie diskutiert, welche Kritik an ihr geäußert wurde. Briefe, in denen über alle Seiten der Arbeit berichtet wird, Briefe, in denen Stellung genommen wird zu allen in der Zeitung behandelten Fragen. Bisher ist es noch so, daß an die Redaktion vor allem von Studenten und Schülern geschrieben wird, bzw. von Zellen, die unter der Intelligenz arbeiten. Dieser Zustand muß überwunden werden, und es liegt an den Genossen Arbeitern das zu tun.

DER VERKAUF DER ZEITUNG

Die Kommunistische Volkszeitung erscheint jetzt regelmäßig alle vierzehn Tage. Sie überwindet damit einen Zustand, der vielen Zirkelzeitungen eigentümlich war: eine äußerst schleppende Erscheinungsweise mit jeweils beträchtlichen Zwischenräumen zwischen den einzelnen Nummern. Dieser Fehler ist auch von der KVZ noch wiederholt worden mit der zweimonatigen Pause zwischen der Nr.1 und Nr.2. Zu Recht schreiben die Genossen der Betriebsgruppe Schenck aus Darmstadt: "Wir kritisieren, daß Ihr in einer Zeit, wo sich so viel in Westdeutschland ereignet hat, kein Zentralorgan herausgebracht habt". Demgegenüber ist der zweiwöchentliche Erscheinungsrhythmus ein großer Fortschritt. Die Zeitung gewinnt damit die Möglichkeit, viel schneller als bisher auf wesentlich mehr Ereignisse einzugehen. Sie kann damit den Zustand überwinden, wo wesentlich ausführliche Analysen bzw. Grundsatzartikel das Bild der Zeitung bestimmten, der Nachrichten- und Berichtsteil demgegenüber aber naturgemäß unterentwickelt bleiben mußte. Eine weitere Verbreitung der Zeitung ist deshalb direkt abhängig von einer pünktlichen und möglichst häufigen Erscheinungsweise.

Überblickt man anhand der beigefügten Statistik die bisher schon zugänglichen Daten, so fällt auf, daß die Verkaufsergebnisse außerordentlich uneinheitlich sind. Die aktuellen Möglichkeiten des Masseneinflusses der Kommunisten sind noch keineswegs ausgeschöpft. In einer Stadt wie Freiburg z. B., die keine besonders günstige Industriestruktur hat, werden heute mehr Zeitungen vor den Betrieben verkauft (366), als im ganzen Ruhrgebiet zusammengenommen (in unserer Statistik sind 156 Exemplare ausgewiesen). Aber nicht nur dort, wo unsere Organisation schwach ist, die kommunistische Bewegung durch die verschiedenen KPD/MLs um Jahre zurückgeworfen wurde und sich in viele kleine Grüppchen zersplittert hat, zeigen sich Schwächen. Uneinheitlich ist auch die Energie, mit der die einzelnen Ortsgruppen den Verkauf der Zeitung aufgenommen haben. In Hildesheim, einer Stadt, wo wir nicht ein Zehntel der Mitgliederzahl wie in Bremen haben, erreicht die Ortsgruppe fast ein Viertel der Bremer Verkaufszahl (550 gegenüber 2395). Dabei muß man sich vor Augen halten, daß in einer großen, "alteingesessenen" Ortsgruppe wie Bremen fast 1 000 der 2 400 Exemplare nicht unmittelbar durch die Organisation, sondern durch Läden verkauft wurde. Wir veröffentlichen die wichtigsten Daten aus der Verkaufsstatistik, um den Wettbewerb zwischen den einzelnen Ortsgruppen und befreundeten Organisationen anzuregen. So muß unbedingt erreicht werden, daß alle Kräfte der jeweiligen Ortsgruppe am Verkauf teilnehmen, nicht nur spezielle Verkäufer oder Verteiler. Gerade dort, wo der Zeitungsverkauf zum besonderen Geschäft bestimmter Genossen gemacht worden ist, sind die Verkaufsergebnisse am ungünstigsten.

Der Verkauf in der Stadt muß unbedingt von den kommunistischen Arbeitern mitgetragen werden, die sich ja nicht in der Fabrik oder Gewerkschaften einmauern lassen, sondern die Führung der ganzen Gesellschaft übernehmen wollen und die darum jede Gelegenheit der öffentlichen Agitation für die Politik ihrer Klasse wahrnehmen. Unbedingt notwendig ist es – und wird auch meist so gemacht –, daß die Leitungsgenossen am Zeitungsverkauf teilnehmen. Der Vertrieb der Zeitung ist eine der Grundformen unserer Agitations- und Propagandaarbeit unter den Massen und dieses Fundament muß so breit wie möglich angelegt sein. Und die KVZ erleichtert diese Arbeit: "Die Zeitung verkauft sich gut. An einer belebten Stelle kann man in einer Stunde leicht 20 Stück verkaufen", schreibt uns ein Genosse.

Nicht nur aus Wettbewerbsgründen ist eine genaue, öffentlich geführte Statistik über den Zeitungsverkauf wichtig. Unentbehrlich ist sie vor allem, weil wir dringend objektives Material darüber brauchen, wie weit der Einfluß der Kommunisten heute reicht. Wir müssen uns daran gewöhnen, solches Material bei allen Gelegenheiten zusammenzutragen, wenn wir zu einer nüchteren Einschätzung unserer Kräfte kommen wollen. Darum drucken wir auch diese sehr unvollständige – nur einen Bruchteil des Gesamtverkaufs ausweisende – Statistik schon ab.

Die Kommunistische Volkszeitung ist auf dem Weg zu einem von immer mehr Menschen aktiv mitgestalteten und mitgetragenen Agitationshebel von Kommunisten unter den Massen zu werden. Sie wird zur Tribüne der revolutionären Arbeiterbewegung in Westdeutschland heranwachsen und zum Sprachrohr der Arbeiterklasse gegenüber dem Volk.

W.M.

Verkaufsstatistik KVZ

	Verkauf		Betriebsverkauf		Stadtverkauf	
	1	2	1	2	1	2
Berlin			51		18	
Braunschweig	270	190	60	77		41
Bochum		400				
Bremen	2347	2395	311	242	376	781
Bruchsal	100	110				56
Castrop-Rauxel		60		11		
Delmenhorst	96	95	2	2	48	61
Dortmund		390		36		150
Eschwege	200	150	104	40	54	60
Frankfurt	1900	1700	121	86	235	291
Freiburg	1168	1591	326	366	149	435
Gießen						88
Göttingen	582	729	128	159	75	310
Hagen		150				
Hamburg		1420		19		164
Hameln						
Hamm	204		99		28	
Hannover	200	453		35	55	100
Hannoversch-Münden		31		31		
Heidelberg	837		487	423	350	678
Herne		50				16
Hildesheim		550	54	75	100	300
Hockenheim						
Karlsruhe		284		15		75
Köln	750	997	164	124	268	190
Kreiensen		30				
Leverkusen		28				28
Ludwigshafen						
Mannheim	685	908	357	449	188	200
Mönchengladbach		50				44
Neuß		46				46
Northeim		55		10		
Offenbach	266	253	55	79	181	116
Oldenburg		225		38		32
Opladen		50				50
Osnabrück	310		160			
Waiblingen	188	327	32	32	52	174
Wetzlar	52		21		31	
Wiesbaden	200	450	20	50		140
Wiesloch		141		40		29
Wilhelmshaven	111				48	
Witten		50		10		4
Wolfsburg	264	170	99	85	152	71
	10730	14538	2651	2533	2406	4730

Die Statistik ist noch äußerst unvollständig und ungenau. Sie beschränkt sich zudem darauf, neben der Gesamtverkaufszahl am Ort den Betriebs- und Stadtverkauf aufzuführen. Der Verkauf in Schulen und Universitäten, an der Berufsschule, bei Demonstrationen oder Veranstaltungen, unter Mitgliedern und Sympathisanten und in den Läden wird nicht einzeln aufgeführt. Daneben ist die Gesamtverkaufszahl am Ort häufig nach unterschiedlichen Gesichtspunkten zustandegekommen. Für Heidelberg z.B. sind darin die Verkaufszahlen an der Universität, im Buchladen usw. nicht enthalten. Daß es insgesamt nicht gelungen ist, für die Hälfte der zweiten Nummer die Verkaufszahlen auszuweisen, hängt damit zusammen, daß ein großer Teil der Auflage an Gruppen geht, die uns keine Verkaufsstatistik liefern, vor allem aber an Buchläden. Daneben fehlen die Einzelabonnements.

SPENDENLISTE VOM 21.9. BIS ZUM 5.10.73

Spendensammlung Buchladen Mannheim	32,43 DM
E.P. Karlsruhe	100,00 DM
Spende	500,00 DM
C.N. Gießen	50,00 DM
W.F. Wedel	30,00 DM
FR-Ruhrgebiet/Herne	100,00 DM
S.Z. Wiesbaden	100,00 DM
J.St. Göttingen	50,00 DM
Th.B. Wuppertal	70,00 DM
Aufbaugruppe Hamm	120,00 DM
H-V.R. Mannheim	15,00 DM
D.S. Tübingen	50,00 DM
R.Z. Göttingen	70,00 DM
Sammlung Polibula Frankfurt	90,00 DM
H.M. Braunschweig	100,00 DM
R.Z. Westberlin	30,00 DM
N.N. Westberlin	3000,00 DM

SPENDENKONTO DES KBW
COMMERZBANK
MANNHEIM
KTO. NR.: 3258589 – 00

Nairobi Keine Lösung der Weltwährungskrise

WELTWÄHRUNGSKRISE IST KONKURRENZ DER IMPERIALISTEN AUF DEM RÜCKEN DER VÖLKER

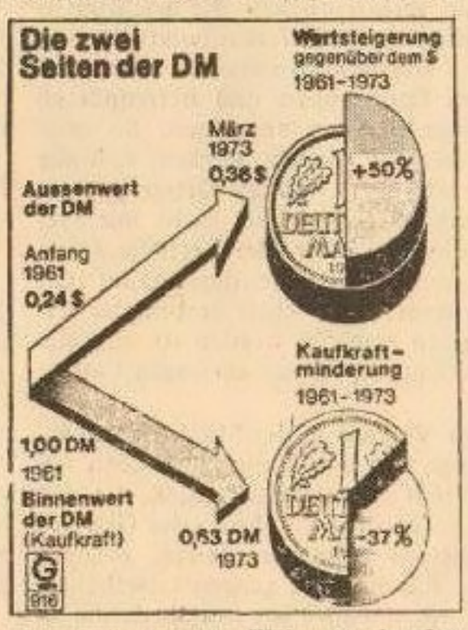
Vor zwei Wochen war die Währungskonferenz in Nairobi. Bei dieser Konferenz ist nicht mehr rausgekommen als ein Beschluß, daß ein Plan für eine neue Weltwährungsordnung bis Mitte nächsten Jahres fertiggestellt werden soll. Über 100 Länder haben an dieser Konferenz teilgenommen, aber nur die Finanzminister von 5 Ländern werden diesen Plan ausarbeiten – von den USA, Japan, Großbritannien, Frankreich und Deutschland. Sie sind dazu nicht etwa wegen ihres "Sachverstandes" gewählt worden, sondern sie haben sich selbst zur "Fünferkommission" zusammengetan, weil sie die Vertreter der mächtigsten imperialistischen Staaten der "westlichen" Welt sind. Die weitaus größere Zahl der Länder der Dritten Welt sind in dieser Kommission nicht vertreten. Sie durften als Gastgeber auftreten, aber mitentscheiden können sie nicht. Denn die Neuordnung des Weltwährungssystem ist nur ein Teil der Konkurrenzschlacht zwischen den imperialistischen Staaten der die auszutragen haben, die dabei nichts zu sagen haben: Die unterdrückt und abhängig gehaltenen Völker der Dritten Welt und die Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern. Sie sind das Kanonenfutter und das Arbeitsvieh bei dieser Konkurrenzschlacht der Imperialisten. Die Weltwährungskrise, um die es hier geht, erscheint als eine hochkomplizierte nur dem Fachmann verständliche Sache, aber sie ist nur die Oberfläche des weltweiten kapitalistischen Ausbeutungssystems und der imperialistischen Konkurrenz, deren Auswirkungen das arbeitende Volk sehr gut kennt: steigende Preise, wachsende Arbeitsschinderei, unsichere Arbeitsplätze, ganze Völkerwanderungen, um als "Gastarbeiter" den Lebensunterhalt verdienen zu können.

WAS STECKT HINTER DER WÄHRUNGSKRISE?

Die Währungskrise ist kein technisches Problem. Sie ist Resultat der schwindenden Vormachtstellung des US-Imperialismus und der zunehmenden Konkurrenz der imperialistischen Mächte. Mit der Krise der US-Wirtschaft, der inflationären Entwicklung des US-Dollars ist zugleich das Weltwährungssystem, das den US-Dollar als Leitwährung hatte, zusammengebrochen. Aber kein anderer imperialistische Staat, weder Japan noch einer der europäischen Staaten ist in der Lage, die Position der USA einfach zu übernehmen. Sie jagen zwar dem US-Kapital Märkte ab und dringen selbst auf den Märkten der USA mit Waren und Kapital ein, wie es vordem in diesem Ausmaße nur die USA selbst in Europa konnte, aber sie sind nur zusammen annähernd so stark wie der US-Imperialismus und sie liegen untereinander selbst in starker Konkurrenz.

Das alte Dollarwährungssystem funktionierte so, daß der Dollar das international festgelegte Zahlungsmittel war mit festgelegten Währungskursen (Umtauschkursen) für die anderen Währungen. Um einen Dollar zu bekommen, mußte man bis Ende der sechziger Jahre über 4,– DM hinlegen.

Zugleich mußten die Nationalbanken aller Länder Reserven in Dollar anlegen und außerdem immer dann Dollar mit eigener Währung kaufen, wenn der Wert des Dollars unter den festgelegten Kurs sank. Die USA konnten noch so viel Dollar in Umlauf bringen, sie erhielten immer einen festen Kurs in ausländischer Währung. Natürlich wollten auch die nichtamerikanischen Kapitalisten an den begehrten Dollar kommen. Zu diesem Zweck exportierten sie Waren in die USA, die sie dort vergleichsweise billig anbieten konnten und trotzdem noch einen großen Profit machen, weil die Löhne in Europa wesentlich niedriger waren. Durch die Forcierung des Exports auf Kosten der Lohnabhängigen konnte besonders der westdeutsche Kapitalismus noch während der Zeit der absoluten Vormachtstellung des US-Imperialismus seine Positionen überall auf der Welt entscheidend ausbauen. Die Exportüberschüsse bewirken nichts anderes als daß ein Teil des von der Arbeiterklasse produzierten Sozialprodukts in ausländischer Währung z. B. in Dollar realisiert wird, während die Lohnabhängigen mit ihrem Lohn einen entsprechend geringeren Teil der Konsumgüter erwerben können. Wegen des durch den Export verringerten inländischen Angebots steigen zwangsläufig die Preise im Inland. Der Exportüberschuß ist so eine Ursache der Inflation, an der die Exportkapitalisten soviel profitieren, wie sie Exportüberschüsse machen.



Für die US-Kapitalisten hatte dieses System den Vorteil, billig an Importe zu kommen und gleichzeitig durch die hohe Bewertung des Dollars mit relativ wenig Dollars ihre Unternehmen im Ausland aufzubauen, und zugleich durch die Produktion im Ausland von den niedrigeren Löhnen zu profitieren.

Dies System, das den US-Kapitalisten alle Vorteile bot und den europäischen Kapitalisten zugleich ermöglichte, ihre imperialistischen Weltmarktpositionen wieder aufzubauen, ging mit der Krise des US-Imperialismus notwendig zu Bruch. Die USA finanzierten mit der Dollarpresse ihre sämtliche militärische Präsenz und vor allem den immer größere Rüstungsmassen verschlingenden Krieg in Vietnam. Der Dollar verlor nach und nach so an Wert, daß das feste Umtauschverhältnis des Dollars zu den anderen Währungen nicht aufrechterhalten werden konnte. Es kamen die immer häufigeren Abwertungen, um das Mißverhältnis zu korrigieren, die jedesmal riesige Spekulationswellen auslösten. Dollarbesitzer tauschten riesige Mengen europäischer Währung vor allem DM, die die Bundesbank noch kurz vor den jeweiligen Aufwertungen zum höheren Kurs aufkaufen mußte. Dadurch wurde die Inflation auch in der BRD unheimlich angeheizt, denn die DM, die die Bundesbank für die Dollars ausgeben mußte, vermehrten entsprechend die DM-Geldmenge. So wurde ein beträchtlicher Teil der Dollar-Inflation in eine DM-Inflation umgewandelt. Zugleich aber haben sich die Exportüberschüsse und die dadurch gefütterte Inflation nicht verringert. Beide Inflationsquellen bedeuten für die Arbeiterklasse spürbare Senkung des Reallohns. Sie hat die imperialistische Konkurrenz auszubaden.

Die Dollarkrise führte im Frühjahr dieses Jahres schließlich dazu, daß das System des festen Wechselkurses zum Dollar aufgegeben wurde. Die europäischen imperialistischen Staaten der EWG haben seitdem feste Wechselkurse zum Dollar. Der Wert des Dollars sank in DM gemessen auf 2,40 DM.

Bei der Neuordnung des Weltwährungssystems spielt der Dollar aber immer noch als die umfangreichste Währung die Hauptrolle. Es gelingt den europäischen und japanischen Imperialisten keineswegs, den Einfluß des US-Imperialismus, dessen Krise am weitesten fortgeschritten ist, abzuschütteln. So ist z. B. der westdeutsche Imperialismus auf Warenexporte in die USA angewiesen, und auch die riesigen Dollarbestände, die allein in Europa vorhanden sind, zwingen die Imperialisten, den Dollar zu stützen, um nicht in den Krisenstrudel hineingerissen zu werden. Zudem gelingt es den europäischen und japanischen Imperialisten schwerlich, als Block gegenüber dem US-Imperialismus aufzutreten, da die Konkurrenz untereinander selbst äußerst scharf ist.

Das drückt sich z. B. in den Währungsverhältnissen innerhalb der EWG aus. Schon mehrmals mußte die Bundesbank Milliarden französischer Francs aufkaufen, weil jetzt die europäischen Länder untereinander feste Währungskurse ausgemacht haben. Diese festen Währungskurse sollen einerseits die Aufrechterhaltung des internationalen Warenaustausches ermöglichen, auf der anderen Seite übertragen sie die jeweils höchste Inflation auf die anderen Länder der EWG.

Die Arbeiterklasse wird weiter die Folgen der Inflation, die Konkurrenz der Kapitalisten zu spüren bekommen. Die weltweite Krise des Imperialismus ist für die Arbeiterklasse nur lösbar, wenn sie für ihre eigenen Interessen den Kampf aufnimmt, sich auf kein Bündnis mit den eigenen Herren einläßt und für die Abschaffung der Ursache der Krise kämpft, für die Abschaffung des Kapitalismus.

100 000 in Besançon

"LIP WIRD SIEGEN – SONST KOMMEN WIR WIEDER!"

Mit diesem und anderen Sprechchören zog am Samstag, dem 29. September, eine fast unübersehbare Menschenmenge auf die Innenstadt von Besancon zu. Das Aktionskomitee der jetzt fast sechs Monate im Kampf stehenden LIP-Arbeiter hatte zu einem "Sternmarsch auf Besancon" aufgerufen – und weit über 100 000 Menschen waren gekommen. Es galt, mit dieser Demonstration die Verschleppungs- und Verzögerungstaktik der Unterhändler der französischen Regierung zu zerschlagen, die seit fast zwei Monaten versuchen, den Kampf der LIP-Arbeiter ins Leere laufen zu lassen, indem sie um jeden Arbeitsplatz eines LIP-Kollegen in der neu zu eröffnenden Firma schachern wie ums letzte Hemd. Die Demonstration der 100 000 hat diesen Manövern eine klare Antwort erteilt: An der Spitze des über 8 km langen Zuges marschierten Arm in Arm die 1 300 LIP-Kollegen selbst mit großen Spruchbändern: "Und wenn die Füße im Schnee stehen – wir kämpfen weiter – wenn's sein muß bis zum Frühling!" und: "Entweder alle gehen wieder rein – oder keiner!"

Hinter ihnen marschierten in großen Blocks Arbeiterdelegationen, Bauern und Studenten aus ganz Frankreich: 2 000 Kollegen von Renault-Flins zum Beispiel, Arbeiter aus den Aluminiumwerken Pechiney in Nogueres, die selbst erst vor kurzem nach viermonatigem Streik die Kapitalisten in die Knie zwangen; Näherinnen der Textilfabrik Cousseau in Cerizay, die seit vier Wochen ihren Betrieb besetzt halten und selbst weiterproduzieren; streikende Kollegen des öffentlichen Dienstes aus Bensancon; Abordnungen der streikenden Belegschaften von Coframaille, Alcatel, Penarroya, Magyar, Larousse; die Kollegen der ebenfalls von der Schließung bedrohten Uhrenfabrik Kelton in Besancon; Bauern aus der Bretagne und Larzac, die gegen den Landraub durch den französischen Staat kämpfen; viele algerische und nordafrikanische Arbeiter, die zur Zeit einer wütenden rassistischen Hetze ausgesetzt sind und den Kampf aufgenommen haben; Studentenabordnungen aus fast allen französischen Universitäten. Und, obwohl die reformistischen und revisionistischen Gewerkschaftsführer der CGT und CFDT dies unter allen Umständen zu verhindern suchten, eine große Anzahl Genossen der revolutionären und fortschrittlichen Organisationen in Frankreich, die in eigenen Blocks mitmarschierten. Der große Hauptplatz von Besancon reichte nicht aus, die zur Unterstützung des Kampfes der LIP-Arbeiter versammelten Menschenmassen aufzunehmen: eineinhalb Stunden nach Beginn der Großkundgebung erst traf der Schluß des Zuges in der Innenstadt ein! Eine machtvollere Antwort auf die Angriffe der Kapitalisten konnte es nicht geben. Dementsprechend war auch die Reaktion der Staatsmacht:

Der französische Staat hatte 15 000 Mann Schutzpolizei aufgeboten, um die weiterhin von 1 000 bewaffneten Polizisten besetzte LIP-Fabrik zu "schützen" – Hubschrauber kreisten über dem Zug, um jede verdächtige Bewegung der 100 000 zu melden. Und obwohl Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt worden waren, um den Bewohnern von Besancon weiszumachen, am Samstag würde die Stadt von Horden von Radikalen überfallen, sah man aus den Wohnvierteln und Fenstern, an denen der Zug vorbeimarschierte, gereckte Fäuste zum Gruß, Klatschen und Miteinstimmen in die Parolen.

An der großen Wohnsiedlung Chateaufarine am Rande der Stadt, von wo aus der Zug seinen Ausgang nahm, waren bereits am Freitagabend und den ganzen Samstag Zelte und Stände aufgebaut, in denen die Abordnungen der zur Zeit streikenden Belegschaften den Stand ihres Kampfes erklärten, Informationsmaterial verteilten und zur Solidarität aufriefen. In sechs Freilichtkinos wurde ein Film über die Entwicklung des Kampfes der LIP-Kollegen gezeigt.

Aber auch hier versuchten die CGT- und CFDT-Führer die geschlossene Solidaritätsfront für LIP zu spalten: Als Genossen der revolutionären und fortschrittlichen Organisationen in Frankreich ebenfalls Stände aufbauen wollten, versuchten die Gewerkschaftsführer sie fortzujagen und die Stände zu zerstören. Erst als die dort versammelten Menschen eingriffen und diese gezielte Provokation zurückwiesen, ließen sie von ihrem Vorhaben ab. Als Reaktion auf diesen mißlungenen Angriff baute dann die CGT selbst ihren eigenen Stand ab.

Diese Demonstration der Solidarität mit den LIP-Kollegen war ein großer Erfolg und zeigt, daß die französische Arbeiterklasse nicht bereit ist, die verschärften Angriffe der Kapitalisten und ihres Staates auf die gewerkschaftlichen Rechte und die im Kampf errungenen Positionen der Kollegen in den Betrieben stillschweigend hinzunehmen. Der Kampf der LIP-Arbeiter ist der Kampf aller französischen Arbeiter – das hat sich an diesem Samstag klar und deutlich gezeigt. Den LIP-Kollegen selbst ist klar, daß mit dem Marsch auf Besancon nur eine weitere Etappe ihres langen Kampfes erreicht ist. Sie schreiben in einem Flugblatt:

"Der Marsch auf Besancon wird dazu helfen, daß sich die Arbeiter noch besser kennenlernen, daß sie sich noch enger zsuammenschließen

Ohne Zweifel erwarten uns noch härtere Schläge als bisher. Aber wenn wir gemeinsam siegen wollen, kann der Marsch auf Besancon nur eine Etappe im Kampf sein." –B.H.–

EINREISE VERWEIGERT

Genossen der Ortsgruppe Freiburg des KBW wurde am Samstag an der französischen Grenze die Einreise verweigert, als sie an dem Marsch auf Besancon teilnehmen wollten. Ohne jede Begründung wurden sie über eine Stunde festgehalten und durchsucht. Die Pässe wurden ihnen abgenommen und kopiert.

Dasselbe passierte mit mehreren hundert Schweizer Genossen, die in Bussen an der Demonstration teilnehmen wollten. Hier sagte man dazu, daß die kopierten Pässe nach Paris und an die einheimischen Polizeiämter geschickt werden.

Spendet für den Kampf des chilenischen Volkes

Spenden auf das Konto: Deutsche Bank, 8 München 40, Konto Nummer 35/53 062 Sonia Patric (AELA) Kennwort: CALCA

In mehreren süditalienischen Städten nahmen die Stadtverwaltungen die Cholera-Epidemie zum Anlaß, ganze Stadtgebiete zu "sanieren", in denen arme Fischer unter elenden Umständen leben. Im Morgengrauen räumte die Polizei in Neapel ein Armenviertel, zwang die dort lebenden armen Fischer, in wenigen Stunden ihre Quartiere zu räumen, und ließ anschließend die Hütten vernichten. Diese Maßnahmen vergrößern das Elend der Massen enorm.
Unser Bild zeigt eine Straßenschlacht in Neapel, wo es schon vor der Epidemie 200 000 Arbeitslose gab.